

**Beschlussprotokoll
des Landesparteitages am 30. Juni 2007**

**Teil 1
Änderungsanträge zum Bremer Entwurf**

Seite 1 bis 95

Änderungsanträge zum Bremer Entwurf

(Alle Seiten- und Zeilenangaben der Änderungsanträge beziehen sich auf das Dokument „Bremer Entwurf“ / navigierbares PDF-Dokument, das den Delegierten vorliegt.)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

01) KDV CharlWilm

Ablehnung

I. Vor Befassung Bremer Entwurf

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf lehnt den „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD in der vorliegenden Fassung ab. Der Parteivorstand wird daher aufgefordert, unverzüglich eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel einzusetzen, den Entwurf grundsätzlich zu überarbeiten, wobei insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen sind:

- Präzisierung der Gesellschaftsanalyse
- Konzept zur Überwindung der gegenwärtigen Krisen der Arbeitsgesellschaft
- Genaue Definition des Begriffs „Vorsorgender Sozialstaat“, unter besonderer Berücksichtigung des sozialdemokratischen Grundwerts Solidarität
- Der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ muss in der sozialdemokratischen Programmatik erhalten bleiben und mit neuem Leben erfüllt werden
- Der naive Wachstumsbegriff des vorliegenden Entwurfs muss einer kritischen Überprüfung unterzogen werden und eine Neubewertung im Sinne des Berliner Programms erfahren. Ein Leben im heutigen Wohlstand ist schon aufgrund der schwindenden Energie- und Rohstoffreserven besonders aber aufgrund der Klimabelastungen nur möglich, wenn die Industriestaaten ihren Verbrauch bis 2050 mehr als halbieren um den anderen drei Vierteln der Weltbevölkerung eine Zukunftsperspektive zu eröffnen.
- Die lange friedenspolitische Tradition der SPD darf nicht beendet werden; der Einsatz deutscher Truppen darf nur dann die Zustimmung der SPD finden, wenn das Engagement der Bundeswehr dem Erhalt des Friedens dient und nicht der Initiierung neuer militärischer Konflikte
- Das neue Grundsatzprogramm der SPD muss insgesamt überschaubar, lesbar und glaubhaft darstellen, wie die Sozialdemokratie die Zukunft Deutschlands in einem zusammenwachsenden, demokratischen Europa gestalten will.

Für die Überarbeitung im oben genannten Sinn unterbreitet der Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf Formulierungsvorschläge in Form von Änderungs- und Ergänzungsanträgen, die an den Landesparteitag, den Bundesparteitag und den Parteivorstand zur weiteren Behandlung weitergeleitet werden.

02) Abt. 76/ CharlWilm

Ablehnung

Der „Bremer Entwurf“ kann keine Grundlage für ein neues Grundsatzprogramm der SPD sein. Deshalb wird die Programmdebatte der SPD nicht auf dem Hamburger Parteitag mit der Verabschiedung eines Programms beendet, sondern fortgeführt.

03) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz

Ablehnung

Der Begriff „soziale Demokratie“ wird **an allen Stellen** des Programms durch den Begriff „sozial-ökologische Demokratie“ ersetzt. Das betrifft:

S. 1 Überschrift

S. Inhaltsverzeichnis 3.

S. 9; Z 22

S. 12; Z.. 34, 50

S.13; Z. 1, 30, 33

S.14; Z. 11, 40

S. 27; Z. 52

S. 61; Z. 24, 26, 29, 52

S. 62; Z. 2, 14, 19, 29, 32, 52

04) KDV Neukölln

Ablehnung

Seite 3, Zeile 1 einfügen:

Die unter 5. ‚Unser Weg‘ (Seite 61, Zeile 15 ff) genannten 9 Punkte werden dem Grundsatzprogramm als Leitsätze – ggf. ergänzt durch eine Präambel – vorangestellt.

1. DIE ZEIT, IN DER WIR LEBEN

05) Abt. 03/Spandau

Ablehnung

Seite 4 Zeile 1 bis Seite 9 Zeile 18 Gesamtersetzung:

1. Die Zeit, in der wir leben.

Das 21. Jahrhundert gilt als das erste wirklich globale Jahrhundert. Digitalisierte Medien und andere technologische Entwicklungen haben die Bedeutung von Zeit und Raum revolutioniert: Immer mehr Menschen können via Internet in Sekundenbruchteilen überall auf der Welt miteinander kommunizieren, elektronisch gespeichertes Wissen von weit entfernt abrufen. Waren und Dienstleistungen werden über Ländergrenzen hinweg angeboten und eingekauft. Schwere körperliche Arbeit wird ersetzt, kostbare Rohstoffe und Energie werden effektiver eingesetzt und die Medizin kann früher unheilbare Krankheiten besiegen.

Durch den Zusammenbruch des Kommunismus mit Überwindung des früheren Blockgegensatzes, den Abbau von Zollschranken und anderen Handelshemmnissen werden immer neue Märkte geöffnet und dem Finanzkapital erschließen sich immense Renditemöglichkeiten. Die Globalisierung schafft Wachstum und Zukunftsperspektive für die Menschen in armen und reichen Ländern. Sie bietet die konkrete Chance, Krieg und Hunger, Krankheit und Armut zu überwinden. Der wachsende Welthandel bringt vielen lang ersehnte Arbeit in neu entstehenden Fabriken und Labors. Noch leben Menschen in weiten Teilen der Welt in bitterer Not, aber in vielen Schwellenländern sind eine dynamische Entwicklung und zunehmender Wohlstand zu beobachten.

Die wirtschaftliche Macht jedoch konzentriert sich in weltweit agierende Unternehmen, multinationale Konzerne unterlaufen demokratische Aufsicht und Regulierung und erzwingen politische Entscheidungen auf Kosten der Gesellschaft. Der globalisierte Kapitalismus darf sich daher nicht selbst überlassen werden. Er lässt alte Ungerechtigkeiten bestehen und schafft darüber hinaus neue Bedrohungen für Freiheit und Gerechtigkeit, Gesundheit und Leben.

Deutschland gehört als Exportnation bislang zu den Gewinnern der Globalisierung. Dank hoher Wettbewerbsvorteile v.a. der Industrie bieten sich riesige Chancen: Milliarden Teilnehmer an der Weltwirtschaft sind nicht nur mögliche Konkurrenten um Arbeitsplätze, sondern auch neue Konsumenten, es entstehen somit neue kreative Berufe und damit Arbeitsplätze. Andererseits wächst der Druck auf die Beschäftigten: Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt, selbst noch rentabel arbeitende Betriebsteile werden aufgrund überzogener Renditeerwartungen ausgegliedert oder stillgelegt, langfristige Investitionen in Arbeitsplätze bleiben aus. Diese Form der Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten in jene, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die Folgekosten zu tragen haben.

Der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößert sich: Menschen mit geringen Qualifikationen, allein erziehende Mütter und Väter, Immigranten sowie viele Menschen in den neuen Bundesländern drohen von den Chancen der Zukunft abgekoppelt und in die Langzeitarbeitslosigkeit abgedrängt zu werden. Armut „vererbt“ sich häufig.

In einigen Familien lebt schon die dritte Generation von Sozialtransfer. Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck, mehr Konkurrenz und das Verlangen nach permanenter Verfügbarkeit bedroht. Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – wird zurückgedrängt, Teilzeitarbeit und nicht Existenz sichernde, sog. „prekäre“ Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu. Viele Erwerbsbiographien sind von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Familienarbeit, Arbeitslosigkeit oder selbständiger Tätigkeit bestimmt. Die daraus erwachsende Verunsicherung betrifft auch weite Teile der sog. Mittelschichten.

Im Widerspruch dazu streben die Menschen nach intakten Gemeinschaften, in denen es friedlich, gerecht und solidarisch zugeht und in denen die Geschlechter gleiche Chancen und Rechte haben. Mit dem Sinn des Lebens verbinden die meisten den Wunsch, Anerkennung in Beruf und Familie zu finden, Zeit für Angehörige und Freunde zu haben. Ein Leben ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Erfordernissen erfüllt diese Ansprüche nicht. Frauen und Männer wollen beruflich vorankommen und zugleich Verantwortung für Kinder und Familie übernehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist allerdings noch fast ausschließlich ein Problem der Mütter – die Durchsetzung der Gleichberechtigung muss auch hier ansetzen.

Durch den zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruck, wachsendes Tempo der Innovationen erhalten Qualifikation und Wissen immer größere Bedeutung. Die Leiter zum sozialen Aufstieg ist für einige Bevölkerungsgruppen jedoch nicht aufgestellt, da die Chancen auf eine gute Bildung in Deutschland stärker als anderswo vom sozialen Status der Eltern abhängen.

Chancengleichheit gründet sich im Wissenszeitalter immer stärker auf gute Bildung als Schlüsselfaktor für berufliche Karriere und für ein selbst bestimmtes Leben. Wissen und Kompetenzen müssen früh, d.h. schon im Kindergarten, erworben und in späteren Lebensabschnitten immer wieder aufgefrischt werden. Eine erstklassige Bildung für alle ist daher eine wichtige Voraussetzung, um gesellschaftliche Spaltungen und Armut zu verhindern.

Die Lebensbedürfnisse von bald sieben Milliarden Menschen, davon immer mehr in industrialisierten Gesellschaften, drohen die ökologische Belastbarkeit der Erde deutlich zu überschreiten. Die Erwärmung der Erdatmosphäre, Wüstenbil-

dung, Wasserknappheit machen einen immer größeren Teil der wirtschaftlichen Entwicklung zu Nichte, führen zu Wanderungsbewegungen in weniger gefährdete Teile der Welt und verschärfen soziale Spannungen. Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen und Rohstoffe sind Ursache für viele auch internationale Konflikte.

Dies und die sich aus der Globalisierung ergebende Auflösung traditioneller Lebensformen sowie sozialer Widersprüche sind auch eine wichtige Ursache für politischen und religiösen Fundamentalismus, der in terroristische Aktivitäten mündet. Deshalb ist nachhaltiges Wirtschaften mit Steigerung der Ressourcenproduktivität, konsequentem Umsteigen auf erneuerbare Energien nicht nur Voraussetzung für das Überleben der Menschen, sondern auch für deren friedliches Miteinander.

In vielen Teilen der Welt, auch in Deutschland, leben die Menschen länger. Seit den 60er Jahren ist die Lebenserwartung bei uns um zehn Jahre gestiegen. Dies ist ein großes Geschenk und die Chance, nach der Erwerbstätigkeit noch einen ausgedehnten Lebensabschnitt zu genießen. Die entsprechende finanzielle Absicherung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da der klassische Generationenvertrag in Gestalt der Rentenversicherung allein überfordert wird: insbesondere anhaltende Arbeitslosigkeit und Geburtenrückgang stellen die Sozialsysteme vor eine neue Herausforderung. Darüber hinaus ändern sich familiäre Strukturen: Single-Haushalte auch bei der älteren Generation nehmen zu, durch die zunehmende Mobilität leben Kinder und Enkelkinder nicht unbedingt dort, wo ihre Eltern und Großeltern leben. Immer mehr Menschen werden im Alter auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein.

Der demographische Wandel führt zu drastischen Veränderungen in allen Bereichen des Alltagslebens, von der Arbeitswelt über die Sozialsysteme bis zur Leistungsfähigkeit ganzer Regionen. Durch den Bevölkerungsrückgang in Verbindung mit ausbleibender wirtschaftlicher Entwicklung drohen v. a. viele ländliche Gebiete, nicht nur im Osten, schleichend zu veröden. Deutschland muss auch darum wieder ein kinderfreundliches Land werden. Ansatzpunkte hierfür bieten z.B. die bessere Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf durch Bereitstellung ausreichender Betreuungseinrichtungen oder die finanzielle Unterstützung sozial benachteiligter Familien. Darüber hinaus wird für die aktive Gestaltung der Gesellschaft die ältere Generation künftig stärker gebraucht, sowohl im ehrenamtlichen Engagement, als auch im Arbeitsleben.

Nach zwei mörderischen Kriegen und dem Holocaust haben die Völker Europas einen Kontinent des Friedens und der offenen Grenzen geschaffen. Die friedlichen Revolutionen ab 1989 haben dabei die Spaltung Europas in Ost und West überwunden. Im geeinten Europa ist Krieg unvorstellbar geworden. Nicht nur in Deutschland, fast überall in Europa genießen die Menschen Wohlstand und Lebensqualität wie nie zuvor. Auch die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer ist dank der Solidarität zwischen Ost und West enorm vorangekommen.

Die Deutsche Einheit hat Freiheit und Demokratie für unser ganzes Land gebracht. Sie ist eingebettet in die europäische Einigung. Das vereinte Europa ist das erste erfolgreiche Projekt, bei dem Nationalstaaten zum Vorteil jedes Einzelnen freiwillig auf zentrale Souveränitätsrechte verzichtet haben, um gemeinsam zu handeln. Dieser Weg zur Überwindung von Völkerhass und zur Bündelung gemeinsamer Interessen eignet sich als Vorbild für eine friedliche Entwicklung auch in anderen Regionen der Welt.

Jedoch ist diese Entwicklung nicht frei von Konflikten und Vertrauenskrisen: die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Staaten verlangen mehr Rücksichtnahme auf soziale Belange, mehr Respekt vor den nationalen Identitäten und kulturellen Traditionen. Sie drängen auf eine verantwortungsvolle Steuerung der Einwanderung und ein überlegtes Vorgehen bei der Erweiterung der Europäischen Union.

Unser Europa ist nicht nur eine Friedensmacht, sondern Grundlage für ein zukunftsfähiges Gesellschaft- und Wirtschaftsmodell. Der globale Siegeszug des Kapitalismus nach dem Niedergang der staatlich gelenkten Planwirtschaft hat viele Gesichter. Das sozialdemokratische Ziel einer Demokratie in der die Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität verankert sind, lässt sich am ehesten auf dem europäischen Weg verwirklichen.

Durch globale Märkte, Wanderungsbewegungen, Vernetzung über die neuen Informationstechnologien wächst die Welt enger zusammen. Religionen und Kulturen sind nicht mehr an Grenzen gebunden, sondern weltweit verbreitet. Überall auf der Erde finden die Menschen Angehörige ihrer Kultur und können über Waren und Medien Kontakt zu ihren Herkunftsländern halten. Besonders, wo soziale Gegensätze aufeinanderprallen, führen das Nebeneinander von Kulturen sowie mangelndes Verständnis für das Fremde zu Misstrauen und Konflikten. Die Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Energievorräte sind oft Ursache für Kriege, zerfallende Staaten bilden den Nährboden für Anarchie und Terrorismus, religiöse und politische Fundamentalisten teilen die Welt in Gut und Böse. Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen schafft eine globale Bedrohung. Ein friedliches Miteinander erfordert daher mehr Wissen über andere Traditionen, Kooperationsbereitschaft und gegenseitigen Respekt. Keine Religion und Kultur darf Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen propagieren, das gleiche gilt für staatliche Interessen.

Im 21. Jahrhundert entstehen neue Herausforderungen auch an die Politik. Viele Menschen haben das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politikerinnen und Politiker, aber auch in die der Gewerkschaften und anderer sozialen Organisationen verloren – was sich z.B. im Rückgang der Wahlbeteiligung und der Mitgliederzahlen widerspiegelt. Wo sich die unterschiedlichsten Lebensstile herausbilden, lösen sich viele Menschen von traditionellen Parteibindungen. Andererseits entstehen neue Formen des politischen Engagements. Interessengruppen und Bürgerinitiativen – oft weltweit vernetzt durch die neuen Medien – ermöglichen, dass viele Menschen so schnell wie noch nie ihre politische Meinung vernehmbar äußern und austauschen können. Demokratische Parteien zielen jedoch auf die gesellschaftliche Gestaltung durch Gesetzgebung und sind deswegen unverzichtbar. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen auf die Gestaltungs-

kraft demokratischer Politik. Dafür müssen wir uns für neue Formen politischen Engagements öffnen und wo notwendig auch neue Steuerungsinstrumente entwickeln.

Wir sind überzeugt: Wir haben es selbst in der Hand, unsere Gesellschaft friedlich, gerecht und solidarisch zu gestalten. Weder gibt es einen Weg zurück in die Ära der alten Industriegesellschaft und den Nationalstaat des 20. Jahrhunderts, noch überlassen wir die Zukunft einer unkontrollierten Globalisierung.

o6) Abt. 76/ CharlWilm**Ablehnung**

Seite 4 vor Zeile 3 folgenden Text einfügen:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mit der SPD und ihren Gewerkschaften, als Teil der internationalen Arbeiterbewegung, mehr als ein Jahrhundert den Kampf für Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt geführt. In all den Kämpfen hat sich gezeigt, die Kraft der Sozialdemokratie besteht in ihrem Schulterschluss mit der Gewerkschaftsbewegung.

1945, nach der faschistischen Barbarei, der die „Raubtiernatur des Kapitalismus“ (Buchenwald-Manifest) bloßgelegt hat, wurde von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemeinsam mit der Sozialdemokratie und den unabhängigen Gewerkschaften der „demokratische und soziale Bundesstaat“, der Sozialstaat, die sozialen Sicherungssysteme, die öffentliche Daseinsvorsorge, die Tarifautonomie und die Flächentarifverträge, sowie die Mitbestimmung erkämpft. Marktkräfte und Wettbewerb sollten so gebändigt und eine friedliche, demokratische und soziale Entwicklung gewährleistet werden. Viel wurde erreicht, trotz aller Widerstände.

1989 mit der Vereinigung der deutschen Nation gab es die Hoffnung auf die Entwicklung eines friedlichen, demokratischen und sozial vereinten Deutschlands in einem friedlichen, demokratischen und sozialen Europa. Heute erleben wir, wie im Namen des Prinzips der freien Marktwirtschaft und der freien Konkurrenz die erkämpften sozialen Errungenschaften, die Öffentliche Daseinsvorsorge, die Flächentarifverträge und die Mitbestimmung ausgehöhlt werden: Deregulierung und Privatisierung sollen die Fesseln für die Marktkräfte und Wettbewerb lösen. Die SPD wird sich mit ihrer ganzen Kraft einer Entwicklung entgegenstemmen, die in der Gefahr steht, die Gesellschaft in das Elend des 19. Jahrhundert zurückzuwerfen.

Die deutsche Sozialdemokratie wird den Kampf für die vereinte demokratische und soziale Republik führen, für Mitbestimmung, Tarifautonomie und Flächentarifverträge, den Erhalt und Selbstverwaltung der sozialen Sicherungssysteme, sowie die öffentliche Daseinsvorsorge und Verlorenes zurückerobern.

Denn sie sind die Basis für eine Weiterentwicklung, für ein friedliches, demokratisches und soziales Deutschland in einem gemeinsamen Europa der ArbeitnehmerInnen, der Demokratie und des Friedens.

o7) Abt. 04 und 11 /TrepKöp**Erledigt durch Annahme o8)**

Seite 4, Zeilen 5-7 den 3. Satz streichen und ersetzen durch folgenden Satz:

Durch die friedliche Revolution 1989 in der ehemaligen DDR wurde die Deutschen Einheit ermöglicht und die politische Spaltung Europas sukzessiv überwunden.

o8) KVV TrepKöp**Annahme**

Seite 4, Zeile 5 die Wörter „des Kommunismus“ streichen und ersetzen durch:
der kommunistischen Regime des Ostblocks

o9) Abt. 04/TrepKöp**Erledigt durch Annahme o8)**

Seite 4, Zeilen 5 -7, Ersetzung „Mit dem Zusammenbruch...Welt überwunden“ durch:

Durch die friedliche Revolution 1989 in der ehemaligen DDR wurde die Deutschen Einheit ermöglicht und die politische Spaltung Europas sukzessiv überwunden.“

10) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 4, Zeile 18 bis 19 den Satz („So entsteht...Arbeitsteilung“) streichen, ersetzen durch:
Die weltweite Arbeitsteilung hat sich vertieft.

11) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 12)**

Seite 4, Zeile 23 Absatz streichen

12) KDV Mitte und Abt. 6, Kreis Mitte**Annahme**

Seite 4, Zeile 23 bis 31 streichen und ersetzen durch:

Die Globalisierung verspricht einerseits Wachstum und Zukunftsperspektiven für die Menschen in reichen und armen Ländern. Der wachsende Welthandel bringt unzähligen Menschen lang ersehnte Arbeit in neu entstehenden Fabriken, Labors und Büros. Andererseits gehen dadurch viele bestehende Arbeitsplätze, traditionelle Erwerbsmöglichkeiten und soziale Sicherheiten verloren. Eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich vor allem in einigen Schwellenländern und sie verändert die Gewichte in der Weltwirtschaft grundlegend. Die Globalisierung erweitert zwar die Möglichkeiten, Hunger, Krankheit und Armut zu überwinden, schafft aber zugleich neue Risiken. Armut, soziale Ungleichheit und erzwungene Migration sind weiterhin Kennzeichen dieses globalisierten Kapitalismus.

- 13) KVV Lichtenberg** **Erledigt durch Annahme 12)**
Seite 4, Zeile 29 neuen Satz nach „[...] Wohlstand zu beobachten“ einfügen:
 Dabei entsteht eine wachsende Kluft in der Bevölkerung zwischen den reichen und ärmeren Bevölkerungsschichten. Entwicklungshilfepolitik muss darauf gerichtet sein diese Kluft zu überwinden.
- 14) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 33 Voranstellen:
 Unsere Gesellschaft befindet sich in einem Zeitalter des Übergangs. Es ist eine globale Wirtschaft mit einer weltweiten Arbeitsteilung entstanden. Der globalisierte Kapitalismus...
- 15) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 33 bis 34 Ersetzen: „Der globalisierte Kapitalismus verschärft jedoch auch Ungerechtigkeiten für Menschen in vielen Ländern und zwischen den Ländern. Er bringt Menschen um ihre Arbeit - auch bei uns.“
- 16) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 36 nach „... und Leben“ ergänzen:
 - besonders in Ländern mit schwachen staatlichen Strukturen.
- 17) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 42 bis 44 den Satz „Menschen... der Welt.“ ändern in:
 Menschen aus Regionen, in denen ökologische Veränderungen zu Hunger und gewaltsamen Konflikten führen, flüchten in weniger gefährdete Teile der Welt.
- 18) KDV CharlWilm** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 47 Ersetzung („Das Ende ... zu wirken“) durch:
 Nur mit einer massiven Senkung unseres Energieverbrauchs, einer deutlich um ein Mehrfaches gesteigerten Ressourceneffizienz und der Nutzung aller regenerativen Energiequellen haben wir die Chance, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.
- 19) KVV Lichtenberg** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 48 nach „[...] der Ressourcenproduktivität [...]“ einfügen:
 , dem Einsatz innovativer Technologien
- 20) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 48 zwischen „ der Ressourcenproduktivität...“ und „ und dem konsequenten...“ einfügen:
 sowie der Energieeffizienz
- 21) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz** **Ablehnung**
Seite 4, ab Zeile 48 soll der Satz „Mit einer massiven...“ heißen:
 Nur mit einer massiven Senkung unseres Energieverbrauchs, einer deutlich um ein Mehrfaches gesteigerten Ressourceneffizienz und der Nutzung aller regenerativen Energiequellen haben wir die Chance, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.
- 22) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 48 bis 50 Ersetzen: Nur mit einer massiven Senkung unseres Energieverbrauchs, einer massiven Steigerung der Ressourcenproduktivität und dem konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien haben wir die Chance, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.
- 23) KDV Reinickendorf** **Ablehnung**
Seite 4, Zeile 50:
 „dieser Entwicklung entgegen zu wirken“ ersetzen durch: diesen Zeitpunkt deutlich hinauszuzögern:
- 24) KDV Mitte** **Annahme**
Seite 4, Zeile 53 ab „In manchen...“ bis Seite 5 Zeile 3 ersetzen durch:
 In manchen Regionen entstehen u. a. durch Verelendung und Verfall staatlicher Strukturen sowie einer Aufweichung des Gewaltmonopols die Grundlagen für Anarchie und Terrorismus. Das bedroht den Frieden. Die Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols, die Privatisierung von Gewalt und eine zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen löst neue Konflikte aus.
- 25) Abt. 06/Mitte** **Erledigt durch Annahme 24)**
Seite 4, Zeile 53 bis Seite 5, Zeile 1 die Sätze „In manchen Kontinenten...Welt in Gut und Böse.“ streichen und dafür einfügen:
 In manchen Regionen entstehen auch durch Verelendung und Zerfall staatlicher Strukturen die Grundlagen für Anarchie

und Terrorismus.

- 26) Jusos Berlin** **Erledigt durch Annahme 24)**
Seite 5, Zeile 2 „Massenvernichtungswaffen“ ersetzen durch: „Waffen aller Art“
- 27) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 5, Zeile 8 nach „...agierenden Unternehmen“ ergänzen:
 und bei Spekulanten.
- 28) Jusos Berlin** **Ablehnung**
Seite 5, nach Zeile 14 einfügen: „... aber noch lange nicht am Ziel“
- 29) KDV Pankow** **Ablehnung**
Seite 5 Zeile 18 -20 wird gestrichen
- 30) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 5, Zeile 14 Einfügung nach „weit fortgeschritten“:
 aber noch lange nicht am Ziel
- 31) KVV Lichtenberg** **Annahme i.d.F.d.AK:**
Seite 5 Zeile 33 einfügen:
 Allgemein gilt, dass mehr Bürgernähe bei der Arbeit der Europäischen Union im Vordergrund stehen muss
- 32) KVV Lichtenberg** **Ablehnung**
Seite 5, Zeilen 31 bis 33 Satz streichen: „Sie drängen [...] Europäischen Union.“
- 33) KVV Lichtenberg** **Annahme i.d.F.d.AK:**
Seite 5 Zeile 40 einfügen:
 Damit das gemeinsame Handeln auch von der europäischen Bevölkerung in den einzelnen Nationalstaaten stärker akzeptiert wird, müssen die Kompetenzen des Europaparlaments weiterentwickelt werden.
- 34) KDV Fr'hainKreuz** **Erledigt durch Annahme 12) und 37)**
Seite 5, Zeile 45 Streichung des Absatzes nach „Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung“
- 35) KDV Mitte** **Erledigt durch Annahme 12) und 37)**
Seite 5, Zeile 45 bis Seite 6, Zeile 13 ändern in:
 Viele Menschen in Deutschland haben von der Globalisierung profitiert. Den Großteil unserer Exportwaren liefern wir in die Staaten der Europäischen Union und nach Nordamerika. Unsere Ausfuhren nach Osteuropa haben einen wachsenden Anteil. Russland, China und Indien sind für uns noch kaum erschlossene Zukunftsmärkte. Aber nicht jeder Mensch in unserem Land hat gewonnen. Eine wachsende Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erlebt, wie selbst florierende Unternehmen verlagert werden. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt – nicht immer zum Wohle dieser Firmen, ihrer Belegschaften und ihrer Lieferanten und Kunden. Dem Finanzkapital erschließen sich durch die Integration neuer Märkte und neuer Technologien immense Renditemöglichkeiten. Die Logik des schnellen Profits und überzogener Renditeforderungen führt allzu oft dazu, dass langfristige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben. Diese Form der Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten: In jene, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die Folgekosten zu tragen haben.
- 36) Abt. 06/Mitte** **Erledigt durch Annahme 12) und 37)**
Seite 5, Zeile 45 bis Zeile 48 die Sätze „Deutschland gehört zu...drei Milliarden neue Konsumenten.“ streichen und dafür einfügen:
 Viele Menschen in Deutschland haben von der Globalisierung profitiert. Aber nicht jeder Mensch in unserem Land hat gewonnen. Eine wachsende Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erlebt, wie selbst florierende Unternehmen verlagert werden. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt – nicht immer zum Wohle dieser Firmen, ihrer Belegschaften und ihrer Lieferanten und Kunden. Dem Finanzkapital erschließen sich durch die Integration neuer Märkte und neuer Technologien immense Renditemöglichkeiten. Die Logik des schnellen Profits und überzogener Renditeforderungen führt allzu oft dazu, dass langfristige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben. Diese Form der Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten: In jene, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die Folgekosten zu tragen haben.
- 37) KDV CharlWilm** **Annahme**
Seite 5, Zeile 45 Ersetzung auf („Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung“) durch:
 Die Globalisierung zeigt auch in Deutschland ihren Doppelcharakter:

38) KDV Pankow**Annahme****Seite 5 Zeile 45 bis 55**

Vor dem Absatz Seite 5 Zeile 45-55 wird nach der Überschrift "Die beschleunigte Wirtschaft und der Umbruch der Arbeitswelt" eingefügt:

Seit der industriellen Revolution wirkte die Entfaltung der Produktivkräfte als gewaltiger Motor wirtschaftlichen Wachstums und allgemeinen Wohlstands. Dieses Wachstumsmodell stößt jedoch an Grenzen, wenn es nicht gelingt, die Produktivitätssteigerung mit einer Senkung des Verbrauchs an den endlichen irdischen Ressourcen zu verbinden. Energiekosten und Rohstoffpreise, der Zugang zu Wasser und veränderte klimatische Verhältnisse werden zu immer stärker begrenzenden Produktionsfaktoren. Ein nachhaltiger Wachstumspfad, der immer mehr Menschen auskömmliche Lebensbedingungen sichert, kann nur erreicht werden, wenn die Produktivitätssteigerung mit einem Rückgang des Ressourcenverbrauchs gekoppelt wird. Nur eine neue Technik und Kultur im Umgang mit Energie und Rohstoffen kann den Wohlstand für alle steigern und neue Arbeit schaffen. Wer die ökologische Modernisierung zum Markenzeichen der Politik macht, hat in der Globalisierung große Chancen, daraus zunehmenden Nutzen zu ziehen.

39) KDV Pankow**Erledigt durch Annahme 12) und 37)****Seite 5, Zeile 45 bis 48**

Nach den ersten beiden Sätzen, werden die folgenden Sätze, beginnend mit "Die deutsche Wirtschaft..." bis "...Zukunftsmärkte." gestrichen.

40) KDV CharlWilm**Ablehnung****Seite 5, Zeile 50** Neufassung beginnender Satz:

Schon in den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Wohlstand unseres Landes auf den Freihandel mit anderen Nationen gegründet.

41) Abt. o6/Mitte**Erledigt durch Annahme 12) und 37)****Seite 6, Zeile 1 bis Zeile 13**, Passage „Aber nicht jeder Mensch...jene, die die Folgekosten zu tragen haben.“ streichen**42) KDV Pankow****Ablehnung****Seite 6, Zeilen 14 – 19** streichen: „Der Fortschritt...“ bis „...beständig an.“, dann direkt anfügen:

Neue Produkte.....zu sparen.

43) KDV CharlWilm**Ablehnung****Seite 6, Zeile 9** Ersetzung („überzogener“) durch: kurzfristiger**44) KDV CharlWilm****Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 6, Zeile 33** Anfügung hinter dem Absatzende:

Wir müssen die grundlegenden sozialen Standards erhalten und die Instrumente zur Gestaltung des Wandels entwickeln.

45) KDV StegZehl**Ablehnung****Seite 7, Zeile 10** an Stelle des letzten Satzes: Wir wollen diese Grundbedürfnisse von Menschen gegen andere Interessen verteidigen.**46) KDV CharlWilm und Jusos Berlin****Ablehnung****Seite 7, Zeile 27** Ersetzung („... erscheint vielen ...“) durch: ... ist für viele ...**47) KDV CharlWilm und Jusos Berlin****Ablehnung****Seite 7, Zeile 45** Ersetzung („... wird zur ...“) durch: ... bleibt eine wichtige ...**48) KDV CharlWilm und Jusos Berlin****Ablehnung****Seite 8, Zeile 3** Streichung: „Das ist ein großes Geschenk“**49) KDV CharlWilm****Ablehnung****Seite 8, Zeile 18** Streichung: „bisweilen“**50) KDV StegZehl****Ablehnung****Seite 8, Zeile 19** nach "Realität." Einschub:

Er erfordert ein Umdenken der Politik und der Gesellschaft unter Berücksichtigung der ganz speziellen Bedürfnisse und Fähigkeiten älterer Menschen.

51) KDV Fr'hainKreuz und Jusos Berlin**Ablehnung****Seite 8, Zeile 21** Ersetzung „ihre Heimat“ durch: „ihr Umfeld“

52) KDV Mitte

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 8, Zeile 55 nach „...eingebüßt haben.“ folgenden Absatz anfügen:

Aber politisches Interesse, Engagement für die Gesellschaft und demokratische Grundwerte kommen nicht von alleine. Dafür notwendig sind umfassende Bildung sowie auf Toleranz und Mitgefühl basierende vorgelebte Lebensentwürfe durch *nahe* Bezugspersonen. Es ist integraler Bestandteil sozialdemokratischer Politik dafür zu kämpfen, dass alle Menschen gleichermaßen Zugang zu diesen Voraussetzungen haben.

53) Abt. 06/Mitte

Erledigt durch Annahme 52) i.d.F.d.AK

Seite 9, Zeile 1 folgende Sätze neu einfügen:

Aber politisches Interesse, Engagement für die Gesellschaft und demokratische Grundwerte kommen nicht von alleine. Dafür notwendig sind umfassende Bildung sowie auf Toleranz und Mitgefühl basierende vorgelebte Lebensentwürfe durch enge Bezugspersonen. Es ist integraler Bestandteil sozialdemokratischer Politik dafür zu kämpfen, dass alle Menschen gleichermaßen Zugang zu diesen Voraussetzungen haben.

54) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 9, Zeile 3: Einschub nach „entwickeln“:

„für diese werben und sie politisch umsetzen. Die Abkehr von öffentlich propagierten Zielen schadet der Glaubwürdigkeit der Partei nach innen und nach außen sowie dem Ansehen der Politik insgesamt.“

55) KDV Spandau

Ablehnung

Seite 9, Zeile 9 bis 11 anfügen nach „...neuen Medien eine große Chance:“ ...

„die noch besser genutzt werden sollte.“

Streichung folgender Satz „Noch nie...aktiv teilhaben.“

56) KDV CharlWilm

Ablehnung

Seite 9, Zeile 18 Ergänzung:

Wir suchen weltweit nach Partnern zur Gestaltung des Wandels.

57) KDV Mitte und Abt. 06/Kreis Mitte

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 9, nach Zeile 18, neuen Absatz einfügen:

Durch immer mehr Entscheidungen auf übernationaler Ebene wächst die Gefahr, dass sich betroffene Menschen fremdbestimmt fühlen und keine Einflussmöglichkeiten mehr sehen. Sozialdemokratische Politik achtet darauf, dass regionale Mitbestimmung und Einflussnahme möglich bleiben, dass Entscheidungen nachvollziehbar sind und sich Menschen mit ihren Bedürfnissen und Wünschen wahrgenommen fühlen. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind alle Politikebenen gleichrangig und gleichbedeutend: von der Stadteitarbeit bis zur weltweiten Außenpolitik.

2. GRUNDWERTE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

58) KDV TempSchön

Annahme

Seite 9, Zeile 20

Die Überschrift „Die Grundwerte der Sozialen Demokratie“ wird ersetzt durch die Überschrift: „Die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus“

59) KDV StegZehl und Abt. 09/StegZehl

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 9, Zeile 25 – Seite 10, Zeile 38

Ersetzung Abschnitt „Woher wir kommen“ durch:

Unsere geschichtlichen Wurzeln und unsere politische Identität als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

In der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands arbeiten Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen zusammen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen Grundwerten und gleichen demokratischen Zielen. Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung und den liberaldemokratischen Bewegungen der bürgerlichen Revolution, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung verstand sich bereits von ihrem Beginn an als Teil der internationalen Friedensbewegung und hat schon im 19. Jahrhundert die Ideen der Frauenbefreiung aufgenommen und weiterentwickelt.

Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.

Die Sozialdemokratie führt als Kind der Arbeiterbewegung die Tradition der demokratischen Volksbewegungen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts fort und will daher beides: Demokratie und Sozialismus, Selbstbestimmung der Menschen in Politik und Arbeitswelt.

An ihrem Beginn stand 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Ferdinand Lassalles, mit dem sich zum ersten Mal eine eigenständige Partei der Arbeiter konstituierte. Das Eisenacher Programm von 1869 betonte die unverzichtbare Zusammengehörigkeit der sozialen mit der demokratischen Bewegung, die im sozialdemokratischen Volksstaat ihre Erfüllung finden sollte.

Nach den Jahren der Verfolgung unter den Sozialistengesetzen stand das Erfurter Programm von 1891 für die an den Gedanken von Marx und Engels orientierte Massenpartei, die aus den Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Notwendigkeit für den Kampf um eine neue, bessere Gesellschaft ableitete.

Es war die Arbeiterbewegung, die in der Novemberrevolution 1918/19 die demokratische Republik in Deutschland erkämpfte. Das Heidelberger Programm von 1925 stand für den Willen der Sozialdemokratie, diese Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen und sie zugleich im sozialistischen Sinne umzugestalten.

Nach der bitteren Niederlage 1933 waren es nicht zuletzt Sozialdemokraten, die im Widerstand gegen den Faschismus standen und nach 1945 an den demokratischen Wiederaufbau gingen. Mit dem Godesberger Programm von 1959 öffnete sich die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei breiteren Schichten der Bevölkerung und entwickelte sich zur linken Volkspartei. Mit dem Berliner Programm von 1989 nahm sie schließlich die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen (Friedensbewegung, Frauenbewegung, Ökologiebewegung) auf.

In der Folge haben Anliegen aus den Bürgerrechtsbewegungen und seit Anfang des 21. Jahrhunderts der weltweit agierenden globalisierungskritischen Bewegungen Eingang in unsere Programmatik gefunden.

Wir sind stolz darauf, in der Tradition einer Bewegung zu stehen, die niemals Krieg, Unterdrückung und Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht, sondern aus dem rechtlosen Proletariat selbstbewusste Staatsbürger gemacht hat. Wir sind auch stolz darauf, dass wir Sozialdemokraten die Idee des demokratischen Sozialismus gegen den Irrweg der Kommunisten verteidigt haben, die vorgeblich im Namen der Arbeiterklasse die Diktatur ihrer Partei errichteten. Die Ordnungen, die als angeblich sozialistische Alternative zum Kapitalismus entstanden, haben die von ihnen geweckte Hoffnung bitter enttäuscht. Anstelle einer Gesellschaft brüderlich und schwesterlich zusammenlebender Menschen haben sie die Herrschaft einer verbrecherischen Bürokratie errichtet, die Freiheit und kulturelle Entfaltung erstickte.

Heute stehen wir vor der Herausforderung einer globalisierten Gesellschaft mit einer zunehmenden Vielfalt an Lebensstilen und Kulturen. Wir sind offen für Menschen mit unterschiedlicher kultureller und religiöser Herkunft. Wir ermöglichen ihre politische Teilhabe und vertreten ihre Interessen im Sinne der sozialdemokratischen Werte.

Wir wissen, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten auf die sozialen und politischen Fragen benötigt. In diesem Sinne betrachten wir Programme nicht als unveränderliche Dogmen. Im Ringen um die zeitgemäßen programmatischen Antworten

ten auf die gesellschaftlichen Entwicklungen der jeweiligen Zeit bekennen wir uns zum freien Meinungsstreit. Wir begrüßen und achten persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen sein. Was uns eint, ist die Überzeugung, dass die Gesellschaft gestaltbar ist und nicht vor dem blinden Wirken der kapitalistischen Globalisierung kapitulieren muss. Und was uns eint, ist die historische Erfahrung, dass sozialdemokratische Politik dabei nur erfolgreich sein kann, wenn sie verbunden ist mit der außerparlamentarischen Arbeit der Menschen in den sozialen Bewegungen, nicht zuletzt in den Gewerkschaften, der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung. Die SPD fühlt sich diesen Bewegungen auch in Zukunft verpflichtet.

6o) KDV Spandau

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 9, Zeile 25 bis Seite 12, Zeile 32, Ersetzung: Die Grundwerte der Sozialdemokratie

Unsere geschichtlichen Wurzeln

In der sozialdemokratischen Partei Deutschlands arbeiten Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen zusammen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in der Erfahrung der Arbeiterbewegung. Die Idee der Frauenbefreiung sind bereits im 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung aufgenommen und entwickelt worden. Wir haben mehr als 100 Jahre gebraucht, diese Idee wirksam werden zu lassen. Wir begrüßen und achten persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen werden.

Die Grundwerte der Sozialdemokratie sind Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Unsere Grundwerte stehen gleichwertig nebeneinander. Sie begrenzen und ergänzen einander. Sozialdemokraten verteidigen diese Grundwerte gegen jeden Versuch, das Prinzip der Freiheit auf den Markt, das der Gleichheit auf das Recht und die Solidarität auf Armenfürsorge zu beschränken.

Freiheit ermöglicht ein selbst bestimmtes Leben zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit. Sie wird eingeschränkt durch das Prinzip der Gleichheit. Freiheit bedeutet immer auch die Freiheit des anderen – und schränkt so die eigene Freiheit ein. Freiheit hat materielle Grundlagen. Wer in Armut lebt, keine Bildung und Ausbildung erfährt, hat keine Chance, die Persönlichkeit frei zu entwickeln. Freiheit erfordert aus diesem Grund mehr Gleichheit bei der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht. Sonst bleibt sie auf die „Gleichheit vor dem Gesetz“ beschränkt. Die Gleichheit von Mann und Frau, der gleiche Zugang zu Bildung und Ausbildung und die Angleichung der Vermögen bleiben Aufgabe der Sozialdemokratie.

Solidarität ist das Mittel, die Maximen von Freiheit und Gleichheit durchzusetzen. Die Sozialdemokratie als Vertreterin der Schwachen hat aus ihm die Macht zur Veränderung geschöpft und wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass der Sozialstaat als Ergebnis des Solidaritätsprinzips erhalten bleibt.

Die Deutsche Sozialdemokratie hat die Gesellschaft mit großem Erfolg nach ihren Werten gestaltet. Der internationale Kapitalismus kehrt diese Entwicklung um und zielt auf die Entwertung der Werte:

- Weltweit öffnet sich wie in Deutschland die Schere zwischen arm und reich immer weiter. Das von der Sozialdemokratie zum einklagbaren Verfassungsrecht durchgesetzte Gleichheitsgebot wird dadurch in vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgehöhlt und beschränkt dadurch die Freiheit des Einzelnen.
- Eine globale Finanzwirtschaft zerstört die letzten Bindungen des Kapitals an die Produktion, die dadurch zu einem bloßen Faktor der Rendite degradiert wird. Internationale Fonds erwerben die Macht über lebensnotwendige Güter wie Wasser, Energie, Wohnung und Bildung. Sie privatisieren die Daseinsvorsorge und üben die dadurch gewonnene Macht ohne Rücksicht auf die Betroffenen, zu denen sie als bloße Kapitaleigner keinen Bezug mehr haben, aus. Der Grundwert der Solidarität wird unter diesen Bedingungen zur Worthülse.
- Immer weniger Menschen können die jedem zustehenden Rechte auch wahrnehmen. Mit vorgetäuschten Notwendigkeiten - wie der Terrorbekämpfung - werden Grund- und Menschenrechte ausgehöhlt. Neue technische Möglichkeiten schaffen den gläsernen Bürger. Er ist der Kontrolle und Manipulation durch Staat und Kapital wehrlos ausgeliefert.

Die Monopolisierung der Wirtschaft bedroht die Freiheit. Die gesellschaftliche Entwicklung wird nicht mehr maßgeblich durch Parlamente und Regierungen bestimmt. Die gesellschaftliche und politische Macht geht erkennbar auf die Wirtschaft über. Wenn Parlamente und Regierungen ihrer Macht beraubt sind, verlieren Wahlen ihren Sinn. Politik entgleitet zum Geschacher um Posten, auf die jeder unabhängig von seiner Eignung gehoben werden kann, weil ohnehin nichts zu gestalten ist. Aus diesen gesellschaftlich-sozialen Brüchen zieht die Wirtschaft missbräuchliche Kraft und generiert ausbeuterische Gewinne. Demokratie wird damit zur Spielwiese. Wahlen entarten zu Wetten.

In der Folge dieser weltweiten Entwicklung erfolgt eine immer stärkere Individualisierung und Entsolidarisierung. Ohne Solidarität aber gibt es keine menschliche Gesellschaft:

Das kapitalbestimmte System macht den Einzelnen glauben, dass es seine Schuld sei, wenn er beruflich und gesellschaftlich scheitert. Solidarität - mit dem Kollegen, dem Mitbürger, anderen Schichten, anderen Völkern wird damit als gesellschaftliches Handlungsprinzip ausgeblendet.

Gesellschaftlicher Erfolg wird ausschließlich materiell definiert. Die Menschen werden im Wettbewerb zu immer höheren Anstrengungen getrieben. Sie verzichten zu Gunsten beruflichen, finanziellen und gesellschaftlichen Erfolgs auf Familie und Kinder. Niedrige Geburtsraten sind ebenso die Folge wie der Verlust von christlichen und humanitären Werten, deren Grundprinzip das solidarische Handeln ist, das Christen Nächstenliebe nennen. Wer das kapitalistische System nicht reformieren will, muss am "demografischen Problem" ebenso scheitern, wie an der „Belebung abendländischer Werte“.

Ein System, das die Entsolidarisierung zur Maxime erhebt, kann auch die weltweiten Probleme der Umweltzerstörung nicht lösen.

2. Die Ziele der Sozialdemokratie

Um eine solidarische Gesellschaft freier und gleicher Menschen zu bewahren und auszubauen, verfolgt die SPD folgende Ziele:

Friedenspolitik

Zu den größten Erfolgen deutscher Politik nach dem II. Weltkrieg gehört ihr Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa. Durch diesen Beitrag, Frieden in anderen Teilen der Welt mit zu schaffen, hat Deutschland international Vertrauen erworben.

Die deutsche Sozialdemokratie wird sich nicht an einer Politik beteiligen, die unter Vorwänden die Ausbeutung und in der Folge auch die zumindest wirtschaftliche Unterdrückung anderer Völker und der Ressourcen ihrer Länder verfolgt oder absichert. Internationale Solidarität bleibt eine Verpflichtung der Sozialdemokratie.

Arbeit für alle

Jeder Mensch hat Anspruch auf einen Platz in der Gesellschaft, der sich nach seinen Fähigkeiten bestimmt. Diesen Platz erwirbt er in der Regel durch Arbeit für die Gesellschaft. Müßiggängertum ist keine sozialdemokratische Tugend.

Die Sozialdemokratie wird sich daher für ein einklagbares Recht auf Existenz sichernd entlohnte Arbeit einsetzen. Das erfordert steuerfinanzierte Arbeitsplätze für diejenigen, die auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt keine menschenwürdig bezahlte Tätigkeit erlangen können.

Bildung und Ausbildung

Menschen ohne Ausbildung haben nur geringe Chance, über ihre Arbeit einen angemessenen Platz in der Gesellschaft zu erringen. Umgekehrt wird der Bedarf der deutschen Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften durch die nachfolgende Generation nicht befriedigt werden können, wenn die Ressourcen weiterhin ungenutzt bleiben. Es ist unter allen menschlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekten eine vordringliche staatliche Aufgabe, Schule und Ausbildung so zu gestalten, dass jeder Mensch seine Fähigkeiten entwickeln kann. Die Bildung und Ausbildung von Zuwanderern und ihren Kindern erfordert besondere Anstrengungen.

Sicherung der Grundbedürfnisse

Der staatlichen Verantwortung, die Grundbedürfnisse der Menschen zu gewährleisten, müssen seinen Möglichkeiten entsprechen, sie auch auszuüben. Der Gewährleistungsstaat, der nur eingreift, wenn die Missstände zu erkennbaren gesellschaftlichen Verwerfungen führen, kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Gesundheit, Wasser, Energie, Wohnung und Mobilität bedürfen eines gesicherten staatlichen Einflusses. Dieser verlangt im Allgemeinen nach staatlichem Eigentum mit Verfügungsmacht staatlicher Institutionen.

Kampf für Bürgerfreiheiten

Unter verschiedenen Vorwänden werden die so genannten bürgerlichen Freiheiten eingeschränkt. Mit den technischen Möglichkeiten wächst die Gefahr, dass das informelle Selbstbestimmungsrecht aufgehoben wird. Es droht nicht nur die Gefahr des „gläsernen Bürgers“, vielmehr droht der „manipulierte Bürger“. Die Sicherung eines selbst bestimmten Lebens erfordert nicht nur, dass die Möglichkeiten des Staates zur Kontrolle des Bürgers beschränkt werden. Vielmehr bedarf es auch der Einschränkung und strengen Kontrolle privater Datenerhebungen und Vernetzungen. Die SPD wird dazu die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen und sich dafür einsetzen, dass auch durch internationale Abkommen die grundgesetzlichen Freiheiten erhalten bleiben.

61) KDV CharlWilm

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 9 Zeile 25 bis Seite 12, Zeile 51 wird durch folgenden Text ersetzt:

2. Die Grundlagen unserer Politik

Wir haben 1989 in unserem, Berliner Programm wichtige Grundlagen unserer Politik formuliert. Sie haben unverändert Gültigkeit.

2.1 Grunderfahrungen und Grundwerte

Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.

Die Sozialdemokratie führt die Tradition der demokratischen Volksbewegungen des neunzehnten Jahrhunderts fort und will daher beides: Demokratie und Sozialismus, Selbstbestimmung der Menschen in Politik und Arbeitswelt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz darauf, niemals Krieg, Unterdrückung oder Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht, sondern aus dem rechtlosen Proletariat selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gemacht zu haben.

Die Sozialdemokratische Partei steht, seit es sie gibt, für Frieden und internationale Zusammenarbeit. Inzwischen ist der Internationalismus der sozialdemokratischen Tradition zur einzig verantwortbaren Realpolitik geworden. In unserer Geschichte wurzeln die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie bilden auch künftig das Fundament unserer Reformpolitik.

2.2 Unsere geschichtlichen Wurzeln

In der sozialdemokratischen Partei Deutschlands arbeiten Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen zusammen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Die Ideen der Frauenbefreiung sind bereits im 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung aufgenommen und weiterentwickelt worden. Wir haben mehr als 100 Jahre gebraucht, diese Ideen wirksam werden zu lassen. Auch Ziele der neuen sozialen Bewegungen und der Bürgerrechtsbewegung der DDR haben Eingang in unsere Programmatik gefunden. Wir begrüßen und achten persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen sein.

2.3 Unser Bild vom Menschen

Wie auch immer wir die Würde des Menschen begründen, sie ist Ausgangs- und Zielpunkt unseres Handelns. Für uns alle gilt der Satz, mit dem die Vereinten Nationen ihre Erklärung der Menschenrechte einleiten: „Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Gemeinsam verstehen wir den Menschen als Vernunft- und Naturwesen, als Individual- und Gesellschaftswesen. Als Teil der Natur kann er nur in und mit der Natur leben. Seine Individualität entfaltet er nur in Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen.

Der Mensch, weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Weil der Mensch offen ist und verschiedene Möglichkeiten in sich trägt, kommt es darauf an, in welchen Verhältnissen er lebt. Eine neue und bessere Ordnung, der Würde des Menschen verpflichtet, ist daher möglich und nötig zugleich. Die Würde des Menschen verlangt, dass er sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen kann. Frauen und Männer sollen gleichberechtigt und solidarisch zusammenwirken. Alle sind für menschenwürdige Lebensbedingungen verantwortlich. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.

2.4 Menschenrechte

Wir sind den Menschenrechten verpflichtet. Staat und Wirtschaft sind für die Menschen und ihre Rechte da, nicht umgekehrt. Volle Geltung der Menschenrechte verlangt gleichrangige Sicherung der Freiheitsrechte, der politischen Teilhaberechte und der sozialen Grundrechte. Sie können einander nicht ersetzen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auch kollektive Rechte dienen der Entfaltung des Individuums. Nur wo Freiheitsrechte garantiert sind und genutzt werden, können Menschen als Freie und Gleiche leben und Demokratie praktizieren. Nur wo soziale Grundrechte verwirklicht sind, können Freiheitsrechte und politische Teilhaberechte von allen wahrgenommen werden. Nur wo die Respektierung von Freiheitsrechten und politischen Teilhaberechten freien Meinungsstreit und politisches Engagement erlaubt, können Menschen ihr Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, Arbeit und Bildung geltend machen. Nur zusammen ermöglichen diese Menschenrechte menschenwürdiges Leben. Alle Menschen haben ein Recht auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den Menschenrechten der Vereinten Nationen steht, ist unentbehrlich.

2.5 Unser Verständnis von Politik

Politik ist eine notwendige Dimension menschlichen Zusammenlebens. Sie beschränkt sich nicht auf Institutionen des Staates. Wo immer Information verbreitet oder vorenthalten, Bewusstsein oder Lebensverhältnisse verändert, Meinung gebildet, Wille geäußert, Macht ausgeübt oder Interessen vertreten werden, vollzieht sich Politik.

Politischem Handeln sind Grenzen gezogen. Sie lassen sich nicht ohne Schaden für den einzelnen und die Gesellschaft überschreiten. Irrtum und Schuld, Krankheit und Unglück, Schmerz und Verzweiflung, Versagen und Scheitern gehören auch in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zum Leben des Menschen. Politik kann nur Bedingungen für ein sinnerfülltes Leben schaffen. Wenn sie selbst Glück und Erfüllung bewirken will, läuft sie Gefahr, in totalitäre Reglementierung abzugleiten.

Politik muss jedoch mehr und anderes sein als das Verwalten des unvermeidlich Gewordenen; um glaubwürdig sein und bleiben zu können, muss sie sich Handlungsspielräume sichern und neue Aufgaben stellen. Überlässt sie die Weichenstellungen für Technik und Wachstum wirtschaftlichen Interessen, so handelt sie sich Sachzwänge ein, die sie nur noch vollziehen kann. Der demokratische Staat bezieht seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften. Er ist nicht Selbstzweck, sondern Instrument zur Gestaltung von Gesellschaft. Politische Parteien sind Anreger und Mittler zugleich. Sie vermitteln zwischen Gesellschaft und Staat, indem sie gesellschaftliche Impulse und Erfordernisse aufgreifen und in Gesetzgebung und Regierungshandeln umsetzen. Sie müssen selbst Denkanstöße geben und Entscheidungsvorschläge zur Diskussion stellen.

Politik, die mehr sein will als der Vollzug wirklicher oder angeblicher Sachzwänge, muss getragen und durchgesetzt werden vom Bewusstsein und Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sie wird möglich als Resultat eines freien, im Ergebnis offenen Bürgerdialogs, der die Kräfte der Gesellschaft fordert und einbezieht, Information vermittelt, Problembewusstsein schafft, Urteilsfähigkeit fördert und schließlich zu Konsens oder klaren Mehrheiten führt. Der Bürgerdialog ist Ausdruck demokratischer Kultur. Er rückt ins Zentrum der Politik, wo – wie bei der Gestaltung der Technik – Entscheidungen zu treffen sind, die alle angehen und später nur schwer zu verändern sind.

Für den Bürgerdialog sind Meinungs- und Medienfreiheit unerlässlich. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen das Recht und die Möglichkeit haben, zu Themen, die ihre oder ihrer Nachkommen Lebenschancen berühren, ihre Meinung zu erarbeiten und zu verbreiten. Staat, Wissenschaft und Medien müssen die Voraussetzungen zu einer fundierten Meinungsbildung und damit zu einer demokratischen Streitkultur schaffen.

Bürgerdialog bedeutet mehr Demokratie, nicht mehr Staat.

2.6 Grundwerte des Demokratischen Sozialismus

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann.

Der Mensch ist als Einzelwesen zur **Freiheit** berufen und befähigt. Die Chance zur Entfaltung seiner Freiheit ist aber stets eine Leistung der Gesellschaft. Freiheit ist für uns die Freiheit eines jeden, auch und gerade des Andersdenkenden. Freiheit für wenige wäre Privileg. Die Freiheit des anderen ist Grenze und Bedingung der Freiheit des einzelnen. Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung.

Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau. Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller. Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muss mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden.

Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, lässt sich nicht erzwingen. Solidarität hat die Arbeiterbewegung im Kampf für Freiheit und Gleichheit geprägt und ermutigt. Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft.

Solidarität ist zugleich Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz aus der Einsicht, dass der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander eintreten und die Freiheit des anderen wollen. Wer in Not gerät, muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können.

Solidarität gebietet auch, dass die Menschen in der Dritten Welt die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Solidarität ist auch nötig, um individuelle Entfaltungschancen zu erweitern. Nur gemeinsames Handeln, nicht egoistischer Individualismus schafft und sichert die Voraussetzungen individueller Selbstbestimmung.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn. Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.

62) KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 9, Zeile 26

Nach der Überschrift „Woher wir kommen“ wird folgender Absatz eingefügt:

In unserer Geschichte wurzeln die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie bilden auch künftig das Fundament unserer Reformpolitik.

63) KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 9, Zeile 26 einfügen:

Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist ohne die Arbeiterbewegung nicht vorstellbar.

64) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 9, Zeile 27 – 29, Ersetzung Sätze 1 und 2 durch:

Die deutsche Sozialdemokratie war immer Teil der internationalen Arbeiterbewegung. Von Anfang an war eine gemeinsame Politik für Frieden und Gerechtigkeit unser Ziel.

65) KDV Neukölln

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 9, Zeile 28 einfügen:

... Teil einer großen internationalen Bewegung. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist ohne die Arbeiterbewegung nicht

vorstellbar. Von Anfang an ...

66) Abt. 06/Mitte

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 9, Zeile 45 nach „Deutschland erkämpft.“ einfügen:
Sozialdemokratische Ostpolitik war Wegbereiter für die deutsche Einheit.

67) KDV Fr'hainKreuz

Seite 9, ab Zeile 51 bis Seite 10, Zeile 6 Neuformulierung:

...Vom Einsatz für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter im 19. Jahrhundert bis zur Übernahme der Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik, vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus bis zum politischen Kampf gegen den Kommunismus, vom Aufbau des demokratischen Rechtsstaates in der Bundesrepublik bis zur gesellschaftspolitischen Erneuerung des vereinten Deutschlands am Ende des 20. Jahrhunderts.

68) KDV Mitte und Abt. 06/ Kreis Mitte

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10, Zeile 10 bis 18 „In der SPD...Sozialen Bewegungen.“ Streichen, dafür folgende Formulierungen gleich zu Beginn von Kapitel 2 als 1. Absatz einfügen:

In der sozialdemokratischen Partei Deutschlands arbeiten Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen zusammen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Die Ideen der Frauenbefreiung sind bereits im 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung aufgenommen und weiterentwickelt worden. Wir haben mehr als 100 Jahre gebraucht, diese Ideen wirksam werden zu lassen. Am Ende des 20. Jahrhunderts sind die Umweltbewegung, und Neue Soziale Bewegungen hinzugekommen, deren Gedankengut und Aktionsweisen wir unterstützen. Wir begrüßen und achten persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen sein.

69) Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10, Zeilen 10 - 18 ersetzen durch:

In der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands arbeiten Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen zusammen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Der demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Die Ideen der Frauenbewegung und der neuen sozialen Bewegungen haben in unsere Programmatik ebenso Eingang gefunden, wie Elemente der Bürgerrechtsbewegung in der DDR.

70) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10, Zeile 12 Ersetzung des Satzes „So wurde die SPD ... von 1959 versteht.“ Durch:
Seit dem Godesberger Programm sind wir die linke Volkspartei.

71) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10, Zeile 14 Seite 10, Zeile 14 + 16 Vertauschung der Wörter „Christentum“ und „Sozialismus“

72) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10, Zeile 14-18 Ersetze „Sie hat... Neuen Sozialen Bewegungen“ durch:

Heute stehen wir vor der Herausforderung einer Gesellschaft mit einer zunehmenden Vielfalt an Religionen und Kulturen. Wir sind offen für Menschen mit unterschiedlicher religiöser und kultureller Herkunft. Wir ermöglichen ihnen politische Partizipation und vertreten ihre Interessen im Sinne der sozialdemokratischen Werte.

73) KDV Reinickendorf

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10, Zeile 15: Nach „aufgenommen“ alles streichen bis zum Absatzende und ersetzen durch:

Der demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung.

74) KDV Pankow

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10 Zeile 19 einfügen:

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen.

75) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10, Zeile 28 und 29 Ersetzung:

dass Reformen daran gemessen werden müssen, ob sie die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern,

76) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK

Seite 10, Zeile 31 und 32 Neuformulierung:

dass Freiheit und soziale Sicherheit ...

- 77) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz und KDV Reinickendorf** **Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK**
Seite 10, Zeile 34 Einschub:
dass wirtschaftliches Wachstum seine Grenzen hat, wo die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.
- 78) KDV StegZehl** **Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK**
Seite 10, Zeile 50 das Wort „Leben „ersetzen durch: Verhalten.
- 79) KDV Fr'hainKreuz** **Erledigt durch Annahme 59) i.d.F.d.AK**
Seite 10, Zeile 42, Streichung Satz „Die gleiche Würde...Ziel unserer Politik.“
- 80) KDV Mitte und Abt. o6/Mitte** **Erledigt durch Annahme 81**
Seite 11, Zeile 14 bis 19 streichen und in Zeile 28 nach „... zu erkämpfen.“ folgenden Absatz anfügen:
Die Sozialdemokratie strebt eine freiheitliche Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien, Diskriminierung, Ausgrenzung und staatlicher Willkür, in der jeder seine Persönlichkeit frei entfalten kann, an. Eine gerechte Gesellschaft, in der alle gleichermaßen am wirtschaftlichen, politischen und kulturellem Leben Teilhaben können und in der eine gerechte Verteilung und Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Reichtum besteht. Eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen füreinander einstehen, die Leistungsfähigen für die Schwächeren, und in der dies die Grundlage des gesellschaftlichen Verteilungs-/Teilhabemodells ist.
- 81) Jusos Berlin** **Annahme**
Seite 11, Zeile 14-19 ersetzen durch:
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.
- 82) KDV Pankow und KDV TempSchön** **Erledigt durch Annahme 81**
Seite 11 Zeile 14 einfügen:
Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.
- 83) KDV Fr'hainKreuz** **Erledigt durch Annahme 81**
Seite 11, Zeile 14 – 19 Neuformulierung:
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus.
- 84) KVV MarzHell** **Ablehnung**
Seite 11, nach Zeile 20 ergänzen:
Die Erreichung rein ökonomischer Ziele durch Waffengewalt lehnt die SPD ab.
- 85) Jusos Berlin** **Ablehnung**
Seite 11, nach Zeile 28 einfügen: Darum geht es noch heute.
- 86) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 11, Zeile 33 Einschub nach „ebenso wie der“: gleiche
- 87) KDV Fr'hainKreuz, KDV TempSchön und Jusos Berlin** **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 11, einfügen nach Zeile 39:
Freiheit ist für uns die Freiheit eines jeden, auch und gerade des Andersdenkenden. Freiheit für wenige wäre Privileg.
- 88) KDV Neukölln** **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 11, Zeile 39 nach „[...] eines Anderen verletzt.“ einfügen:
Freiheit ist für uns die Freiheit eines jeden, auch und gerade des Andersdenkenden.
- 89) KVV MarzHell** **Ablehnung**
Seite 11, Zeile 43 nach „... und gleiche Chancen unabhängig von Herkunft oder Geschlecht.“ anfügen:
sowie für alle Generationen.
- 90) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 11, Zeile 54 bis Seite 12 Zeile 1 Umformulierung:
Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sonder Entfaltungsraum für individuelle Neigungen, Fähigkeiten und Lebensentwürfen.

- 91) Jusos Berlin** **Annahme**
Seite 12, in den Zeilen 7-8 streichen der Wörter:
 "...der Leistung..."
- 92) Jusos Berlin** **Erledigt durch Annahme 96)**
Seite 12, Zeile 8 ersetze „angemessene“ durch: „gerechte“
- 93) KDV Fr'hainKreuz** **Erledigt durch Annahme 96)**
Seite 12, Zeile 8 Einschub nach „angemessene“: und gerechte ...
- 94) KDV TempSchön** **Erledigt durch Annahme 96)**
Seite 12, Zeile 10 einfügen nach "[...]und respektiert werden."
 Leistung wird in einem System, welches auf Ausbeutung basiert nie aus sich heraus erbracht werden. Das sozialdemokratische Verständnis von Leistung orientiert sich an einer Kombination aus solidarisch gesellschaftlichen Maßstäben und den individuellen Fähigkeiten eines Menschen.
- 95) KDV Neukölln** **Erledigt durch Annahme 96)**
Seite 12, Zeile 10 nach „[...]und respektiert werden.“ einfügen:
 Das sozialdemokratische Verständnis von Leistung orientiert sich an einer Kombination aus solidarisch gesellschaftlichen Maßstäben und den individuellen Fähigkeiten eines Menschen.
- 96) Jusos Berlin** **Annahme**
Seite 12, Zeile 10 einfügen nach "[...]und respektiert werden."
 Unser Leistungsbegriff orientiert sich an den individuellen Möglichkeiten der Menschen im Rahmen einer solidarischen Gesellschaft.
- 97) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 12, Zeile 26 Einschub nach „politisch“ und rechtlich ...
- 98) Abt. o6/Mitte** **Erledigt durch Annahme 99)**
Seite 12, Zeile 30 bis 32, streichen: „Wir verteidigen ein Grundwerteverständnis,...auf Armenfürsorge reduziert.“ und ersetzen durch:
 Die Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.
- 99) KDV Mitte** **Annahme**
Seite 12, Zeile 32 nach „... reduziert.“ folgende Worte anfügen:
 Die Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.
- 100) KDV StegZehl** **Annahme**
Seite 12, Zeile 34 bis 51 Ersetzung:
Grundwerte des Demokratischen Sozialismus
 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unserer Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann. Der Mensch ist als Einzelwesen zur Freiheit berufen und befähigt. Die Chance zur Entfaltung seiner Freiheit ist aber stets eine Leistung der Gesellschaft. Freiheit ist für uns die Freiheit eines jeden, auch und gerade des Andersdenkenden. Freiheit für wenige wäre Privileg. Die Freiheit des anderen ist Grenze und Bedingung der Freiheit des einzelnen. Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seiner Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung. Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau. Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch in Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller. Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muss mit Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden. Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, lässt sich nicht erzwingen. Solidarität hat die Arbeiterbewegung im Kampf für Freiheit und Gleichheit geprägt und ermutigt. Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft. Solidarität ist zugleich Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz aus der Einsicht, dass der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann mensch-

lich miteinander leben, wenn wir füreinander eintreten und die Freiheit des anderen wollen. Wer in Not gerät, muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können. Solidarität gebietet auch, dass die Menschen in der Dritten Welt die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf unsere Solidarität. Solidarität ist auch nötig, um individuelle Entfaltungschancen zu erweitern. Nur gemeinsames Handeln, nicht egoistischer Individualismus schafft und sichert die Voraussetzungen individueller Selbstbestimmung. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn. Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus."

101) KDV Fr'hainKreuz und Jusos Berlin **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeile 34 Ersetzung: Der demokratische Sozialismus

102) KDV TempSchön **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeile 34
Die Überschrift „Die Soziale Demokratie“ wird gestrichen.

103) KDV Mitte **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeile 38 nach „...solidarischen Bürgerschaft.“ folgende Sätze einfügen:
Soziale Rechte wie der freie Zugang zu Bildung und Gesundheit sowie die Altersvorsorge sichern das Fundament für die bürgerlichen und politischen Rechte. Die im Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums gehört ebenso zu den Grundfesten einer sozialen Demokratie wie die Demokratisierung der Wirtschaft mit betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung.

104) KDV TempSchön **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeile 39 nach „solidarisches Handeln verbessern.“ wird folgender Absatz angefügt:
Diese Grundwerte zu verwirklichen ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.

105) KDV TempSchön **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeilen 41 - 51 Der letzte Absatz wird gestrichen.

106) KDV Fr'hainKreuz und Jusos Berlin **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeile 43 bis 51 Ersetzung:
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn.

Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus. Sozialismus bedeutet das Streben nach einer besseren Weltordnung, in der jeder Mensch sich nach seinen Wünschen und Bedürfnissen entfalten kann. Maßstab für diese Weltordnung sind: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

107) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeile 46, ersetze „Er ist kein...weiterhin eintreten“ durch:
Er bleibt die Vision einer Freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, für deren Verwirklichung wir auch weiter eintreten.

108) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeile 49 - 51
streichen

109) Abteilung 09/StegZehl **Erledigt durch Annahme 100)**
Seite 12, Zeilen 36 – 51
Ersetzung Abschnitt "Die soziale Demokratie" durch(Original-Text aus dem Berliner Programm:)

Grundwerte des Demokratischen Sozialismus

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann.

Der Mensch ist als Einzelwesen zur Freiheit berufen und befähigt. Die Chance zur Entfaltung seiner Freiheit ist aber stets eine Leistung der Gesellschaft. Freiheit ist für uns die Freiheit eines jeden, auch und gerade des Andersdenkenden. Freiheit für wenige wäre Privileg.

Die Freiheit des anderen ist Grenze und Bedingung der Freiheit des einzelnen. Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken.

Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seiner Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung.

Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau.

Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch in Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.

Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller.

Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muss mit Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden.

Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, lässt sich nicht erzwingen. Solidarität hat die Arbeiterbewegung im Kampf für Freiheit und Gleichheit geprägt und ermutigt. Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft.

Solidarität ist zugleich Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz aus der Einsicht, dass der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander einstehen und die Freiheit des anderen wollen. Wer in Not gerät, muss sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen können.

Solidarität gebietet auch, dass die Menschen in der Dritten Welt die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten. Kommende Generationen, über deren Lebenschancen wir heute entscheiden, haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Solidarität ist auch nötig, um individuelle Entfaltungschancen zu erweitern. Nur gemeinsames Handeln, nicht egoistischer Individualismus schafft und sichert die Voraussetzungen individueller Selbstbestimmung.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn.

Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus."

110) KDV Spandau

Erledigt durch Annahme 100)

Seite 12, Zeilen 43-49, ersetzen „Im Bewusstsein...weiterhin eintreten.“ durch:

Das Streben nach einer unseren Grundwerten entsprechenden Gesellschaft ist unsere dauernde Aufgabe. Unser Ziel bleibt die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus. Er ist kein Dogma, sondern die Idee einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, für deren Umsetzung wir eintreten.

3. SOZIALE DEMOKRATIE IM 21. JAHRHUNDERT**111) KDV Mitte****Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 13, Zeile 5 bis 9** ändern in:

Unter den Bedingungen der Zeit, in der wir leben, gewinnt die Idee des demokratischen Sozialismus neue Bedeutung. Die wirtschaftliche Globalisierung, der größer werdende Abstand zwischen Reichen und Armen, der wachsende Druck auf Umweltressourcen und die Veränderungen des Klimas sind Ergebnisse menschlichen Handelns und können deshalb durch demokratische Politik gestaltet werden. Unsere Gesellschaft steht vor der Wahl:

112) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 111) i.d.F.d.AK****Seite 13, Zeile 5 bis 6** Neuformulierung 1. Satz:

In unserer Zeit gewinnt die Idee der Sozialen Demokratie neue Bedeutung.

113) Abt. 06/Mitte**Ablehnung****Seite 13, Zeile 6 bis 8**, streichen: „Das Zeitalter...gestaltet werden.“, dafür neu einfügen:

Die wirtschaftliche Globalisierung, der größer werdende Abstand zwischen Reichen und Armen, der wachsende Druck auf Umweltressourcen und die Veränderungen des Klimas sind Ergebnisse menschlichen Handelns und können deshalb durch demokratische Politik gestaltet bzw. revidiert werden.

114) KDV Fr'hainKreuz**Annahme****Seite 13, Zeile 45-49** Neuformulierung und Platzierung vor Text von Zeile 40 bis 43:

Die Marktradikalen und Neoliberalen verschließen sich der Realität, indem sie an die selbst regulierenden Kräfte der Markt- und Finanzwirtschaft zum Wohle aller glauben. Sie verkürzen den Begriff der Freiheit auf den des freien Wettbewerbs. Damit gestehen sie nicht-demokratisch-legitimierten Machtzentren eine Vormachtstellung gegenüber demokratisch legitimierten zu und nehmen in ihrer Konsequenz das Unterhöhlen der Demokratie bewusst in Kauf.

115) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung****Seite 13, Zeile 51** Einschub nach „Populisten“: versprechen einfache und schnelle Lösungen für komplexe neue Herausforderungen, ...**116) KDV Fr'hainKreuz****Ablehnung****Seite 14, Zeile 13** Ersetzung des Wortes „unerschrocken“ durch: entschlossen**117) KDV Pankow****Annahme****Seite 14 Zeile 15** Ergänzen als neuer Absatz:

Ferner muss die Unterordnung der militärischen Ziele unter den politischen Zweck der Mission sichergestellt sein und die für den politischen Zweck notwendigen militärischen Mittel bereitgestellt werden.

118) KVV Lichtenberg**Ablehnung****Seite 14, Zeile 22** nach „[...] ein starkes und soziales [...]“ einfügen:
und demokratisches

→ sich daraus ergebende redaktionelle Änderung:
überflüssiges „und“ vor „soziales“ streichen und durch Komma ersetzen.

119) KDV Mitte und Abt. 06/Kreis Mitte**Annahme****Seite 14, Zeile 24** nach „...Wirtschaft und Politik.“ einfügen:

Dazu gehört für uns auch die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte. Sie dürfen die Weltwirtschaft nicht destabilisieren und die Umverteilung zugunsten von bereits Vermögenden beschleunigen.

120) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz**Ablehnung****Seite 14, Zeile 26** Die ersten beiden Sätze werden ersetzt durch:

Wir wollen eine ökologische Umstrukturierung der Volkswirtschaft. Sie ermöglicht ein qualitatives, d.h. selektives Wachstum, das die Wertschöpfung in erwünschten Bereichen steigert und in anderen allmählich schrumpfen lässt.

121) KVV Lichtenberg**Ablehnung****Seite 14, Zeile 28** neuen Satz nach „[...] der natürlichen Lebensgrundlagen.“ einfügen:

Dabei muss Nachhaltigkeit im Umgang mit den Ressourcen unserer Erde wie fossile Brennstoffe oder sauberes Trinkwasser höchste Priorität haben. Wir wollen die Folgen des bereits eintretenden Klimawandels dämpfen und nachfolgenden Generationen nicht die aus unserer Lebensweise resultierenden Probleme hinterlassen.

122) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 14, Zeile 29 Streichung des Wortes „offensiv“

123) KDV Mitte

Annahme

Seite 14, Zeile 31 nach „... garantieren.“ folgenden Absatz einfügen:

Wir wollen den Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung begegnen. Wir brauchen zur Lösung dieser Herausforderungen nicht weniger Staat, sondern einen aktiveren und intelligenteren, einen industriepolitisch denkenden Staat. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung und einen neuen Ansatz von Wirtschaftspolitik, nämlich eine ökologische Industriepolitik.

124) Abt. 06/Mitte

Ablehnung

Seite 14, Zeile 31 nach „... fairen Wettbewerb garantieren.“ einfügen:

auch unter dem Gesichtspunkt von Ressourcenknappheit und Klimawandel.

125) KDV Mitte

Erledigt durch Annahme 126)

Seite 14, Zeile 33 die Worte „Wir wollen den Vorsorgenden Sozialstaat...“ ergänzen durch:

Wir wollen den solidarisch finanzierten Vorsorgenden Sozialstaat...

126) KDV Fr'hainKreuz

Annahme

Seite 14, Zeile 33 und 34 Umformulierung:

Wir wollen den Vorsorgenden Sozialstaat, der ein selbst bestimmtes Leben sichert, gerechte Teilhabe und sozialen Aufstieg ermöglicht und durch Solidarität Sicherheit gewährleistet.

4. UNSERE ZIELE, UNSERE POLITIK**4.1. EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG****127) FA I/Internationales****Annahme****Seite 15, Zeile 5** (nach der Überschrift) einfügen:

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Voraussetzung für die friedliche, freie und gerechte Weltordnung, die wir anstreben, sind innerstaatlich die Ächtung und Ausschaltung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung jedweder persönlicher, wirtschaftlicher und politischer Ziele durch das staatliche Gewaltmonopol und im internationalen Bereich die Ächtung und größtmögliche Eindämmung von Krieg und Gewalt in den Beziehungen von Staaten, Völkern und menschlichen Gruppen gemäß dem Gewaltverbot der UN-Charta, die Lösung von Konflikten nach den Normen und mit den Mitteln des Völkerrechts sowie die institutionell gesicherte Zusammenarbeit der Völker auf der Basis der Selbstbestimmung der Völker, der Gleichberechtigung und eines fairen Interessenausgleichs, der sich an der gleichen Würde aller menschlichen Wesen auf der Erde als Leitbild orientiert.

128) KDV Mitte**Erledigt durch Annahme 127)****Seite 15, Zeile 6** zu Beginn des Kapitels folgende Absätze voranstellen:

Friedenspolitik muss Machtkonflikte entschärfen, Interessenausgleich suchen, gemeinsame Interessen aufgreifen, dem Vormachtstreben einzelner Weltmächte durch regionale Zusammenschlüsse entgegenwirken und Gegensätze zwischen Systemen, Ideologien und Religionen im friedlichen Wettbewerb und in einer Kultur des politischen Streits austragen.

Friedenspolitik muss die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen. Friedenspolitik muss sich auf Friedenserziehung und Friedensforschung stützen. Frieden zu schaffen ist nicht allein Aufgabe der Regierungen. Frieden braucht das weltweite Engagement der Menschen für Völkerverständigung, für den Abbau von Waffen und Feindbildern.

129) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 127)****Seite 15, Zeile 6** Einfügung nach Zeile 8:

Deutschland steht wegen seiner Geschichte in besonderer Verantwortung für Frieden und Verständigung. Wir verpflichten uns zur Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und zu einer lebendigen Erinnerungskultur. Auch deshalb darf von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen.

130) KDV TempSchön**Ablehnung****Seite 15, Zeile 11** Streichung im letzten Satz die Worte „und Europa“. Der letzte Satz lautet dann:
Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland.**131) FA I/Internationales****Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 15, Zeile 12** folgenden neuen Absatz einfügen:

Sozialdemokratische Friedenspolitik zielt vor allem auf die Beseitigung der Spannungsursachen innerhalb einzelner Gesellschaften und zwischen Völkern und Regionen. Wir wollen globale Konfliktursachen auf allen Ebenen und das Macht- und Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd abbauen.

132) KDV StegZehl**Ablehnung****Seite 15, Zeile 12** Einfügung Absatz: Friedenspolitik muss die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und die Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen. Friedenspolitik muss sich auf Friedenserziehung und Friedensforschung stützen.**133) KDV TempSchön****Ablehnung****Seite 15, Zeile 15** Streichung „zum ersten Mal in ihrer Geschichte“ Der zweite Satz lautet dann:
Die Menschheit kann zentrale Probleme nur noch gemeinsam lösen.**134) KDV StegZehl****Ablehnung****Seite 15, Zeile 15 bis 16** Streichung „zum ersten Mal in ihrer Geschichte“ sowie „noch“**135) Abt. 07/TrepKöp****Ablehnung****Seite 15, Zeile 33**, streichen:

Deutsche Interessen in der Welt können wirksam nur noch gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Union zu Geltung gebracht werden.

136) KDV StegZehl**Ablehnung****Seite 15, Zeile 33** Ersetzung Satz ab „Deutsche Interessen“ durch:
Dies dient auch den deutschen Interessen.

- 137) KDV Fr'hainKreuz** **Annahme i.d.F.d.AK:**
Seite 15 Zeile 33 Ersetzung
 Dabei stimmen wir uns mit unseren Partnern eng ab und handeln gemeinsam mit internationalen Institutionen und der Europäischen Union. (nächster Satz im BE wird gestrichen)
- 138) KDV Neukölln und Jusos Berlin** **Erledigt durch Annahme 137) i.d.F.d.AK**
Seite 15, Zeile 33-34 ersetzen: „Deutsche Interessen“ durch:
 Unsere Friedensinteressen
- 139) KDV CharlWilm** **Erledigt durch Annahme 137) i.d.F.d.AK**
Seite 15, Zeile 33 Ersetzung („Deutsche Interessen in der Welt können ...“) durch:
 Der Frieden in der Welt kann ...
- 140) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 15, Zeile 36 Einfügen:
 Unser Ziel ist es, Militärbündnisse durch internationale Kooperationen und Institutionen zu ersetzen. Bis dahin ist Deutschland Partner im Atlantischen Bündnis nach dem Grundsatz gleicher Souveränität. Der politische Wille muss über Militärstrategie, Militärtechnik und wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie herrschen, nicht umgekehrt. Friede ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe.
- 141) KDV StegZehl** **Annahme**
Seite 15, Zeile 46 bis 50 ersetzen:
 Die universelle Geltung und Unteilbarkeit der Menschenrechte ist für uns nicht verhandelbar. Die Abschaffung der Todesstrafe und das absolute Folterverbot wollen wir weltweit durchsetzen. Wir wollen, dass Frauen....
- 142) KDV Neukölln** **Erledigt durch Annahme 141)**
Seite 15, Zeile 48 wie folgt ändern:
 Wir wollen das absolute Folterverbot, die Abschaffung der Todesstrafe und das humanitäre Völkerrecht...
- 143) KDV Mitte** **Erledigt durch Annahme 141)**
Seite 15, Zeile 50 nach „...verteidigen.“ folgenden Satz einfügen:
 Wir wollen die weltweite Ächtung der Todesstrafe.
- 144) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 16, Zeile 14 nach „...beschwören“ folgende Worte einfügen:
 oder provozieren,
- 145) Jusos Berlin** **Ablehnung**
Seite 16, Zeile 16 ersetze „Wir bekennen uns (...) und den Dialog mit anderen Kulturen fördert“ (Abs. 8) durch:
 Wir bekennen uns zu einer Kulturpolitik, die das gegenseitige Interesse und den Dialog der Kulturen fördert.
- 146) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 16, Zeile 20-24, Absatz streichen
- 147) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 16, Zeile 20 bis 24 Verschieben Absatz nach Seite 15, Zeile 27
- 148) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau** **Ablehnung**
Seite 16, Zeile 21 bis 22 soll heißen:
 Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen. (Nicht:... von deutschem Boden...“)
- 149) KDV Spandau** **Ablehnung**
Seite. 16, Zeile 24 anfügen:
 [...], denn nur durch stetes Mahnen und Erinnern kann verhindert werden, dass sich diese Gräueltaten wiederholen.
- 150) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 16, Zeile 31 am Ende ergänzen:
 ..., soweit dadurch die Sicherheit Israels nicht beeinträchtigt wird.
- 151) KDV Spandau** **Ablehnung**
Seite 16, Zeilen 33 – 42 ersetzen:

Die SPD will die transatlantische Partnerschaft erneuern. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs braucht die NATO ein neues, konsequent am Frieden ausgerichtetes Fundament. Wir wollen die Suche nach einem gemeinsamen Verständnis von Werten intensivieren und das Bewusstsein für gemeinsame Ziele stärken.

152) KDV StegZehl**Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 16, Zeile 38**, Neuformulierung:

.... ausgerichtetes Fundament, z.B. in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen. Wir wollen die Suche nach

153) Abt. 07/TrepKöp**Erledigt durch Annahme 152) i.d.F.d.AK**

Seite 16, Zeilen 33 – 36, Ersetzen: „Die SPD will ... der NATO eng zusammen,“ durch (analog des Berliner Programms): Die Militärbündnisse müssen, bei Wahrung der Stabilität, ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Im Bündnis muss der Grundsatz gleicher Souveränität gelten. Das Bündnis muss verteidigungsfähig, defensiv und entspannungsbereit sein. Der politische Wille muss über Militärstrategie, Militärtechnik und wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie herrschen, nicht umgekehrt. Friede ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe.“

154) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung****Seite 16, Zeile 50/51** Ersetzung des Wortes „Rechtsstaat“ durch „Rechtstaatlichkeit“**155) KDV Fr'hainKreuz****Ablehnung****Seite 16, Zeile 54** Umformulierung des 1. Satzes:

Deutsche und europäische Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik muss enge Beziehungen zu Asien, Lateinamerika und Afrika entwickeln.

156) KDV StegZehl**Ablehnung****Seite 17, Zeile 3** Ersetzung von „faire Partnerschaft, intensive“ durch „verbindliche“**157) KDV StegZehl****Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 17, Zeile 12** Einfügung Absatz:

Die Sozialistische Internationale bündelt und stärkt die Kraft der Sozialdemokratie. Sie muss weiterentwickelt werden, damit sie Wege zu einer demokratischen Weltgesellschaft weisen kann. Wir achten das Engagement von Pazifisten, die für die Idee einer gewaltfreien Völkergemeinschaft eintreten.

158) KDV TempSchön**Erledigt durch Annahme 157) i.d.F.d.AK****Seite 17, Zeile 12**, am Schluss des Abschnitts 4.1 wird folgender Absatz eingefügt:

Wir kämpfen gemeinsam mit den Schwesterparteien der Sozialistischen Internationale in der geschichtlichen Tradition des demokratischen Sozialismus in Solidarität mit der Natur, den Mitmenschen auf der heutigen Erde und mit unseren Kindern und Enkeln für eine freie, friedliche und gerechte Weltordnung und eine faire und gerechte Weltwirtschaftsordnung.

159) KDV StegZehl**Ablehnung****Seite 17, Zeile 25** Streichung „hinreichender“**160) KDV StegZehl****Ablehnung****Seite 17, Zeile 27** Ersetzung von „konfliktlösend“ durch: konfliktverhindernd**161) KDV Fr'hainKreuz****Ablehnung****Seite 17, Zeile 33** nach „...gestärkt werden.“ folgenden Halbsatz anfügen:

..., insbesondere der Internationale Strafgerichtshof.“

162) KDV Reinickendorf und FA I/Internationale Politik**Ablehnung****Seite 17, Zeile 39**: Einschub nach „stärken“:

... und eine parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen einrichten.

163) KDV Spandau und Jusos Berlin**Annahme****Seite 17, Zeile 43** streichen:

Die SPD befürwortet einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

164) KDV CharlWilm**Erledigt durch Annahme 163)****Seite 17, Zeile 43 - 46 Ersetzung** „Die SPD befürwortetSitz in diesem Gremium einnehmen.“ durch:

Die SPD spricht sich dafür aus, dass die Europäische Union einen gemeinsamen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an-

strebt.

165) KDV Spandau

Ablehnung

Seite 17, Zeile 53, nach „Frieden und Sicherheit,“ einfügen:
„Bildung und Teilhabe,“

166) FA I/Internationales

Erledigt bei Annahme 163)

Seite 17, Zeile 43 – 46 die beiden letzten Sätze durch folgenden Satz ersetzen:
Die SPD befürwortet einen ständigen Sitz der Europäischen Union im Weltsicherheitsrat.

167) FA I/Internationales

Ablehnung

Seite 18, Zeile 4 – 9 ersetzen:

Entscheidungen in internationalen Institutionen und Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation müssen sich am Maßstab der Gerechtigkeit und der Menschenrechte messen lassen, sie müssen transparent sein und die Verantwortung von Gläubiger- und Schuldnerstaaten in gleicher Weise berücksichtigen. Die Stimmrechtsverteilung muss den veränderten Anteilen der Mitglieder am Welthandel sowie den Interessen der ärmsten Entwicklungsländer Rechnung tragen.

168) KDV StegZehl

Ablehnung

Seite 18, Zeile 9 Ersetzung von „berücksichtigen“ durch „widerspiegeln“

169) KDV Mitte

Ablehnung

Seite 18, Zeile 9 nach „...berücksichtigen.“ den folgenden Satz anfügen:
Europa sollte mit einer Stimme sprechen.

170) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 157) i.d.F.d.AK

Seite 18, Zeile 19 Einfügung eines neuen Absatzes:

Zusammen mit den anderen Mitgliedern der Sozialistischen Internationalen kämpfen wir für die Ziele der Sozialen Demokratie weltweit.

171) KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 131) i.d.F.d.AK

Seite 18, Zeile 28, wir fordern die Aufnahme eines neuen Abschnitts „Nord-Süd-Politik“ vor dem Abschnitt „Umfassende Sicherheitspolitik“ unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte:

Ohne einen Abbau des Macht-, Wohlstands- und Entwicklungsgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird die Zukunft der ganzen Menschheit gefährdet. Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, insbesondere die Beseitigung von extremer Armut und dem Hunger, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau, die Versorgung aller Menschen mit grundlegenden Gesundheits- und Sanitäreinrichtungen, die Bekämpfung der großen Pandemien wie HIV/AIDS und Malaria und die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit sind verbindliche Maßstäbe für unsere Nord-Süd-Politik. Entwicklungspolitik braucht mehr finanzielle Mittel. Wir wollen dafür sorgen, dass die von Deutschland geleistete öffentliche Entwicklungshilfe, gemessen am Bruttonationaleinkommen, bis 2015 auf 0,7 % steigt. Zentrale Ziele neben den Millenniums-Entwicklungszielen, aber auch als unabdingbare Mittel zu ihrer Erfüllung bleiben die Bekämpfung der Korruption, die Förderung guter Regierungsarbeit, die systematische Entschuldung von Entwicklungsländern, die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und die Stärkung der Menschenrechte.

Entwicklungszusammenarbeit ist mehr als Nothilfe und Erfüllung eines Gebots der Menschlichkeit. Sie ist zentraler Baustein einer umfassenden Sicherheitspolitik als Weltinnenpolitik und Mittel einer gerechten Gestaltung der Globalisierung. Um diesem Anspruch gerecht zu werden erfordert sie neben der Bereitschaft zu substantieller finanzieller, technischer und personeller Hilfe vor allem Respekt gegenüber den Eigenanstrengungen der Völker der Entwicklungswelt zur Lösung ihrer Probleme, eine angemessene Beteiligung von Menschen aus den Entwicklungsländern an Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und einen gleichberechtigten Dialog, in dem beide Seiten voneinander lernen und gemeinsam an einem nachhaltigen Entwicklungsweg für die gesamte Menschheit arbeiten.

Jedes Land hat im Rahmen der Normen der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen und der Pakte über bürgerliche und politische sowie soziale und kulturelle Rechte das Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg. Alle Länder des Südens müssen die Chance haben, sich selbst zu ernähren, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen oder wiederherzustellen, die ihnen gemäße Form von Landwirtschaft und Energieversorgung, Bildung, Beschäftigung, Industrialisierung, Gesundheitswesen und sozialer Sicherung zu finden, über einen leistungsfähigen Binnenmarkt ihre Grundbedürfnis zu befriedigen und ihre kulturelle Identität zu wahren.

172) KDV CharlWilm

Ablehnung

Seite 18, Zeile 31 Ergänzung:

Eine Welt in Frieden erfordert das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen.

173) KDV Pankow**Erledigt durch Annahme 192)****Seite 18 vor Zeile 36** einfügen:

Wir wollen die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und schrittweise eine Armee von Berufs- und Zeitsoldaten aufbauen. Gleichzeitig streben wir den Ausbau von sozialen und ökologischen Diensten, ggf. auch als soziale Pflichtdienste, an. Dadurch sollen junge Menschen, Männer und Frauen, soziales und zivilgesellschaftliches Engagement praktisch ausüben können und sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen.

174) Abt. 76/CharlWilm**Ablehnung****Seite 18, Ende von Zeile 36** einfügen:

Eine Welt in Frieden erfordert das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen.

175) Abt. 76/CharlWilm**Ablehnung****Seite 18, Zeile 38 bis Seite 19, Zeile 34** werden durch folgenden Text ersetzt:

Die SPD bekräftigt ihre Position: Krieg ist kein Mittel der Politik. Drei Viertel der deutschen Bevölkerung sind gegen den Militäreinsatz der Bundeswehr uns sehen die große Gefahr, dass Deutschland mehr und mehr in den „weltweiten Kriegseinsatz“ hineingezogen wird.

Wir sind konfrontiert mit einer Zunahme von Kriegen und Konflikten in der Welt, gefördert durch strukturelle Konfliktursachen wie zunehmende Armut und soziale Ungerechtigkeit. Dem ein Ende zu machen sind wir Sozialdemokraten verpflichtet. Wir sind überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur möglich ist, wo strukturelle Konfliktursachen, wie Hunger und Ressourcenmangel überwunden werden.

Das deutsche Volk will keinen Krieg! Viele SozialdemokratInnen haben immer wieder in diesem Sinne ihre Stimme gegen den Krieg, sowie gegen die Entsendung deutscher Soldaten in weltweite Militäreinsätze erhoben. Nach 1945 hat das deutsche Volk geschworen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Einsatz deutscher Soldaten auf fremden Boden. Dieser sozialdemokratischen Grundsatzposition der SPD muss wieder Respekt verschafft werden.

Deshalb setzt sich die SPD ein: für das Ende aller weltweiten Kriegseinsätze und für den Rückzug der deutschen Soldaten aus diesen Einsätzen.

176) FA I/Internationales**Erledigt durch Annahme 131)****Seite 18, Zeile 49 bis Seite 19, Zeile 6 bzw. Seite 19, Zeile 35**

Das Thema „Entwicklungszusammenarbeit“ (4. Absatz des Abschnitts „Umfassende Sicherheitspolitik“) wird als eigener neuer Abschnitt unter der Überschrift „Nord-Süd-Politik“ nach dem Abschnitt „Umfassende Sicherheitspolitik“ eingefügt. Der neue Abschnitt ersetzt den bisherigen Abschnitt S. 18, z. 49-S. 19, Z. 6 und erhält folgenden Wortlaut:

Ohne einen Abbau des Macht-, Wohlstands- und Entwicklungsgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird die Zukunft der ganzen Menschheit gefährdet. Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen, insbesondere die Beseitigung von extremer Armut und dem Hunger, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau, die Versorgung aller Menschen mit grundlegenden Gesundheits- und Sanitäreinrichtungen, die Bekämpfung der großen Pandemien wie HIV/AIDS und Malaria und die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit sind verbindliche Maßstäbe für unsere Nord-Süd-Politik.

Entwicklungspolitik braucht mehr finanzielle Mittel. Wir wollen dafür sorgen, dass die von Deutschland geleistete öffentliche Entwicklungshilfe, gemessen am Bruttonationaleinkommen, bis 2015 auf 0,7 % steigt. Zentrale Ziele neben den Millenniums-Entwicklungszielen, aber auch als unabdingbare Mittel zu ihrer Erfüllung bleiben die Bekämpfung der Korruption, die Förderung guter Regierungsarbeit, die systematische Entschuldung von Entwicklungsländern, die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und die Stärkung der Menschenrechte.

Entwicklungszusammenarbeit ist mehr als Nothilfe und Erfüllung eines Gebots der Menschlichkeit. Sie ist zentraler Baustein einer umfassenden Sicherheitspolitik als Weltinnenpolitik und Mittel einer gerechten Gestaltung der Globalisierung. Um diesem Anspruch gerecht zu werden erfordert sie neben der Bereitschaft zu substantieller finanzieller, technischer und personeller Hilfe vor allem Respekt gegenüber den Eigenanstrengungen der Völker der Entwicklungswelt zur Lösung ihrer Probleme, eine angemessene Beteiligung von Menschen aus den Entwicklungsländern an Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und einen gleichberechtigten Dialog, in dem beide Seiten voneinander lernen und gemeinsam an einem nachhaltigen Entwicklungsweg für die gesamte Menschheit arbeiten.

Jedes Land hat im Rahmen der Normen der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen und der Pakte über bürgerliche und politische sowie soziale und kulturelle Rechte das Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg. Alle Länder des Südens müssen die Chance haben, sich selbst zu ernähren, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen oder wiederherzustellen, die ihnen gemäße Form von Landwirtschaft und Energieversorgung, Bildung, Beschäftigung, Industrialisierung, Gesundheitswesen und sozialer Sicherung zu finden, über einen leistungsfähigen Binnenmarkt ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und ihre kulturelle Identität zu wahren.

177) KDV Mitte**Ablehnung****Seite 18, Zeile 50** nach dem Wort „Menschlichkeit“ einfügen:

sondern auch der Solidarität

178) KDV StegZehl

Ablehnung

Seite 18, Zeile 53 bis Seite 19 Zeile 1 Ersetzung 2 Sätze ab „Wir wollen“ durch:

Die SPD hält an der UN-Resolution 2626 zur Entwicklungsfinanzierung von 1970 fest und wird 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bereitstellen. Richtschnur ist das Millenniumsabkommen mit der Vereinbarung, bis 2015 dieses Ziel erreicht zu haben.

179) KDV CharWilm

Ablehnung

Seite 19, Zeile 8 bis 24 Ersetzung:

Die SPD lehnt jegliche Form von Angriffs- und Präventivkriegen ab. Wir wissen jedoch, dass es Situationen geben kann, in denen militärisches Eingreifen notwendig sein kann.

Wir erstreben eine Rechtslage, in der Deutschland sich an derartigen Missionen beteiligen kann, wenn nicht nur der Deutsche Bundestag zustimmt, sondern darüber hinaus ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen die Mission legitimiert.

In derartige Ausnahmeentscheidungen gehen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen jedoch in jedem Fall davon aus, dass Konflikte militärisch entschieden, aber niemals militärisch gelöst werden können. Deshalb werden wir unsere konkrete Entscheidung stets daran orientieren, dass eine Mission mit Beteiligung der Bundeswehr in ein Konzept von politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen eingebettet ist.

Die militärische Option bleibt für uns das letzte Mittel zur Schaffung von Frieden.

Auch zur Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur dann einsetzen, wenn andere Mittel nicht ausreichen.

180) KDV Pankow und Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 183)

Seite 19 Zeile 9-34 ersetzen:

Vom deutschen Boden muss Frieden ausgehen. Im Wissen, dass Krieg endloses Leid und Qualen für alle davon betroffenen Menschen mit sich bringt, muss politisches Handeln darauf gerichtet sein, Krieg zu verhindern. Daher ist Krieg für die SPD nicht die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss darauf ausgerichtet sein, bereits im Vorfeld darauf hinzuwirken, dass auch Konflikte in anderen Ländern nicht militärisch gelöst werden. Die Bundeswehr soll ausschließlich der Verteidigung dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit. Die Struktur der Bundeswehr muss den Abrüstungsprozess unterstützen und fördern. Ziel der SPD ist es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern. Die politische Führung der Bundeswehr obliegt allein der Regierung, ihre parlamentarische Kontrolle dem Bundestag. Wir achten das Engagement von PazifistInnen, die für die Utopie einer gewaltfreien Völkergemeinschaft eintreten. Sie haben einen legitimen Platz in der SPD.

181) Abt. 07/TrepKöp

Erledigt durch Annahme 183)

Seite 19, Zeilen 9 – 34. „Wir wissen,...“ bis „...agieren müssen,“ ersetzen durch (aus dem Berliner Programm):

Gemeinsame Sicherheit zielt auf die Abschaffung aller Massenvernichtungsmittel und eine drastische Verringerung und Umstrukturierung der konventionellen Streitkräfte bis hin zur beiderseitigen strukturellen Angriffsunfähigkeit. Der Prozess dahin soll durch begrenzte einseitige Schritte und Signale beschleunigt werden. Dazu gehört die erhebliche Senkung der Rüstungsausgaben und der Abbau der Truppenstärken.

Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit. Die Struktur der Bundeswehr muss den Abrüstungsprozess unterstützen und fördern. Die politische Führung der Bundeswehr obliegt allein der Regierung, ihre parlamentarische Kontrolle dem Bundestag. Das Ziel von Friedenspolitik ist es, Streitkräfte überflüssig zu machen.

182) KDV StegZehl

Erledigt durch Annahme 183)

Seite 19, Zeile 10 bis 34 nach „...Eingreifen notwendig ist.“ werden ersetzt durch:

Militärisches Eingreifen beseitigt nicht die Konfliktsachen und dient vielfach allein den ökonomischen und politischen Interessen der intervenierenden Mächte, wodurch die Ursachen für neue Konflikte und Kriege geschaffen werden. Eine Beteiligung Deutschlands an militärischen Missionen kann daher nur dann in Betracht kommen, wenn es um die Durchsetzung des Völkerrechts und um die Befriedung eines Konflikts mit einem völkerrechtlich bindenden Mandat der Vereinten Nationen geht. Die Zustimmung des Bundestages ist auch verfassungsrechtlich unverzichtbar. Die Bundeswehr darf kein Instrument zu Durchsetzung nationaler wirtschaftlicher oder politischer Interessen im Ausland sein.

Konflikte können niemals nur militärisch gelöst werden. Es ist daher zwingend erforderlich, dass ein Einsatz der Bundeswehr stets in ein Konzept von politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen eingebettet ist. Die militärische Option ist und bleibt für uns das letzte Mittel, wenn die Einhegung eines Konflikts und die Durchsetzung des Völkerrechts anders nicht möglich sind. Für die Stabilisierung des Friedens sind zivile Polizeikräfte in der Regel besser geeignet als Soldatinnen und Soldaten.

Gerade bei internationalen Einsätzen ist eine gute Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten, die auch Kenntnisse des jeweiligen Landes, der Kultur und der Sprache einschließt, unabdingbar. Eine Mission im Rahmen der internationalen Krisenbewältigung kann nur gelingen, wenn sich die Soldatinnen und Soldaten in erster Linie als Streitschlichter verstehen und die Akzeptanz der örtlichen Bevölkerung gewinnen. Deutsche Soldaten sind als Staatsbürger in Uniform auch Botschafter unseres Landes, die auf dem Wertefundament unserer Verfassung agieren müssen.

Mit der Wehrpflicht hat die Bundesrepublik gute Erfahrungen gemacht, sie ist jedoch als ein gravierender Eingriff in Freiheitsrechte begründungsbedürftig. Wir benötigen heute jedoch keine Massenarmee zur Landesverteidigung mehr. Damit ist die elementare Begründung der Wehrpflicht entfallen. Auch für Auslandseinsätze kommen Wehrpflichtige aus verfassungsrechtlichen Gründen und aufgrund der zu kurzen Ausbildungszeiten nicht in Betracht. Zudem wird heute das Prinzip der Wehrgerechtigkeit fortlaufend verletzt und die gesellschaftliche Akzeptanz der Wehrpflicht schwindet. Wir werden darum die Wehrpflicht abschaffen und den Weg zu einer Freiwilligenarmee beschreiten. Gleichzeitig werden wir den Ausbau von Freiwilligendiensten vorantreiben. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnen wir ab.

183) KDV Fr'hainKreuz**Annahme****Seite 19, Zeile 12** Streichung der Worte:

(...) der Einsatz dem deutschen Interesse nicht widerspricht (...)

184) KDV Spandau**Erledigt durch Annahme 183)****Seite 19, Zeile 13-14:** streichen:

„, der Einsatz dem deutschen Interesse nicht widerspricht“.

185) KDV Pankow**Ablehnung****Seite 19 Zeile 17-24** streichen: "Deshalb werden wir... Mittel nicht ausreichen" und ersetzen durch:

Deshalb sehen wir als Bedingung für einen Einsatz der Bundeswehr stets die Einbettung in ein Konzept von politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und kulturellen Maßnahmen. Nur wenn die zivilen Mittel für Stabilisierung und Wiederaufbau sichergestellt sind, ist der Einsatz militärischer Mittel im Rahmen einer Friedensmacht gerechtfertigt.

186) KDV TempSchön**Ablehnung****Seite 19, Zeilen 22 – 24** Ersetzung letzter Satz durch:

Auch zur internationalen Krisenbewältigung und Stabilisierung des Friedens wollen wir Soldatinnen und Soldaten nur dann einsetzen, wenn andere Mittel nicht ausreichen.

187) FA I/Internationales**Ablehnung****Seite 19, Zeile 25** folgenden neuen Absatz einfügen:

Bei allen Friedenseinsätzen der Bundeswehr gilt nicht nur der Vorrang ziviler vor militärischer Formen der Konfliktbearbeitung, sondern auch der Vorrang niederschwelliger Einsatzformen, wie der Absicherung von Wahlen, der Überwachung von Waffenstillständen, der Rückführung von Flüchtlingen, der Minenräumen und dem Schutz ziviler Hilfsdienste vor friedenszerstörenden Einsätzen als letztem Mittel der Eindämmung von kriegerischer und politischer Gewalt. Der Vorrang ziviler Maßnahmen in Friedenseinsätzen und insbesondere in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit muss auch in der Mittelzuweisung für die einzelnen Einsatzbereiche zum Ausdruck kommen.

188) KDV TempSchön**Annahme****Seite 19, Zeilen 26 – 34** ersatzlose Streichung des letzten, achten Absatzes dieses Unterkapitels.**189) Abt. 03/Spandau****Erledigt durch Annahme 188)****Seite 19, Zeile 26 bis 34** umformulieren:

Die Bundeswehr leistet bei ihren internationalen Einsätzen ausgezeichnete Arbeit. Sie genießt aufgrund ihres professionellen Einsatzes weltweit zu Recht hohes Ansehen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen. Dazu bedarf es einer Rekrutierung, die auf Freiwilligkeit basiert. Nur durch kontinuierliche Weiterbildung, Spezialisierung, Absicherung der Lebensverhältnisse der militärisch Bediensteten und einer entsprechenden Ausrüstung können wir zukünftig die Potentiale der SoldatInnen optimal ausschöpfen und den Anforderungen an eine hoch spezialisierte Einsatztruppe im Rahmen der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gerecht werden.

190) KDV StegZehl**Erledigt durch Annahme 188)****Seite 19, Zeile 26 bis 34** Ersetzung Absatz durch:

Die Strategie der Bundeswehr ist eingebettet in ein Konzept gemeinsamer Sicherheit. Eine gute Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten ist hierfür ebenso wichtig wie eine gute Ausrüstung. Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger. Im Rahmen der Neuorientierung der Bundeswehr ist die Wehrpflicht als ein überkommenes Instrument der Rekrutierung abzuschaffen. Ziel von Friedenspolitik bleibt es, Streitkräfte überflüssig zu machen.

191) KDV Spandau**Erledigt durch Annahme 192)****Seite 19, Zeile 35, einfügen:**

Wir bekennen uns zur Wehrpflicht, denn auch sie hat seit Gründung der Bundeswehr dazu beigetragen, die Streitkräfte fest im demokratischen Staat zu verankern. Ein Einsatz der Bundeswehr im Innern bleibt mit Ausnahme von Hilfen bei Katastrophen ausgeschlossen.

192) Landesvorstand**Annahme****Seite 19, Zeile 35** Einfügung eines neuen Absatzes:

Mit der Wehrpflicht hat die Bundesrepublik gute Erfahrungen gemacht. Sie ist Garant für die gesellschaftliche Verankerung der Bundeswehr, stellt die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses sicher, trägt entscheidend zur Zurückhaltung in internationalen Einsätzen bei und ermöglicht den flexiblen Umgang mit veränderten Bedrohungen. Wir halten darum an der Wehrpflicht fest. Gleichzeitig werden wir den Ausbau von Freiwilligendiensten vorantreiben. Wir setzen auf das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnen wir ab.

193) FA I/Internationales und KDV TempSchön**Erledigt durch Annahme 192)****Seite 19, Zeile 35** folgenden neuen Absatz einfügen:

Mit der Wehrpflicht hat die Bundesrepublik gute Erfahrungen gemacht, sie bleibt aber ein begründungsbedürftiger Eingriff in Freiheitsrechte. Wir benötigen heute keine Massenarmee zur Landesverteidigung mehr. Damit ist die elementare Begründung der Wehrpflicht entfallen. Darüber hinaus ist die Wehrgerechtigkeit nicht mehr gegeben und es schwindet die gesellschaftliche Akzeptanz der Wehrpflicht. Wir werden die Wehrpflicht darum abschaffen und den Weg zu einer Freiwilligenarmee beschreiten. Gleichzeitig werden wir den Ausbau von Freiwilligendiensten vorantreiben. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnen wir ab.

194) KVV TrepKöp**Erledigt durch Annahme 192)****Seite 19, Zeile 35** Änderungsantrag zum LV-Antrag der Projektgruppe Wehrpflicht, Variante 1

Der letzte Satz wird gestrichen („Eine allgemeine Dienstpflicht lehnen wir ab.“) und ersetzt durch folgenden Satz:
Eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen sollte eingeführt werden.

195) KVV TrepKöp und Abt. 07/TrepKöp**Erledigt durch Annahme 192)****Seite 19 vor Zeile 36** wird folgender Satz (als eigener Absatz) eingefügt:

Eine freiheitliche Gesellschaft setzt auf das gesellschaftliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund werden wir den Ausbau von Freiwilligendiensten in sozialen, ökologischen, entwicklungshelfenden, sicherheitspolitischen und weiteren Bereichen stärken um jedem jungen Menschen, Mädchen wie Jungen, die Chance zu geben, soziales Engagement zu erlernen.

196) KDV StegZehl**Erledigt durch Annahme 192)****Seite 19, Zeile 36** einfügen:**Wehrpflicht – soziale Dienste**

Eine freiheitliche Gesellschaft setzt auf das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Verbunden mit dem Ziel werden wir die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und den Weg in eine Armee von Berufs- und Zeitsoldaten beschreiten. Gleichzeitig werden wir den Ausbau von Freiwilligendiensten in sozialen, ökologischen und weiteren Bereichen stärken, um jeden jungen Menschen, Mädchen wie Jungen, die Chance zu geben, soziales Engagement zu erlernen.

197) Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 192)****Seite 19, Zeile 36** einfügen:**Wehrpflicht – soziale Dienste**

Eine freiheitliche Gesellschaft setzt auf das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Verbunden mit dem Ziel werden wir die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und den Weg in eine Armee von Berufs- und Zeitsoldaten beschreiten. Gleichzeitig werden wir den Ausbau von Freiwilligendiensten in sozialen, ökologischen, entwicklungspolitischen, sicherheitspolitischen und weiteren Bereichen stärken, um jedem jungen Menschen, Mädchen wie Jungen, die Chance zu geben, soziales Engagement zu erlernen.

198) KDV Mitte**Annahme**

Seite 19, Zeile 40 bis 41 die Worte „und streben den Besitz von Massenvernichtungswaffen an.“ streichen

199) FA I/Internationales und KDV TempSchön**Annahme i.d.F.d.AK:**

Seite 19, Zeile 42 nach dem 2. Satz mit dem Satzschluss „...terroristische Gewalt bedroht die ganze Welt“ folgende Passage einfügen:

Gleichwohl ist militärische Gegengewalt in Gestalt eines „Krieges gegen den Terrorismus“ ohne Reflexion der vielfältigen Ursachen, Nährböden und politischen Kontexte einzelner terroristischer Bewegungen ein ungeeignetes Mittel zur Bekämpfung dieser weltweiten Gefahr. In allen Strategien zur Bekämpfung des Terrorismus müssen politische Lösungsansätze und zivile Aufbauarbeit Vorrang haben vor militärischer und polizeilicher Repression.

200) KDV Spandau**Ablehnung**

Seite 19, Zeile 50, anfügen:
für Entwicklungshilfe.

- 201) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 19, Zeile 52 bis 54 Passage „Wir haben...einzubringen.“ streichen
- 202) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz** **Ablehnung**
Seite 20, Zeile 4: der Satz: „Wir orientieren...“ muss heißen:
Wir orientieren uns dabei an dem Aktionsprogramm „Agenda 21“ der vereinten Nationen und richten unsere Klimaschutzpolitik an den Ergebnissen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen der UN-Klimaexpertengruppe (Intergovernmental Panel on Climate Change) aus. Massive Energieeinsparungen in allen Bereichen, erneuerbare Energien....
- 203) KDV CharlWilm** **Ablehnung**
Seite 20, Zeile 4 ff. Neufassung:
Wir orientieren uns dabei an dem Aktionsprogramm „Agenda 21“ der vereinten Nationen und richten unsere Klimaschutzpolitik an den Ergebnissen, Schlussfolgerungen und Prognosen der UN-Klimaexpertengruppe (Intergovernmental Panel on Climate Change) aus.
- 204) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 20, Zeile 17 bis 40 Verschieben nach Seite 18, Zeile 29
- 205) KDV Spandau** **Ablehnung**
Seite 20, Zeilen 19-21, ersten Satz ersetzen:
Die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verlangt eine Politik der konsequenten Abrüstung.
- 206) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 20, Zeile 20 Ersetzung von „die Renaissance einer“ durch „eine“
- 207) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 20, Zeile 22 bis 23 Streichung von „wie wir sie verstehen, wie sie zu einem Markenzeichen der SPD geworden ist, und“
- 208) FA I/Internationales** **Annahme**
Seite 20, Zeile 27 der Satz „Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen“ wird wie folgt ergänzt
„...eine internationale rechtsverbindliche Ächtung der Produktion, der Erprobung, der Stationierung und des Einsatzes von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen durchzusetzen. Für die vorhandenen Massenvernichtungswaffen streben wir verbindliche, mit Zeitplänen versehene Abkommen für ihre vollständige Beseitigung an.“
- 209) KDV Neukölln** **Erledigt durch Annahme 208)**
Seite 20, Zeile 27 - 28 umformulieren:
Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung der Herstellung, Verbreitung und des Einsatzes von ABC-Waffen durchzusetzen.
- 210) KDV Spandau** **Erledigt durch Annahme 208)**
Seite 20, Zeile 28, ersetzen „des Einsatzes von Atomwaffen“ durch:
...von atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen)...
- 211) KDV StegZehl** **Erledigt durch Annahme 208)**
Seite 20, Zeile 28 Ersetzung von „des Einsatzes von Atomwaffen“ durch „von Atom-, Biologischen und Chemiewaffen“
- 212) KDV TempSchön** **Erledigt durch Annahme 208)**
Seite 20, Zeile 28 Der Satz „Wir setzen uns dafür ein, eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen“ wird wie folgt ergänzt:
... eine internationale rechtverbindliche Ächtung der Produktion, der Erprobung, der Stationierung und des Einsatzes von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen durchzusetzen. Für die vorhandenen Massenvernichtungswaffen streben wir verbindliche, mit Zeitplänen versehene Abkommen für ihre vollständige Beseitigung an.
- 213) FA I/Internationales** **Erledigt durch Annahme 220)**
Seite 20, Zeile 30 einfügen nach „...Rüstungsgüter“:
Wir setzen uns weiterhin für die Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstungsausgaben insgesamt im nationalen, europäischen und weltweiten Rahmen sowie für die Umlenkung von Rüstungsausgaben in Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz ein. Mit einer Steuer auf Rüstungsexporte wollen wir neue Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklungszusammenarbeit schaffen.

214) KDV TempSchön (wie vor, außer für die)**Ablehnung**

Seite 20, Zeile 30 Einfügen nach dem Satz „Verstärkte Anstrengungen widmen wir auch der Begrenzung und Kontrolle konventioneller Rüstungsgüter“:

Wir setzen uns weiterhin für die Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstungsausgaben insgesamt im nationalen, europäischen und weltweiten Rahmen sowie Umlenkung von Rüstungsausgaben in Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz ein. Mit einer Steuer auf Rüstungsexporte wollen wir neue Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklungszusammenarbeit schaffen.

215) Jusos Berlin**Ablehnung**

Seite 20, Zeilen 34-40 ersetze „Wir sind (...) für uns maßgebliche Kriterien bei Ausfuhrgenehmigungen“ durch: Berliner Programm, Seite 15 zur „Gemeinsamen Sicherheit.“

Gemeinsame Sicherheit

Ost und West haben den Versuch, Sicherheit gegeneinander zu errüsten, mit immer mehr Unsicherheit für alle bezahlt.

Kein Land in Europa kann heute sicherer sein als der mögliche Gegner. Jeder muss also schon im eigenen Interesse Mitverantwortung übernehmen für die Sicherheit des anderen. Darauf beruht das Prinzip gemeinsamer Sicherheit. Es verlangt, dass jede Seite der anderen Existenzberechtigung und Friedensfähigkeit zubilligt.

Gemeinsame Sicherheit bewirkt Entspannung und braucht Entspannung. Gemeinsame Sicherheit will Bedrohungsängste abbauen und die Konfrontation der Blöcke überwinden.

Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. Bis dahin findet die Bundesrepublik Deutschland das ihr erreichbare Maß an Sicherheit im Atlantischen Bündnis, vorausgesetzt, sie kann ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen, auch ihr Interesse an gemeinsamer Sicherheit. Der Umbruch in Osteuropa verringert die militärische und erhöht die politische Bedeutung der Bündnisse und weist ihnen eine neue Funktion zu: Sie müssen, bei Wahrung der Stabilität, ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Dies eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa.

Im Bündnis muss der Grundsatz gleicher Souveränität gelten. Das Bündnis muss verteidigungsfähig, defensiv und entspannungsbereit sein. Der politische Wille muss über Militärstrategie, Militärtechnik und wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie herrschen, nicht umgekehrt. Friede ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe.

Gemeinsame Sicherheit zielt auf die Abschaffung aller Massenvernichtungsmittel und eine drastische Verringerung und Umstrukturierung der konventionellen Streitkräfte bis hin zur beiderseitigen strukturellen Angriffsunfähigkeit. Der Prozess dahin soll durch begrenzte einseitige Schritte und Signale beschleunigt werden. Dazu gehören die erhebliche Senkung der Rüstungsausgaben, der Abbau der Truppenstärken und ein allgemeiner Atomteststopp.

Atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa dienen der gemeinsamen Sicherheit. Wir wollen solche Zonen schaffen und sie auf ganz Europa ausdehnen.

Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit. Die Struktur der Bundeswehr muss den Abrüstungsprozess unterstützen und fördern. Die politische Führung der Bundeswehr obliegt allein der Regierung, ihre parlamentarische Kontrolle dem Bundestag.

Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger. Wir bejahen die Bundeswehr und die Wehrpflicht. Wehrdienst für Frauen lehnen wir ab. Das Ziel von Friedenspolitik ist es, Streitkräfte überflüssig zu machen.

Wir achten das Engagement von Pazifisten, die für die Utopie einer gewaltfreien Völkergemeinschaft eintreten. Sie haben einen legitimen Platz in der SPD. Wir garantieren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Wir sind für die Abschaffung der Gewissensprüfung. Der Zivildienst darf nicht so gestaltet werden, dass er abschreckend wirkt oder für die Streitkräfte nutzbar gemacht werden kann.

216) KDV CharWilm**Erledigt durch Annahme 208)**

Seite 20, Zeilen 34 bis 40 Neufassung:

Wir wollen die Dynamik der Aufrüstung brechen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang setzen. Dazu gehört, dass der Weltraum von Waffen frei bleibt. Wir setzen uns für eine weltweite Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel ein. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare, biologische und chemische Waffen nicht herstellen, besitzen od. verwenden. Sie muss von Massenvernichtungsmitteln frei werden und darf auch keine Mitverfügung anstreben. Der Verzicht auf ABC-Waffen soll verfassungsrechtlich abgesichert werden.

Unser Ziel bleibt es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern.

Wir achten das Engagement von Pazifisten, die für die Utopie einer gewaltfreien Völkergemeinschaft eintreten. Sie haben einen legitimen Platz in der SPD. Wir garantieren das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Der Zivildienst darf nicht so gestaltet werden, dass er abschreckend wirkt oder für die Streitkräfte nutzbar gemacht werden kann.

217) KDV Mitte**Erledigt durch Annahme 208)**

Seite 20, Zeile 34 bis 36 „Wir werden...nicht anstrebt.“ streichen, und durch folgende Worte ersetzen:

Wir setzen uns für eine weltweite Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel ein. Deutschland darf atomare, biologische und chemische Waffen nicht herstellen, besitzen oder verwenden.

218) KDV Spandau**Annahme**

Seite 20, Zeilen 36 – 40, ersetzen durch:

Dazu gehört für uns auch der Ausstieg aus dem Rüstungsexport.

219) Abt. 07/TrepKöp**Erledigt durch Annahme 218)**

Seite 20, Zeile 36, „Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik verpflichtet,“ ersetzen durch (aus Berl. Programm):

Unser Ziel ist es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern.“

220) KDV TempSchön**Annahme**

Seite 20, Zeile 41, neuen Absatz anfügen:

Wir setzen uns für die Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstungsausgaben im nationalen, europäischen und weltweiten Rahmen sowie für die Umlenkung von Rüstungsausgaben in Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz ein.

221) FA I/Internationales und KDV TempSchön**Erledigt durch Annahme 12) und 37)**

Seite 20, Zeilen 44 – 50 Die ersten beiden Sätze werden ersetzt durch:

Die Globalisierung ist kein Naturereignis, sondern ein durch Menschen in Gang gesetzter Prozess, der auch von Menschen, insbesondere mit den Mitteln der politischen Rahmensetzung und Steuerung, dem Aufbau von Gegenmacht und durch Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten der von wirtschaftlichen Entscheidungen Betroffenen gestaltet werden kann.

Wir werden dem international operierenden Kapital Regeln setzen durch konsequente Nutzung der nationalstaatlichen Mittel der Wirtschafts- und Finanzpolitik, durch eine den Bedürfnissen von Arbeitnehmern und Verbrauchern gerecht werdende Regulierung des europäischen Binnenmarkts und die Rückgewinnung der Rahmen setzenden Kraft der Politik in den internationalen Handels- und Finanzinstitutionen sowie durch einen Ausbau und eine verbesserte Kontrolle der Verpflichtungen von Staaten und Unternehmen aus den Konventionen zum Klimaschutz. Mit diesen Mitteln der politischen Regulierung wollen wir europaweit und global Mindeststandards im Bereich der Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltstandards durchsetzen sowie die nationalstaatliche Kontrolle der für die Daseinsvorsorge unabdingbaren öffentlichen Güter sicher stellen.

222) KDV CharlWilm**Erledigt durch Annahme 12) und 37)**

Seite 20, Zeile 44 bis Zeile 50 Neufassung:

Das Ziel der Sozialdemokratie ist es, die der Globalisierung inne wohnenden zivilisatorischen Möglichkeiten zu entfalten, in dem sie den Menschen Wohlstand und Entwicklung bringt. Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen darf nicht zu weltweitem Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führen. Die entgegenstehenden Interessen des international operierenden Kapitals müssen gebrochen werden. Es darf sich nicht seiner Steuerpflicht entziehen.

223) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten, KDV CharlWilm, KDV TempSchön, KDV Mitte, KDV Pankow und Jusos Berlin**Annahme**

Seite 21, Zeile 3 wird nach den Worten „...Weltwirtschaftsordnung öffnen.“ eingefügt:

Die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens für die internationalen Kapitalströme ist dabei besonders durch die EU voranzutreiben.

224) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau**Erledigt durch Annahme 223)**

Seite 21 ab Zeile 4 Ergänzung:

Die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens für die internationalen Kapitalströme ist dabei besonders durch die EU voranzutreiben.

225) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten, KDV Mitte, KDV CharlWilm, KDV TempSchön, KDV Pankow und Jusos Berlin**Ablehnung**

Seite 21, Zeile 16 wird nach den Worten „...schließlich beenden.“ eingefügt:

Die EU muss hierbei die Rolle einer Wegbereiterin übernehmen.

226) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 21, Zeile 20 das Wort „verteidigen“ ersetzen durch „zurückgewinnen“

227) KVV MarzHell

Ablehnung

Seite 21, nach Zeile 37 ergänzen:

Die SPD wird freie Gewerkschaften fördern und stärken.

228) KDV Fr'hainKreuz

Annahme

Seite 21, Zeile 42 Anfügung des Halbsatzes:

..., der nur durch umfassende Aufklärung, diskriminierungsfreien Zugang zu Medikamenten und massiven Investitionen in die Forschung gewonnen werden kann.“

229) FA I/Internationales

Ablehnung

Seite 22, Zeile 4 anfügen:

Wir kämpfen gemeinsam mit den Schwesterparteien der Sozialistischen Internationale in der geschichtlichen Tradition des demokratischen Sozialismus in Solidarität mit der Natur, den Mitmenschen auf der heutigen Erde und mit unseren Kindern und Enkeln für eine freie, friedliche und gerechte Weltordnung und eine faire und gerechte Weltwirtschaftsordnung.

4.2 DAS SOZIALE UND DEMOKRATISCHE EUROPA

230) KDV Mitte

Annahme

Seite 22, Zeile 9 nach „...Einigung Europas.“ einfügen:

Unser Leitbild ist eine politische Union im Sinne der „Vereinigten Staaten von Europa“. Für uns ist Europa eine demokratische, soziale, der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern und den Menschenrechten verpflichtete Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum

231) Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 230)

Seite 22, Zeile 9 einfügen nach „... die Einigung Europas“:

Die Überwindung der nationalstaatlichen Ordnung in Richtung eines europäischen Staates bleibt weiterhin unser Ziel.

232) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 230)

Seite 22, Zeile 12 Ersetzung „seit Bestehen dieses Kontinents“ durch „seit Menschen auf diesem Kontinent leben,“

233) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau

Erledigt durch Annahme 230)

Seite 22 ab Zeile 15 Ergänzung:

Unser Leitbild ist eine politische Union der „Vereinigten Staaten von Europa“.

234) ASF Berlin

Erledigt durch Annahme 230)

Seite 22, Zeile 16-17 vor den Worten „Unsere Vorstellungen...“ erhält durch Hinzufügung folgende Fassung:

Unser Leitbild ist eine politische Union im Sinne der „Vereinigten Staaten von Europa“. Für uns ist Europa eine demokratische, soziale, der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männer und den Menschenrechten verpflichtete Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum.

235) KDV CharlWilm, KDV Pankow, KDV TempSchön, Jusos Berlin und FA II/EU-Angelegenheiten

Erledigt durch Annahme 230)

Seite 22 Zeile 16 - 17 vor den Worten "Unsere Vorstellungen..." erhält durch Hinzufügung folgende Fassung:

Unser Leitbild ist eine politische Union im Sinne der "Vereinigten Staaten von Europa". Für uns ist Europa eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft, nicht nur ein Wirtschaftsraum.

236) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau

Ablehnung

Seite 22 ab Zeile 18: ersetzen „Gerechtigkeit“ durch Wort „Gleichheit“.

237) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 237)

Seite 22, Zeile 22 bis 26 Streichung „Die Sozialdemokratie ... in Not geraten.“ ersetzen durch:

Die Sozialdemokratie in Europa kämpft dafür, dass Menschen sich auf die Solidarität der Gemeinschaft verlassen können.

238) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten, KDV Mitte, KDV TempSchön, KDV Pankow und Jusos Berlin

Annahme

Seite 22, Zeile 25-26 vor den Worten „Wir wollen ein tolerantes...“ wird „, wenn sie in Not geraten.“ ersatzlos gestrichen.

239) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 22, Zeile 26 Einfügung (nach „Religionen“):
und sexueller Orientierung

240) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 22, Zeile 28 und 29 Neuformulierung des Satzes:

Die vielfältigen Kulturen und Traditionen sind ein Reichtum, den wir sorgsam in einem neuen europäischen Gemeinschaftsgefühl erhalten und fördern wollen.

241) KDV CharlWilm

Ablehnung

Seite 22, Zeile 31 ff. Ersetzung („... ist unsere Antwort auf die Globalisierung ...“ und „... bündeln wir die Kräfte ...“):
„... muss unsere Antwort auf die Globalisierung sein ...“ und „... müssen wir die Kräfte bündeln ...“

242) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten, KDV Mitte und KDV Pankow

Annahme

Seite 22, nach Zeile 38 wird als neuer Absatz eingefügt:

Entsprechend den Beispielen der Euro-Zone und des Schengen-Abkommens ist das Voranschreiten einzelner Staatengruppen im Sinne des gemeinsamen Leitbildes zu ermöglichen. In keinem Fall darf die verstärkte Zusammenarbeit zu einer Spaltung der Gemeinschaft führen und der angestrebten föderalen Verfasstheit der EU zuwiderlaufen. Daher muss das Ziel der Regelungen der verstärkten Zusammenarbeit stets die Überführung in allgemeines Gemeinschaftsrecht sein.

243) KDV CharlWilm**Ablehnung****Seite 22, nach Zeile 39** Anfügung (neuer Absatz):

Zunehmend zeigt sich, dass der europäische Integrationsprozess auf Schwierigkeiten stößt. In einer Union von 27 Mitgliedstaaten treffen äußerst heterogene Interessen aufeinander, was Entscheidungsprozesse verkompliziert. Der weitere Übergang zu Mehrheitsentscheidungen ist dafür nur insoweit eine Lösung, als dafür auch breite Akzeptanz vorhanden ist. Die Verfassungsdebatte in der EU hat gezeigt, dass Europa nur dann erfolgreich sein kann, wenn es mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird.

244) KDV StegZehl**Erledigt durch Annahme 246)****Seite 22, Zeile 42 bis 55 bis Seite 23, Zeile 6** ersetzen:

Die Europäische Union arbeitet an einer Friedenspolitik, die auf Vorbeugung von gewaltsamer Konfliktaustragung, einem umfassenden Sicherheitsbegriff und auf Multilateralismus fußt.

Damit Europa zu einer globalen Friedensmacht wird, muss die Europäische Union ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit verbessern. Wir setzen uns für eine Stärkung der zivilen Komponente der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Um dieses Ziel zu erreichen, treten wir auf deutscher und europäischer Ebene für eine Umsetzung und Fortentwicklung der im Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" dargestellten Maßnahmen und Instrumente ein. Wir streben an, dass für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung mittelfristig genauso viel, langfristig mehr Personal und Geldmittel zur Verfügung gestellt werden wie für militärisches Eingreifen. Sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene soll eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen staatlichen zivilen und den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen angestrebt werden, die sich in Krisenregionen engagieren.

245) Jusos Berlin**Ablehnung****Seite 22, Zeilen 49-52** streichen ab: „Die Verbesserung der...“**246) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten und KDV Pankow****Annahme****Seite 22, nach Zeile 52** wird als neuer Absatz eingefügt:

Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss vorrangig der zivilen Krisenprävention verpflichtet sein. Ebenso hat sich die militärische Krisenprävention am Leitbild einer europäischen Friedenspolitik zu orientieren.

247) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 246)****Seite 22, Zeile 49 bis 52** Streichung des Satzes („Die Verbesserung ... zu stärken.“)**248) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau****Erledigt durch Annahme 246)****Seite 22 ab Zeile 52** Ergänzung:

Eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion muss primär dem Ziel der zivilen Krisenprävention verpflichtet sein. Ebenso hat sich die Ausgestaltung der militärischen Krisenprävention am Leitbild einer europäischen Friedenspolitik zu orientieren.

249) KDV Mitte**Erledigt durch Annahme 246)****Seite 22, Zeile 53** nach „...zu stärken.“ folgenden Absatz einfügen:

Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss vorrangig der zivilen Krisenprävention verpflichtet sein. Ebenso hat sich die militärische Krisenprävention am Leitbild einer europäischen Friedenspolitik zu orientieren.

250) Jusos Berlin**Ablehnung****Seite 22, Zeile 55** einfügen nach „[...] noch enger zusammenwachsen.“:
„[...] und letztendlich in eine europäische Armee überführt werden“.**251) KDV Fr'hainKreuz****Ablehnung****Seite 23, Zeile 4** Streichung des Satzes („Langfristig streben ... werden muss.“)**252) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau****Ablehnung****Seite 23, Zeile 09 bis 11** Umformulierung:

Hierzu muss Europa in den wichtigen internationalen Organisationen stimmberechtigt vertreten sein und mit einer Stimme sprechen.

253) KDV Mitte**Ablehnung****Seite 23, Zeile 14 bis 15** den Satz "Europa...nicht nachlassen." streichen und folgende Sätze einfügen:

Wir setzen uns für ein stärkeres entwicklungspolitisches Engagement Europas ein. Wir streben eine Europäische Union an, deren Beziehungen zu anderen Nationen und Regionen in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Belangen durch ge-

rechten Interessenausgleich und kulturellen Respekt geprägt sind.

254) ASF Berlin

Erledigt durch Annahme 259) i.d.F.d.AK

Seite 23, nach Zeile 22 wird als neuer Absatz eingefügt:

Das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union bildet für uns die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte. Die Entscheidung eines weiteren Beitritts bedarf eines breiten Konsenses, in den auch die Bevölkerung einzubeziehen ist.

255) KDV Mitte

Erledigt durch Annahme 259) i.d.F.d.AK

Seite 23, Zeile 22 nach „...verbessern.“ folgenden neuen Absatz einfügen:

Das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union bildet für uns die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte. Die Entscheidung über einen Beitritt bedarf eines breiten Konsenses, in den auch die Bevölkerung einzubeziehen ist.

256) Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 259) i.d.F.d.AK

Seite 23, nach Zeile 22 als neuen Absatz einfügen:

Das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union bildet für uns die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte.

257) KDV Pankow und FA II/EU-Angelegenheiten

Erledigt durch Annahme 259) i.d.F.d.AK

Seite 23 nach Zeile 22 wird als neuer Absatz eingefügt (wie vorheriger Absatz, Satz 2 unterschiedlich):

Das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union bildet für uns die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte. Die Eröffnung weiterer Beitrittsperspektiven bedarf eines breiten Konsenses, in den auch die Bevölkerung einzubeziehen ist.

258) KDV StegZehl

Erledigt durch Annahme 259) i.d.F.d.AK

Seite 23, Zeile 24 bis 28 Absatz streichen.

259) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 23 Zeile 24 bis 28 Ersetzung:

Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben. Vor der Erweiterung bedarf es jedoch der Reform ihrer Institutionen. Für uns bildet das sozialdemokratische Leitbild einer politischen Union die Orientierungsgrundlage für Entscheidungen über das ob und wie künftiger Erweiterungsschritte. Die Eröffnung weiterer Beitrittsperspektiven bedarf eines breiten Konsenses.

260) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau

Ablehnung

Seite 23, Zeile 30 bis 35 Streichung.

261) Abt. 76/CharlWilm

Ablehnung

Seite 23, Zeilen 30–35 werden durch den folgenden Text ersetzt:

Zukünftige Beitritte zur Europäischen Union werden nur dann unsere Zustimmung finden, wenn die betreffenden Länder die Menschenrechte, insbesondere die Religionsfreiheit und die geltenden europäischen Standards des Steuer- und Sozialrechts vorbehaltlos akzeptieren. Länder, die nach dem Verhalten ihrer Regierungen oder gesellschaftlichen Mehrheiten die Gewähr dafür nicht bieten, können nicht Mitglied eines sozialen und demokratischen Europa sein.

262) KDV Mitte

Annahme

Seite 23, Zeile 35 nach „...Perspektiven schafft.“ neuen Absatz einfügen:

Die Sozialdemokratie lehnt eine Festung Europa ab. Als Wertegemeinschaft muss die Europäische Union auch der Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht werden, die außerhalb des Kontinents in schlechteren Umständen leben. Daher tritt die Sozialdemokratie neben entwicklungspolitischen Maßnahmen und einer europäischen Asylpolitik auch für eine europäische Einwanderungs- und Integrationspolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und Frauen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht garantiert.

263) KDV StegZehl

Ablehnung

Seite 23, Zeile 37 bis 38 Umformulierung:

Es gilt, die Menschen in diesen Ländern, die nicht alle Aussicht auf Mitgliedschaft haben können, in ihrem Streben.....

264) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 23, Zeile 41 Anfügung des Satzes:

Wir wollen, dass die Nachbarschaft zur EU beiden Seiten Vorteile bringt.

265) ASF Berlin

Erledigt durch Annahme 262)

Seite 23, nach Zeile 41 wird als neuer Absatz eingefügt:

Die Sozialdemokratie lehnt eine Festung Europa ab. Als Wertegemeinschaft muss die Europäische Union auch der Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht werden, die außerhalb des Kontinents in schlechteren Umständen leben. Daher tritt die Sozialdemokratie neben entwicklungspolitischen Maßnahmen und einer europäischen Asylpolitik auch für eine europäische Einwanderungs- und Integrationspolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und Frauen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht garantiert.

266) KDV CharlWilm, KDV Pankow, KDV StegZehl, KDV TempSchön, Jusos Berlin und FA II/EU-Angelegenheiten **Erledigt durch Annahme 262)**

Seite 23 nach Zeile 41 wird als neuer Absatz eingefügt:

Die Sozialdemokratie lehnt eine Festung Europa ab. Als Wertegemeinschaft muss die Europäische Union auch der Verantwortung gegenüber den Menschen gerecht werden, die außerhalb des Kontinents in schlechteren Umständen leben. Daher tritt die Sozialdemokratie neben entwicklungspolitischen Maßnahmen und einer europäischen Asylpolitik auch für eine europäische Einwanderungs- und Integrationspolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

267) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau **Annahme**
Seite 23, Zeile 49 alle Formulierungen wie „europäisches Grundgesetz“ durch „europäische Verfassung“ ersetzen.

268) KDV TempSchön **Erledigt durch Annahme 270)**

Seite 24, Zeilen 7 – 11, Ersetzung durch:

Diese Stärken Europas sind für uns elementar. Wir wollen nicht bei gemeinsamen Mindeststandards stehen bleiben, sondern setzen uns für ein sozial gerechtes Europa ein, das heißt für uns die Verankerung von sozialen Grundrechten, eine europäische Sozialpolitik und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Bürgerinnen und Bürger.

269) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 270)**

Seite 24, Zeile 8 bis 11 Ersetzung („Wir wollen ...Sozialdumping zu verhindern.“) durch:

Gemeinsame Sozialstandards sollen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Staaten sichern, um Sozialdumping zu verhindern.

270) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten, KDV Mitte, KDV CharlWilm, KDV Pankow und Jusos Berlin **Annahme**

Seite 24, Zeile 8-9 der Satz nach den Worten „...und weiterentwickeln.“ und vor den Worten „Diese sollen faire...“ erhält folgende Fassung:

Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, sondern uns auf gemeinsame Standards und Regeln verständigen.

271) KDV Reinickendorf **Erledigt durch Annahme 270)**

Seite 24, Zeile 9: nach „Mindeststandards“ einfügen:

und Mindestlöhne für alle Eu-Länder verständigen, statt einer Harmonisierung auf unterem Niveau

272) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten, KDV CharlWilm, KDV StegZehl, KDV TempSchön, KDV Pankow und Jusos Berlin **Ablehnung**

Seite 24, Zeile 20 wird nach den Worten „...und ausbauen.“ eingefügt:

Die Gewerkschaften sind der Sozialdemokratie ein wichtiger und unersetzlicher Partner bei der Verwirklichung des sozialen Europas.

273) KVV MarzHell **Ablehnung**

Seite 24, nach Zeile 20 ergänzen:

Arbeitnehmer haben ein Recht auf soziale Sicherheit, deshalb darf der Kündigungsschutz für Arbeitnehmer nicht verschlechtert werden.

274) ASF Berlin, FA EU-Angelegenheiten, KDV Mitte, KDV TempSchön, KDV Pankow und Jusos Berlin **Annahme**

Seite 24, Zeile 23-27 Umformulierung:

Damit dies vereinbart werden kann, fordern wir einen sozialen Stabilitätspakt. Hierzu schlagen wir Korridore für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vor. Diese gewährleisten eine angemessene soziale Sicherung und Investitionen in Bildung und Ausbildung. Wer im europäischen

275) KDV Mitte **Annahme**

Seite 24, Zeile 29 nach "...gehindert werden." einfügen:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen mindestens den Sozial- und Sicherheitsstandard erhalten, welcher im Land der Tätigkeit gilt.

276) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten und KDV Pankow **Erledigt durch Annahme 277)**

Seite 24, nach Zeile 36 wird als neuer Absatz eingefügt:

Damit die EU ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und die Ausgabenverantwortung der EU-Gremien gestärkt wird, ist längerfristig eine eigene EU-Steuer sinnvoll. Die Aufkommensneutralität muss gewährleistet sein.

277) KDV Spandau und Abt. 03/Spandau

Annahme

Seite 24 ab Zeile 36 Ergänzung:

Damit die EU ihre eigenen Aufgaben erfüllen kann und die Ausgabenverantwortung der EU-Gremien gestärkt wird, ist eine aufkommensneutrale Eigenfinanzierung anzustreben.

278) Jusos Berlin

Ablehnung

Seite 24, Zeile 44 einfügen vor „Die Anhebung...“:

Der Erfolg des gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialmodells ist eng an die innere Kohärenz der EU geknüpft. Der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensverhältnisse auf hohem Niveau muss daher weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden.

279) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten, KDV Mitte, KDV TempSchön und KDV Pankow

Ablehnung

Seite 24, Zeile. 44 wird vor den Worten „Die Anhebung...“ eingefügt:

Der Erfolg des gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialmodells ist eng an die innere Kohärenz der EU geknüpft. Der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensverhältnisse muss daher weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden.

280) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 25, Zeile 14 bis 16 Neuformulierung („Wir brauchen ...internationalen Wettbewerb.“)

Wir brauchen eine koordinierte Industriepolitik in Europa, um Arbeitsplätze in Europa zu erhalten und zu schaffen.

281) ASF Berlin, Jusos Berlin und KDV TempSchön

Ablehnung

Seite 25, nach Zeile 16 wird als neuer Absatz eingefügt:

Wir wollen ein Europa, das zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Die Entwicklung einer ökologischen Industrie- und Verbraucherpolitik muss dabei als sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung und im Sinne neuer Impulse für Wirtschaft, Beschäftigung, Forschung und Technologie auch auf europäischer Ebene vorangetrieben werden.

282) KDV Pankow, KDV Mitte und FA II/EU-Angelegenheiten

Annahme

Seite 25 nach Zeile 16, Einfügung neuer Absatz:

Wir wollen ein Europa, das zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Die Entwicklung einer ökologischen Industrie- und Verbraucherpolitik muss dabei als sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung auch auf europäischer Ebene vorangetrieben werden. Hierdurch entstehen Impulse für Wirtschaft, Beschäftigung, Forschung und Technologie.

283) KDV Mitte

Erledigt durch Annahme 282)

Seite 25, Zeile 18 vor "Ein zukunftsorientiertes Europa..." folgenden neuen Absatz einfügen:

Insbesondere in den Bereichen Energie- und Umwelttechnologien muss die EU große Anstrengungen unternehmen und international die führende Kraft zur Abwendung der drohenden klimatischen Veränderungen werden. Dabei sind Selbstverpflichtungen der Industrie nicht ausreichend. Einheitliche und ambitionierte gesetzliche Vorgaben können den verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt sicherstellen.

284) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 25, Zeile 22 bis 23 Streichung des Satzes („Wir wollen ... zu erschließen.“)

285) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 25, Zeile 25 Ersetzung von „Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern“ durch:

Um nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu fördern ...

286) ASF Berlin und KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 288)

Seite 25, Zeile 25-30 Umformulierung:

Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern, Stabilität zu sichern und die soziale Dimension der EU in den Mitgliedsstaaten zu verwirklichen, brauchen wir verbindliche makroökonomische Zielvorgaben eine abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Sozialpolitik in der Europäischen Union. Die europäische Zentralbank....

287) KDV Mitte

Erledigt durch Annahme 288)

Seite 25, Zeile 25 bis 30 Passage „Um wirtschaftliche...eingeführt haben.“ ersetzen durch:

Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern, Stabilität zu sichern und die soziale Dimension der EU in den Mitgliedsstaaten zu verwirklichen, brauchen wir verbindliche makroökonomische Zielvorgaben und eine darauf abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Sozialpolitik in der Europäischen Union.

288) KDV Pankow und FA II/EU-Angelegenheiten**Annahme**

Seite 25, Zeile 25- 30, vor den Worten: "Die europäische Zentralbank..." erhält nach Streichung des Satzes Zeile 29-30 "Darum plädieren wir für eine stärkere Koordinierung zwischen den Staaten die den Euro eingeführt haben." folgende Fassung: Um wirtschaftliche Dynamik zu fördern, Stabilität zu sichern und die soziale Dimension der EU in den Mitgliedsstaaten zu verwirklichen, brauchen wir verbindliche makroökonomische Zielvorgaben und eine darauf abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Sozialpolitik in der Europäischen Union.

289) Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 288)**

Seite 25, Zeile 28 einfügen nach „[...] Geldpolitik“:
„[...] und Sozialpolitik.“

290) Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 288)**

Seite 25, Zeilen 29-30 streichen:

„Darum plädieren wir für eine stärkere Koordinierung zwischen den Staaten, die den Euro eingeführt haben.“

291) Abt. 03/Spandau**Ablehnung**

Seite 25 Zeile 30 bis 33 Umformulierung:

Die Währungsstabilität des Euros ist ein Garant für Wachstum und Beschäftigung.

292) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 25, Zeile 41 Einschub (nach „Europäischen Union“): ...durch das Europäische Parlament...

293) ASF Berlin, KDV Pankow, KDV Mitte, KDV TempSchön, Jusos Berlin und FA II/EU-Angelegenheiten**Annahme**

Seite 25 Zeile 44-47 Umformulierung nach den Worten: "...Demokratie zu bauen":

Zur Verwirklichung unseres sozialdemokratischen Leitbildes einer politischen Union streben wir langfristig den Übergang vom heutigen Staatenverbund zur europäischen Föderation an. Eine wichtige Grundlage ist eine Europäische Verfassung. Die von uns erstrebte Demokratisierung der EU spiegelt sich in der Schaffung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung wider, die durch die bei gesamteuropäischen Wahlen legitimierte politische Kraft gestellt wird. Eine zweite Kammer sichert die Mitwirkung der Einzelstaaten.

294) KDV Reinickendorf**Annahme**

Seite 26, Zeile 6: hinter „sowie bei der“ einfügen:
Gesundheits-, Umwelt- und

295) KDV Fr'hainKreuz und Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 293)**

Seite 26, Zeile 10 (nach „...Gesetzesinitiativen“) Satz anfügen:

Ziel ist ein mit vollen Rechten ausgestattetes, unmittelbar demokratisch legitimiertes Europäisches Parlament, das die Exekutive der Europäischen Union wählt und kontrolliert und damit zum obersten Gesetzgebungsorgan der EU wird.

296) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten und KDV Pankow**Ablehnung**

Seite 26, Zeile 22-24 Umformulierung nach den Worten „...Kommunen und Regionen.“:
Die EU muss die innere Ordnung der Mitgliedstaaten berücksichtigen.

297) ASF Berlin, FA II/EU-Angelegenheiten, KDV TempSchön, KDV Mitte, KDV Pankow und Jusos Berlin**Annahme**

Seite 26, Zeile 40 wird nach den Worten „...für Europa ein.“ eingefügt:

Die SPD will mit ihren europäischen Schwesterparteien mit einem einheitlichen Programm und gemeinsamen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten zu den Europawahlen antreten.

298) KDV CharlWilm**Ablehnung**

Seite 26, nach Zeile 41 Anfügung:

Wir sehen die Europäische Union als eine Handlungsebene an, auf der wir gemeinsam mit unseren Schwesterparteien dafür kämpfen, sozialdemokratische Politik zu verwirklichen. Je mehr die Gestaltungsfähigkeit der Mitgliedstaaten durch europäisches Recht vorgeprägt wird, desto wichtiger ist es, in den Organen der Union Entscheidungen herbeizuführen, die sozialdemokratische Programmatik widerspiegeln. Dazu gehört auch, bei künftigen Vertragsreformen deren einseitig marktliberale Ausrichtung zu korrigieren. In den künftigen Europawahlkämpfen werden wir die Arbeit der SPE-Europaabgeordneten noch stärker in den Vordergrund stellen.

4.3 SOLIDARISCHE BÜRGERGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

299) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 26, Zeile 46 vor „Jede Demokratie...“ folgende Absätze einfügen:

Wir streiten für Demokratie. Sie muss allgemeine Lebensform werden, weil allein sie der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung Ausdruck gibt. Demokratie ist die Lebensform der Freiheit. Freiheit hat nur Bestand, wo Menschen bereit und fähig sind, Verantwortung wahrzunehmen. Niemand darf in Staat und Gesellschaft von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen oder durch soziale Schranken von ihr ferngehalten werden. Demokratie bezieht ihre Lebenskraft aus der Gesellschaft und ihrer politischen Kultur. Sie kann durch die Ballung von wirtschaftlicher oder Medienmacht und durch die Dominanz von Partikularinteressen im Vorparlamentarischen Raum nicht gefährdet werden.

Der demokratische Staat beruht auf den gleichen Rechten und Pflichten aller seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Grundrechte sind ihm als Freiheits- und Teilhaberechte vorgegeben und begründen ihn als eine wertgebundene Gemeinschaftsordnung. Gewährleistung und Wahrung der Grundrechte und Abwehr von Gefahren sind vornehmste Aufgaben des demokratischen Staates. Der Staat soll Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft verwirklichen und die dafür notwendige Offenheit der Entscheidungsabläufe garantieren. Er kann jedoch nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen. Der Staat muss Aufgaben da übernehmen, wo einzelne oder Gruppen die gesellschaftlich erforderlichen Verpflichtungen nicht von sich aus eingehen oder Leistungen, die für das Gemeinwohl notwendig sind, auf andere Weise nicht erbracht werden können. Das Prinzip der Subsidiarität, des Vorrangs der kleineren Einheit vor der größeren, kann, wo es nicht überdehnt wird, Macht begrenzen und zur Teilhabe ermutigen.

300) KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 351)

Seite 26 – 27, ohne Zeilenbezeichnung: Unter Punkt 4.3. „Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat“ wird folgender Absatz eingefügt:

Lesbische und schwule Lebensgemeinschaften

Die SPD hat mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz erste Schritte zur Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften gemacht. Ziel unserer Politik ist es weiterhin Diskriminierung von Lesben und Schwulen in unserer Gesellschaft abzubauen und eine volle rechtliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe zu erreichen.

Die SPD als Partei der Gerechtigkeit will eine Gesellschaft frei von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, sozialer oder geographischer Herkunft oder Behinderung. Die SPD ist die Partei der Freiheit. Freiheit gibt es für uns nur ohne Diskriminierung.

301) KDV CharlWilm

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 26, Zeile 52 nach „Staat“ ergänzen:

Hierauf basiert unser demokratisches Gemeinwesen, hierauf beruht seine Legitimation. Gesellschaftliche Gruppen sind noch stärker in die politischen Prozesse einzubeziehen, alle Bevölkerungsgruppen müssen vergleichbare Teilhaberechte und Teilhabechancen zur Ausgestaltung dieser aktiven BürgerInnengesellschaft haben.

Es gibt in unserer Gesellschaft viele Möglichkeiten und ein großes Potenzial, sich für das Wohl der Gesellschaft zu engagieren.

Bürgerschaftliches Engagement kann staatlich organisierte soziale Sicherungssysteme zwar ergänzen, aber nie ersetzen. Ehrenamt und Engagement für andere entfalten sich in der Regel dort, wo materielle Sicherheit die Möglichkeit dazu bietet. Die aktive Bürgergesellschaft setzt einen funktionierenden Sozialstaat voraus.

Wir wollen einen leistungsfähigen, transparenten und bürgerinnen- und bürgerfreundlichen Staat. Wir setzen und dafür ein, dass öffentliche Interessen auch in Zukunft allein durch den Primat der Politik bestimmt werden. Privatisierungen werden noch stärker auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Wir überlassen elementare Bereiche gesellschaftlicher Daseinsvorsorge nicht den Interessen des Marktes. Dazu gehören auch Gesundheit, Umweltschutz, Wasserqualität, bezahlbares Wohnen, öffentliche Verkehrssysteme und Energie.

302) KVV MarzHell

Erledigt durch Annahme 301)

Seite 27, Zeile 1 am Ende des 1. Satzes (nach „... öffentlicher Aufgaben versuchen, unverzichtbar.“) ergänzen:

Privatisierungen werden stärker auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Der Staat muss GRUNDSÄTZLICH die alleinige Verantwortung für hoheitliche Aufgaben und Bereiche der Daseinsvorsorge behalten.

303) KDV Reinickendorf

Erledigt durch Annahme 301)

Seite 27 Zeile 1: hinter „unverzichtbar“ einfügen:

Die Umschichtung von öffentlichem Eigentum in privates muss gestoppt werden. Neben dem Gewaltmonopol des Staates zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger nach innen und nach außen und der Volksbildung überlassen wir auch weitere elementare Bereiche gesellschaftlicher Daseinsvorsorge nicht den Interessen des Marktes. Dazu gehören auch Gesundheit, Umweltschutz, Wasserqualität, bezahlbares Wohnen, öffentliche Verkehrssysteme und Energie.

304) Abt. 06/Mitte

Ablehnung

Seite 27, Zeile 8 bis 13, Passage „Wir wollen starke Parlamente...unserer parlamentarischen Demokratie.“ streichen

305) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 27, Zeile 27 bis 28 die Worte „kraftvolle Modernisierung der“ ersetzen durch: sich veränderten Bedingungen anpassende

306) KDV Mitte

Ablehnung

Seite 27, Zeile 29 bis 30 den Satz „Öffentliche Mittel dürfen an keiner Stelle verschwendet werden.“ streichen und durch „...und öffentliche Mittel zielgerichtet und effizient einsetzt“ ersetzen

307) Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 27, Zeile 29 bis 30, streichen: „Öffentliche Mittel dürfen an keiner Stelle verschwendet werden.“

308) Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 27, Zeile 33, nach „wirksam und wirtschaftlich“ einfügen: aber auch bürgernah und –orientiert

309) Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 27, Zeile 35 bis 38, streichen: „Wer Ämter und...Offenheit und Klarheit orientieren.“

310) KDV StegZehl

Ablehnung

Seite 27, Zeile 50 nach „...Bedeutung erlangen.“ einfügen:

Das entbindet jedoch nicht den Einzelnen davon, nach Kräften auch Verantwortung für sich selbst zu tragen und die leichtfertige oder mutwillige Inanspruchnahme von Leistungen der Gemeinschaft zu vermeiden.

311) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte Ablehnung

Ablehnung

Seite 27, Zeile 54 bis 55 den Satz „Eine starke...stürmischen Wandels.“ streichen

312) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 28, Zeile 2 die Worte „Mäßigung beim Gebrauch individueller Freiheit“ durch das Wort „Rücksichtnahme“ ersetzen.

313) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 28, Zeile 5 die Worte „und die Fliehkräfte des modernen Lebens.“ Streichen

314) KDV Fr'hainKreuz

Annahme

Seite 28, Zeile 15 Einfügung (nach „...eine bessere“): – auch sozialversicherungsrechtliche –

315) KDV Fr'hainKreuz

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 28, Zeile 19 (nach „...verbinden.“) Sätze anfügen:

Wir wissen, dass bürgerschaftliches Engagement die soziale Verantwortung des Staates ergänzen, aber nicht ersetzen kann. Bürgerschaftliches Engagement braucht institutionelle Rahmenbedingungen, um seine Kraft entfalten zu können. Wir setzen uns für die verlässliche und dauerhafte Implementierung von Strukturen ein, die als Kristallisationspunkt für bürgerschaftliches Engagement wirken können.

316) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 28, Zeile 19 nach den Worten „...Stiftens verbinden.“ die Worte „und fördern“ einfügen.

317) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 28, Zeile 24 Einschub (nach „...um sich in Gemeinschaft“): ...projektbezogen und individuell...

318) KDV TempSchön

Ablehnung

Seite 28, Zeile 43, Ersetzung: „Sie sind es...“ bis Zeile 44 „...die Herausforderungen“ durch:

Sie prägen den Alltag der Menschen. In ihnen wachsen die Herausforderungen und hier müssen die politischen Antworten auf diese wachsen.

319) KDV TempSchön

Annahme

Seite 28, Zeile 53, Ersetzung „Hier sind...“ bis Seite 29, Zeile 2 („Wandel bietet“) durch:

Auf diese Entwicklungen kann nur moderne Kommunalpolitik befriedigend antworten, die beteiligend, effizient, vernetzt, nachhaltig und sozial orientiert ist. Beteiligend, weil sie die Potenziale der Menschen vor Ort entwickelt. Effizient, weil sie in Politik und Verwaltung das Ressortdenken zu Gunsten ganzheitlicher Vorgehensweisen überwindet. Vernetzt, weil sie Bündnisse aus Politik und Verwaltung, Vereinen, Verbänden, Wirtschaft und Gewerkschaften und mit Bürgerinnen und

Bürgern bildet. Des Weiteren weil sie überkommene lokale Perspektiven mittels interkommunaler und regionaler Kooperation überwindet. Nachhaltig, indem sie Politik und ihre Ergebnisse an den nachhaltigen Folgen für diese und kommende Generationen misst. Und sozial, indem sie versucht, Menschen vorsorgend zu schützen, in Notlagen zu helfen, sie zu aktivieren und für gemeinsame, übergreifende Ziele zu gewinnen: Für soziale Demokratie, Freiheit und Fairness, Solidarität und Nachhaltigkeit.

320) KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 1/1/07

Seite 29, Zeile 10, anfügen nach: „...erforderlichen Mittel.“

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Landes-, Bundes- und EU-Gesetzgeber dafür Sorge tragen, den Kommunen die notwendigen Rahmenbedingungen zu stellen, damit ihre Bürgerinnen und Bürger entscheiden können, wie und welche Leistungen kommunaler Daseinsvorsorge die Kommunen ihnen anbieten.

Antrag Nr. 01/1/07

Annahme

Landesvorstand

Seite 29 nach Zeile 11 folgende Passage einfügen:

I. Für eine demokratische und soziale Stadt

Die europäischen Städte sind Errungenschaften unserer europäischen Kultur und Ergebnis des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie sind Seismografen des sozialen Zusammenhalts, der Wirtschaftsentwicklung und der kulturellen Ausstrahlung eines Landes. Von hier aus sind die wichtigen Impulse der gesellschaftlichen Entwicklung ausgegangen. Nicht zuletzt wird hier über die Erfolgchancen gesellschaftlicher Integration und der europäischen Vereinigung entschieden.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt schon heute in städtischen Ballungsräumen – und dies mit steigender Tendenz. Wie die Menschen in den Städten zusammenleben, ist entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Sozialdemokratie will die bestimmende Kraft sein, die die Zukunft der Städte gestaltet. Dabei werden die Städte und der ländliche Raum mit ihren jeweiligen Funktionen als sich ergänzende Teile eines Gesamtraumes verstanden.

Staatliches Handeln bildet den Rahmen für die Teilhabe aller am städtischen Leben. Ihre Ausgestaltung schlägt sich nieder in Nachbarschaftsinitiativen, Bürgerstiftungen, Genossenschaften und weiterem privaten Engagement. Bürgerschaftliches Engagement unterstützt so die Stabilisierung von Sozialräumen. Eine verstärkte Einbeziehung gerade von Bevölkerungsgruppen, die bisher bei politischen Prozessen aus kulturellen oder sozialen Gründen eher abseits stehen, schafft eine größere Legitimierung und höhere Akzeptanz des politischen Handelns.

Städte brauchen eine verlässliche Finanzierungsbasis. Sie zu sichern bedeutet, die Lebensfähigkeit der Städte zu erhalten. Der Sozialdemokratie geht es darüber hinaus um die Steigerung der Lebensqualität in den Städten. Deshalb steht die SPD für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung ein. Wir wollen keine Privatisierungspolitik öffentlichen Eigentums. Für unsere Politik ist es entscheidend, dass die Instrumente der Daseinsvorsorge in öffentlichem Eigentum nachhaltig gesichert werden.

II. Politik für die Soziale Stadt

Die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung ist die Aufgabe der sozialen Stadt. Unter einer sozialen Stadtpolitik verstehen wir aktive Integration insbesondere auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, bei sozialer Infrastruktur, bei Bildung und Kultur. Leitbild unserer Politik ist die solidarische Stadt, die die Teilhabe aller Bewohnerinnen und Bewohner an den gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozessen ermöglicht. Teilhabe bedeutet nicht nur Teilnahme, sondern auch die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung.

Die Bewahrung und Stärkung bewohnter Innenstädte gelingt nur, wenn es dort auch genügend bezahlbaren Wohnraum gibt. Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Sowohl ältere Menschen als auch Familien mit Kindern in der Innenstadt zu halten, ist eine grundlegende Voraussetzung für eine lebendige Stadt.

Wir wollen barrierefreie und generationsübergreifende Wohnformen fördern, in die Wohnumfeldgestaltung und in neue Bildungsangebote, die dem Anspruch des lebenslangen Lernens gerecht werden, investieren. Damit auch die älter werdende Stadt lebensfähig ist, wollen wir die Potenziale des aktiven Alters heben und bürgerschaftliches Engagement gerade der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern. Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Quartieren zu verbessern.

Integration durch Bildung ist ein wichtiger Faktor. Schulen, besonders die Ganztagschulen, müssen mit ihren Angeboten in die Stadtquartiere hinein wirken und sich als Ort des Dialogs zwischen den Kulturen, zwischen den Menschen unterschiedlicher Herkunft, verstehen.

Dem Stadtteil als sozialer Ort des Aufwachsens, des Lernens und der Persönlichkeitsentwicklung kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Schulen erreichen alle Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter und sind die zentralen Einrichtungen für eine sozialraumorientierte Bildungspolitik. Dazu gehören Kitas und Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken und andere Kultureinrichtungen sowie Volkshochschulen und Musikschulen. Das möglichst lange gemeinsame Lernen fördert die soziale Integration.

Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse in benachteiligten Stadtquartieren müssen verhindert werden. Für mehr Arbeitsplätze, die Verstärkung von Integration und Teilhabe und die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Qualifikation, sind übergreifende Konzepte und gemeinsames Handeln gefragt. Das Ziel „Soziale Stadt“ ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.

Die Politik der sozialen Stadtentwicklung bildet durch ihren vernetzenden Charakter den Rahmen in dem andere Politikbereiche ihre Wirkung erst entfalten können. Die Weiterentwicklung der sozialen Stadt bleibt somit ein zentrales Thema sozialdemokratischer Politik.

**321) KDV Neukölln, KVV TrepKöp, KVV Lichtenberg,
KDV CharlWilm, KDV Mitte, KDV TempSchön**

Erledigt durch Annahme 1/1/07

Seite 29, nach Zeile 11 einfügen:

Text des Antrages Nr. 01/1/07 des Landesvorstandes zum Thema "Soziale Stadt".

322) KDV StegZehl

Erledigt durch Annahme 1/1/07

Seite 29, Zeile 11 ergänzen:

Für eine demokratische und soziale Stadt

Städte spiegeln den kulturellen und gesellschaftlichen Fortschritt sowie die Verfassung und Defizite einer zivilen Bürgergesellschaft wieder. Wie die Menschen in den Städten zusammenleben, ist entscheidend für unsere Zukunft und den inneren Frieden unserer Gesellschaft. Die Sozialdemokratie will die bestimmende Kraft sein, die sowohl eine kontinuierliche Weiterentwicklung und die Zukunft unserer Städte und ihrer Regionen gewährleistet als auch ihre Identitäten bewahrt. Dies erfordert gerade im laufenden Globalisierungsprozess eine Wiederentdeckung der „Lokalität“ und des festen Ortes in Raum und Zeit als Voraussetzung individueller und „lokaler“ Zufriedenheit und Sicherheit. Wie wollen die Identifikationsfähigkeit des Einzelnen und die Akzeptanz zur politischen Gesellschaft befördern.

Staatliches Handeln bildet die Voraussetzung für die Teilhabe aller Bürger am städtischen Leben. Soziale Gegensätze müssen ausgeglichen werden. Dem entsprechend sind die Dienstleistungen in den jeweiligen Wohnvierteln und Quartieren bedarfsgerecht anzupassen. Nachbarschaftsinitiativen, Bürgerstiftungen, Genossenschaften und bürgerschaftliches Engagement unterstützt so die Stabilisierung von Sozialräumen. Im kommunalen Bereich entscheidet sich, ob alle Kinder eine gute frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinander her leben, ob Jugendliche lernen ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben und sich Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen können.

Um die Lebensqualität in den Städten und Regionen zu erhalten fördert die SPD eine leistungsfähige und bürgerorientierte Daseinsvorsorge. Die Sozialdemokratie steht dafür dass die Verantwortlichkeit bei den Bürgern und den jeweils zuständigen Verwaltungen liegt. Bürger vor Ort sind Betroffene und Akteure zugleich und sollen Einfluss auf Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, haben. Wir wollen, dass sich Bürger in ihrem regionalen Umfeld engagieren und sich einbringen können. So wird zukünftig auch durch Initiativen und anderen Organisationen, gemeinsam mit der Verwaltung, für eine verlässliche Finanzierungsbasis gesorgt.

323) KDV Fr'hainKreuz

Annahme

Seite 30, Zeile 11 (nach „... gedeihen.“) Sätze anfügen:

Und es bleibt dabei: Wir sind die Partei des Grundgesetzes. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Grundrechte in unserer Verfassung erstritten. Mit uns wird es keine weitere Preisgabe der Freiheitsrechte geben. Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit und die anderen individuellen Freiheitsrechte werden wir verteidigen.

324) KVV TrepKöp und Abt. 07 /TrepKöp

Erledigt durch Annahme 325)

Seite 30, Zeile 25 wird hinter dem Satz „... seine Prinzipien zu wahren.“ folgender Satz eingefügt:

Dazu gehört auch das Recht jedes Einzelnen auf Wahrung seiner Privatsphäre und der Schutz vor permanenter staatlicher Überwachung. Auch bei der Abwehr von Gefahren muss grundsätzlich sichergestellt werden, dass Unschuldige nicht zur Verantwortung gezogen werden.

325) Jusos Berlin

Annahme

Seite 30, Zeile 25 einfügen nach „[...] zu wahren.“:

Dazu gehört auch das Recht jedes Einzelnen auf Wahrung seiner Privatsphäre und der Schutz vor permanenter staatlicher Überwachung.

326) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 30, Zeile 55 Ersetzung von „was der Staat und die Politik nicht selbst leisten können,“ durch: worauf die Gesellschaft angewiesen ist,

327) ASF Berlin und KDV Mitte

Ablehnung

Seite 31, Zeile 9 (nach „...enorm bereichert.“) ergänzen:

und tragen wesentlich zu gesellschaftlicher Innovation bei.

- 328) Abt.04 /TrepKöp** **Ablehnung**
Seite 31, Zeilen 12 – 14, ersetzen durch:
 Wir brauchen qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer, jedoch sollten diese deutsche Sprachkenntnisse nachweisen sowie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland anerkennen und befolgen. Die Einwanderung sollte mit Augenmaß erfolgen. Auch muss die Möglichkeit des Staates gesichert sein, straffällige Ausländer ausweisen zu können.
- 329) KDV Fr'hainKreuz** **Annahme**
Seite 31, Zeile 21 Streichung des Halbsatzes „Beide Seiten...und“
- 330) KDV StegZehl** **Annahme**
Seite 31, Zeile 37 einfügen:
 Sie müssen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.
- 331) KVV MarzHell** **Ablehnung**
Seite 31, nach Zeile 50 ergänzen:
 Die Kriterien für die Mehrstaatlichkeit sollten denen anderer europäischer Länder entsprechen.
- 332) KDV Fr'hainKreuz** **Annahme**
Seite 32, Zeile 1 Streichung „– insbesondere mit dem Islam –“
- 333) KDV Fr'hainKreuz** **Annahme**
Seite 32, Zeile 4 Einfügung eines Satzes(nach „... Respekt stärken.“)
 Wir wollen Ängste und Berührungsängste abbauen und den wechselseitigen Respekt stärken. Respekt verdient aber auch, wer bewusst keiner Religion angehört.
- 334) KDV Fr'hainKreuz** **Annahme**
Seite 32, Zeile 7 bis 11 Neuformulierung der Sätze „Daraus folgt ... fliehen.“ und „Wer über ...bekommen.“:
 Daraus folgt die Verantwortung, Menschen Schutz und Zuflucht zu geben, die vor Gewalt, vor staatlicher und nicht-staatlicher Verfolgung und Diskriminierung auch aufgrund ihres Geschlechts oder der sexuellen Orientierung aus ihrer Heimat fliehen. Wer über lange Zeit in Deutschland lebt, soll einen gesicherten und unbefristeten Aufenthaltsstatus bekommen. Wir fordern eine Amnestie für Illegale, die bisher keinen Zugang zu Bildung und der Gesundheitsvorsorge hatten. Auf dieser Grundlage setzen wir uns für eine gemeinschaftliche Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene ein.
- 335) Jusos Berlin** **Annahme**
Seite 32, Zeile 7 streichen: „... für politisch Verfolgte“
- 336) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 32, Zeile 42 am Ende des Absatzes (nach „...Standards.“) ergänzen:
 Wir bekämpfen eine weitere Bildung von Monopolen und Meinungskartellen im Medienbereich.“
- 337) KDV TempSchön und Jusos Berlin** **Ablehnung**
Seite 32 Zeile 26, anfügen nach „größere Rolle“:
 Die Entwicklung und Verbreiterung des Internets schafft die Möglichkeit, Informationen schneller abzurufen, zu vervielfältigen und Kommunikation zwischen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsort zu erleichtern.

 Dies stellt eine große Chance dar, da hiermit Wissen und Informationen freier zugänglich gemacht werden können. Gleichzeitig haben nicht alle Menschen auf der Welt gleichen Zugang zu diesen Medien. Die Verbreiterung von Informationsmöglichkeiten unabhängig von der Herkunft und dem Aufenthaltsort ist eins unserer Anliegen.
- 338) KDV TempSchön** **Annahme i.d.F.d.AK:**
Seite 32, ab Zeile 51: Das Kapitel „Die Kultur der demokratischen Gesellschaft“ wird wie folgt verändert:
Kunst und Kultur in der demokratischen Gesellschaft
 Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Wir stehen in der Tradition eines weiten Kulturbegriffs. Er reicht über die Künste hinaus und bezieht auch kulturelle Bildung, geschichtliches Erbe, die Erinnerungskultur und die Formen unseres Zusammenlebens ein.

 Kunst und Kultur prägen in besonderer Weise Werte, Zielvorstellungen und die Identitäten der Gesellschaft und ihrer Mitglieder. Sie bieten Orientierung und Entfaltungsmöglichkeiten, erschließen neue Wahrnehmungsfelder, fördern Persönlichkeitsentwicklung und Kreativität und verbinden Bürger/innen untereinander und mit ihrem Gemeinwesen. Damit tragen sie wesentlich zur Konfliktbewältigung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

 In den innergesellschaftlichen wie bei den weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gefährdungen spielt Kultur in ihrer Mannigfaltigkeit eine wichtige Rolle. Auch um des inneren und äußeren Friedens willen befürworten wir deshalb den

Dialog zwischen den Kulturen als ein wichtiges Element sozialer Integration von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Überzeugung und kultureller Prägung. Eine friedliche Globalisierung bedarf der identitätsstiftenden Wirkung der Kulturen, der kulturellen Verständigung und der Akzeptanz kultureller Vielfalt. Es geht um eine Kultur der Anerkennung, die der Entwicklung von Parallelgesellschaften ebenso entgegen wirkt wie der Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten. Wir wollen kulturelle Vielfalt statt fundamentalistischer Verengungen und Politisierungen von religiösen und kulturellen Unterschieden, aber auch statt globaler Monokultur.

Vielfalt in Frieden und Freiheit wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln aus christlich-jüdischer Tradition - die auch von griechischer Philosophie, römischen Recht und arabischer Kultur beeinflusst ist -, Humanismus und Aufklärung versichern. Wir sind uns bewusst, dass nicht Homogenität, sondern vielfältige Einflüsse unsere Kultur geprägt haben und prägen. Nur eine gleichermaßen wertefundierte wie tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung zu missbrauchen.

Deutschland ist ein Kulturstaat, der als Ganzes seine entsprechende Verantwortung wahrnehmen muss, auch auf europäischer Ebene. Kultur, als ein öffentliches Gut, muss allen zugänglich sein. Kunst und Kultur zu fördern, ihnen Freiheit und Freiräume zu garantieren sowie die Vielfalt und Dichte der Kulturen vor Verwertungsinteressen und der Liberalisierung der Märkte zu schützen, sind ebenso Aufgaben des Staates wie die soziale Absicherung freier Künstlerinnen und Künstler und der Schutz ihrer Rechte an ihrem geistigen Eigentum.

Kulturförderung, die wir nicht als Subvention, sondern als Investition in das demokratische Gemeinwesen verstehen, ist aber auch eine Aufgabe der Bürgergesellschaft. Wir begrüßen und unterstützen privates, bürgerschaftliches Engagement, ohne das viele kulturelle Angebote nicht möglich wären. Es ergänzt die staatliche Kunst- und Kulturförderung, darf sie aber nicht ersetzen.

Kunst und Kultur fördern Kreativität, die in den kommenden Jahrzehnten, in denen Innovationen über die Zukunft entscheiden, immer wichtiger wird. Deshalb ist die Förderung von Kultur auch eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung unserer Wissensgesellschaft.

339) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte

Erledigt durch Annahme 338)

Seite 33, Zeile 2 den Satz „Wir brauchen...stützt.“ ändern in:
Wir brauchen eine politisch wache Kultur, die unsere Demokratie stützt.

340) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte

Erledigt durch Annahme 338)

Seite 33, Zeile 7 die Wörter „trägt damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei“ ersetzen durch:
ist die Bedingung für gesellschaftliche Teilhabe

341) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 338)

Seite 33, Zeile 22 bis 26 Neuformulierung des Absatzes:

Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn sich die Menschen in Europa ihrer geistigen Wurzeln aus antikem Kulturerbe, jüdisch-christlicher Tradition, Humanismus, Aufklärung und den Werten der französischen Revolution versichern. Nur sowohl eine wertefundierte als auch tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung zu missbrauchen.

342) Abt. 06/ Mitte

Erledigt durch Annahme 338)

Seite 33, Zeile 28 bis 29, streichen: „Sie zu fördern,...und des Staates.“ Und dafür einfügen:

Als solches muss sie nicht nur für jedermann zugänglich sein, sondern obliegt sie auch der bürgerschaftlichen Verantwortung. Kultur anzuerkennen, zu sichern und zu fördern ist Aufgabe des Staates und der Bürgergesellschaft gleichermaßen.

343) Abt. 06/ Mitte

Erledigt durch Annahme 338)

Seite 33, Zeile 31 nach dem Wort „Verantwortung“ einfügen:
unabhängig von betriebswirtschaftlichen Argumenten.

344) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 338)

Seite 33, Zeile 34 bis 39 Umformulierung der Sätze („Er fördert ... immer wichtiger.“):

Er fördert die Künste und übernimmt Verantwortung für die soziale Absicherung freier künstlerischer Existenzen, aber auch für die Vermittlung von Künstlerinnen und Künstlern in künstlerische Berufe und auf freie Stellen im Kulturbereich. Deshalb muss die staatliche Künstlervermittlung erhalten bleiben und in ihrer Selbständigkeit gegenüber der allgemeinen Arbeitsvermittlung gestärkt werden. Auch wenn Künstlerinnen und Künstler selbständig sind oder ALG 2 erhalten, muss sich die staatliche Künstlervermittlung ihrer besonders annehmen.

345) KDV Mitte und Abt. 06/ Mitte

Erledigt durch Annahme 338)

Seite 33, Zeile 35 bis 36 die Worte „freier künstlerischer Existenzen“ ersetzen durch:
selbstständiger Kunst- und Kulturschaffender

346) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 348)

Seite 33 Zeile 46 Streichung der Wörter: „christlich-jüdischen und“

347) KDV Spandau

Erledigt durch Annahme 348)

Seite 33, Zeilen 46 – 49, umformulieren:

Wir bekennen uns zum humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in den Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens und des Glaubens.

348) AG Migration und Jusos Berlin

Annahme

Seite 33, Zeilen 46 bis 49 werden ersetzt durch:

Wir bekennen uns zum humanistischen Erbe Europas, zu den Werten der Aufklärung und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens und des Glaubens.

349) KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 348)

Seite 33, Zeilen 46-49, Umformulierung:

Wir verpflichten uns dem religiösen und humanistischen Erbe Europas, den Werten der Aufklärung und der Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens und des Glaubens.

350) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 348)

Seite 33 Zeile 48/49 Streichung der Wörter: „und der Verkündigung“

351) Jusos Berlin

Annahme

Seite 34, Zeile 7 einfügen nach „...zu regeln.“:

Lesbische und schwule Lebensgemeinschaften

Wir haben mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz erste Schritte zur Anerkennung homosexueller Lebensgemeinschaften gemacht. Ziel unserer Politik ist es weiterhin Diskriminierung von Lesben und Schwulen in unserer Gesellschaft abzubauen und eine volle rechtliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe zu erreichen, solange diese noch privilegiert ist.

Wir als Partei der Gerechtigkeit wollen eine Gesellschaft frei von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, sozialer oder geographischer Herkunft oder Behinderung. Die SPD ist die Partei der Freiheit. Freiheit gibt es für uns nur ohne Diskriminierung.

4.4 DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

352) Jusos Berlin

Annahme

Seite 34, Zeile 9 bis Seite 35, Zeile 21 ersetzen durch:

4.4 Die Gleichstellung der Geschlechter

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Die SPD war und ist von den Vorstellungen und Überzeugungen der Frauenbewegung geprägt. Seit dem 19. Jahrhundert wurden gleiche Rechte für Frauen auch und besonders von Sozialdemokratinnen erstritten. Erfolge der Bewegung sind das Frauenwahlrecht, gleiche Rechte in Ehe und Familie, gleicher Zugang zu Bildungseinrichtungen und eine freiere Entscheidung über den Wunsch, Kinder zu gebären.

Vieles hat sich im letzten Jahrhundert verändert, die Gleichberechtigung der Geschlechter ist nahezu geschaffen. Doch gleiche Rechte zu haben, bedeutet nicht, auch tatsächlich gleichgestellt zu sein. Die Lebenswirklichkeit sieht anders aus: Noch immer ist Frauen der Weg in führende Positionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre, Politik und Kirche nahezu verbaut. Frauen erhalten auf allen Ebenen weniger Lohn als gleich qualifizierte Männer. Ihre Interessen werden von männlich dominierten Parteien und Gewerkschaften schlechter vertreten. Die Verantwortung und Konsequenzen der Entscheidung für Familie und Kinder werden immer noch von Frauen getragen und ihnen durch die Gesellschaft als scheinbar naturgegeben zugeschrieben. Frauen werden in Beruf und Gesellschaft nur subtiler, nicht aber weniger diskriminiert.

Wer behauptet, die Gleichstellung sei am Ziel, leugnet die wahren Verhältnisse und unterstellt benachteiligten Frauen individuelles Versagen. Die zentralen Positionen von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht werden ganz überwiegend von Männern besetzt. An die beruflichen Leistungen der Geschlechter werden unterschiedliche Maßstäbe gelegt, um Erfolg zu messen. Und noch immer sind als männlich bewertete Strategien und Verhaltensweisen nötig, um in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz, im freiwilligen Engagement in Funktionen zu gelangen, aus denen heraus Einflussnahme und Gestaltung möglich ist. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts leben wir noch in einer männlich strukturierten Gesellschaft.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht ein scheinbar männliches Prinzip das leitende ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen nicht nur gleiche Rechte, sondern auch tatsächlich gleiche Chancen haben. Und wir wollen eine Gesellschaft, in der starre Rollenbilder ausgedient haben und jede und jeder seinen Lebensentwurf frei gestalten kann.

Auch im 21. Jahrhundert sind Frauen noch in großer Zahl wirtschaftlich abhängig von einem männlichen Familienernährer. Unser Verständnis von Freiheit widerspricht diesen Verhältnissen, denn selbstbestimmtes Leben braucht eine eigene Grundlage der menschenwürdigen Lebenssicherung. Deshalb muss gleiche und gleichwertige Arbeit von Frauen auch gleich bezahlt werden. Vor allem Frauen üben Beschäftigung in Teilzeit, ohne Sozialversicherungspflicht oder in befristeten Arbeitsverhältnissen aus, vielfach mit Löhnen, zu denen Existenzsicherung nicht möglich ist. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, weil vor allem Frauen arm trotz Arbeit sind. Und wir wollen staatliche Maßnahmen, die eine angemessene Beteiligung von Frauen an Führungspositionen gewährleisten.

Wenn Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben, ist jede gewählte Form von Lebensgemeinschaft Ausdruck eines selbst bestimmten Lebens. Dazu gehört auch die freie Entscheidung, Kinder zu bekommen oder ohne Kinder zu leben. Keine Form von Partnerschaft darf deshalb einseitig bevorzugt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der individuelle Lebensentwürfe gleich behandelt werden. Gemischtgeschlechtliche oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften, ein Leben in Ehe oder gemeinsam unverheiratet - diese Entscheidung ist individuell und privat. Der Staat darf in seinem Einflussbereich durch Steuer- und Sozialpolitik nur dann Unterschiede machen, wenn er dadurch Kinder fördert und nicht Lebensmodelle. Eine Privilegierung der Ehe durch das Recht lehnen wir ab. Auch sie ist Grund dafür, dass in Partnerschaften und Familien noch häufig Erwerbs- und Familienarbeit ungleich verteilt sind.

Frauen und Männer wollen heute Familie und Beruf nicht nur vereinbaren, sondern beides selbstverständlich leben. Gerade Frauen erleben jedoch wesentlich häufiger, dass die Entscheidung für Kinder mit Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt einhergeht: Sie haben schlechtere Einstiegs- und Aufstiegschancen und werden nach einer familienbedingten Pause bei Beförderungen und Gehaltssteigerungen weniger berücksichtigt. Eine gute, ganztägige Betreuung für Kinder aller Altersstufen ist Grundvoraussetzung, damit Frauen und Männer sich frei für Beruf und Familie entscheiden können. Eltern sind gemeinsam verantwortlich für Kinder, und Frauen und Männer müssen dabei dieselben Bedingungen haben. Wir wollen, dass Mütter und Väter auch in den ersten Lebensmonaten eines Kindes gleichberechtigt Verantwortung übernehmen. Verantwortung für Familie und gleiche Chancen im Beruf sind dann für alle möglich, wenn Arbeitszeit kürzer und gerechter verteilt wird.

Die Umgestaltung unserer Gesellschaft in eine Gesellschaft mit gleichen Chancen für Frauen und Männer erfasst alle Lebensbereiche von der Arbeitswelt zur Familie, von Bildung und Kultur bis zur demokratischen Teilhabe, von der Innenpolitik bis zur Außenpolitik und Entwicklungshilfe. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

353) Abt 76/ CharlWilm

Ablehnung

Seite 34, Zeile 11 bis Seite 35, Zeile 20 werden durch den folgenden Text ersetzt:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und

solidarisch miteinander leben. Für dieses freiheitliche Vorhaben mussten Frauen zunächst zu freiheitlichen Bürgerinnenrechten gelangen. Sie haben sich diese mindestens seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins 1865 in zähem Ringen erkämpft.

Es entstehen die bürgerliche und die sozialistische Frauenbewegung. Die bürgerliche Frauenbewegung kämpft für das Recht auf Bildung und setzt sich für freie Berufswahl ein, während ihr radikaler Flügel später das Stimmrecht für Frauen einfordert. Die sozialistische Frauenbewegung, die sich als Teil der internationalen Arbeiterbewegung versteht, kämpft für das Wahlrecht und besonders für die Belange von Fabrikarbeiterinnen. Infolge der Frauenforderungen und der Organisation von Frauenvereinen im Verband setzt sich die SPD für die Gleichberechtigung von Frauen ein:

- Das Versammlungsverbot für Frauen wurde 1908 aufgehoben, das Frauenwahlrecht 1918 eingeführt.
- Nach Verfolgung und Zerschlagung der Frauenbewegung im Nationalsozialismus formieren sich Sozialdemokratinnen und setzen 1949 unter großen Widerständen für das Grundgesetz den Passus „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ durch.
- Die neue Frauenbewegung entsteht und kämpft für Selbstbestimmungsrechte.
- Das Ehe- und Familienrecht wird reformiert und damit die Rolle des Mannes als einzige Rechtsinstanz in der Familie relativiert.
- Quotierungsregelungen in der Politik werden durchgesetzt und garantieren Chancengleichheit beim Zugang zu politischen Ämtern.
- Frauenbewegung als soziale Bewegung wird durch Sozialdemokratinnen institutionalisiert und mündete als Gleichstellungspolitik in die sozialdemokratische Programmatik.
- Die Sozialdemokratie emanzipiert sich durch das Zugeständnis von bürgerlichen Freiheits- und Gleichstellungsrechten an Frauen.

Durch Politikentwürfe für Europa beeinflusst, wird Gleichstellungspolitik mit dem so genannten Gender Mainstreaming unterfüttert, wobei gemeint ist, dass Diskriminierungen sowohl aus Gründen des Geschlechts, als auch aus Gründen der ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung zu bekämpfen ist und dies für alle gesellschaftlichen Bereiche gilt.

In der Folge von Gender Mainstreaming wurde zunächst in der öffentlichen Verwaltung jedes politische Vorhaben Zeile B. auf Geschlechtergerechtigkeit bei allen Entscheidungsprozessen, in allen Fragen der Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, bei Stadtplanung und Gesundheitsplanung geprüft. Das so genannte Gender Budgeting richtet dabei seinen Blick auf die Haushaltspolitik bzw. die Verteilung der Finanzmittel.

Die entsprechend notwendige Evaluierung bzw. Qualitätsbewertung der Wirtschaft beinhaltet Zeile B. die Quotierung von Vorständen und Aufsichtsräten, die Quotierung von Spitzenpositionen, familienbewusste und elternfreundliche Personalpolitik, die Förderung von Unternehmerinnen, Zeile B. bei Krediten und Beratung, gleiche Entlohnung für Frauen und Männer und die Einführung von Mindestlöhnen unabhängig von Geschlecht und Ethnie. Es ist daher unstrittig, dass die Politik der Gleichstellung weiterhin eine bedeutende Rolle in der SPD einnehmen und im 21. Jahrhundert konstant weitergeführt wird.

Gleichstellungspolitik und ihre Umsetzung in eine allgemein gültige (d. h. Gender Mainstream-) Politik hat zur Folge, dass der Anteil berufstätiger Eltern ansteigen wird und gleichzeitig die außerhäusliche Kindererziehung zu professionalisieren ist.

Zugleich wird die Möglichkeit eröffnet, in einem nächsten Schritt die Ungleichheit von Maßstäben für das Entgelt von Frauen- und Männerarbeit im beruflichen Feld und Frauen- und Männerarbeit im privaten Bereich abzubauen, so dass Familienarbeit und Erwerbsarbeit gleichberechtigt sind und beiden Geschlechtern offen stehen. Aus dieser Politik heraus wird sich die Erziehung der Kinder, die Berufswahl junger Leute und die Besetzung aller Berufe mit beiden Geschlechtern allmählich von selbst verändern.

Die SPD flexibilisiert die Möglichkeiten von Arbeitsteilung, schafft ein professionelles Erziehungswesen und führt einen Lohn ein, der Familien Auskommen und Wohlstand garantiert.

Die SPD eröffnet mit der Politik des Gender Mainstreaming die Umgestaltung unserer Gesellschaft in eine Gesellschaft mit gleichen Bedingungen für beide Geschlechter in Familie, Wirtschaft, Recht, Politik, Bildung und Kultur und schafft damit Vorbilder für die Gestaltung der Europäischen Union und darüber hinaus.

Wer ein Leben in Partnerschaft und in Familiendynamik will, muss die Gleichstellung von Frau und Mann verwirklichen.

354) ASF Berlin und KDV Mitte

Ablehnung

Seite 34, Zeile 30 bis 33 Umformulierung:

Dennoch ist das Verfassungsgebot der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichheit von Frau und Mann noch immer nicht verwirklicht, erhalten Frauen immer noch weniger Lohn als Männer, Frauen haben schlechtere Berufs- und Aufstiegschancen, sind stärker von Armut betroffen und werden Opfer männlicher Gewalt.

- 355) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 34, Zeile 30 ändern:
Dennoch erhalten Frauen in vielen Tätigkeiten immer noch weniger Lohn als Männer.
- 356) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 34, Zeile 35, das Wort „Möglichkeiten“ ersetzen durch:
gleicher Teilhabe
- 357) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 34, Zeile 38 ergänzen: unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, sozialer....
- 358) KVV MarzHell** **Ablehnung**
Seite 34, nach Zeile 43 ergänzen:
Die SPD ist für eine flexible Geschlechterquote.
- 359) ASF Berlin und KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 34, Zeile 45 bis 46 Umformulierung 1. Satz:
Wir wollen, dass Frauen ihre Vorstellung von einem selbst bestimmten Leben und vielfältige Lebensentwürfe verwirklichen können.
- 360) ASF Berlin und KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 34, Zeile 46 nach dem 1. Satz ergänzen:
Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf für Frauen wie für Männer.
- 361) ASF Berlin und KDV Mitte Ablehnung**
Seite 34, Zeilen 46 bis 50 streichen: „Sie wollen beides: Beruf und Familie. Auch Männer wollen ... muss die Gesellschaft ermöglichen.“
- 362) KDV Mitte** **Annahme**
Seite 35, Zeile 4 neuen Absatz einfügen:
Wir wollen soziale Sicherungssysteme mit eigenständigen Leistungsansprüchen und keine Verfestigung von familiären Abhängigkeiten. Wir wollen, dass die tatsächliche Gleichstellung im Erwerbsleben gefördert wird und die Übernahme von familiären Pflichten auch durch Männer unterstützt wird. Wir wollen, dass alle Gesetze und jedes Verwaltungshandeln es korrigieren, wenn bestehende Ungleichheiten verstärkt werden.
- 363) ASF Berlin und KDV Mitte** **Annahme**
Seite 35, Zeile 18 bis 20 ersetzen durch:
Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

4.5 NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

364) KDV Reinickendorf

Annahme

Seite 35, Zeile 29: Einschub hinter „sichern.“:

Wer keine Erwerbsarbeit hat, läuft Gefahr, aus gesellschaftlichen Zusammenhängen ausgeschlossen zu werden. Wir überlassen deshalb den Zugang zur Erwerbsarbeit nicht nur dem Marktgeschehen, sondern wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Arbeit ein Menschenrecht ist, das niemandem vorenthalten werden darf. Grundlage sozialdemokratischer Wirtschafts- und Arbeitspolitik muss deshalb die Sicherung dieses Menschenrechts auf Arbeit und damit die Sicherung eines menschenwürdigen Daseins sein.

365) Abt. 03/Spandau

Ablehnung

Seite 35, Zeile 22 bis Seite 43 Zeile 26 Gesamtersetzung:

4.5 Neue Wertschöpfung und gute Arbeit

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt drei Hauptziele:

- Wir wollen einen möglichst hohen Wohlstand, an dem alle Menschen gerecht teilhaben.
- Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften und
- wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig sichern.

SPD und Gewerkschaften haben die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich gestaltet. Kennzeichnend sind:

- Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- faire und verlässliche Rahmenbedingungen für den Wettbewerb und
- gezielte wirtschaftliche Aktivitäten des Staates.

Dadurch wurde sozialer Frieden, wirtschaftliche Stärke und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten ermöglicht und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt.

Erhalt der Sozialen Marktwirtschaft

Die Globalisierung der Güter-, Dienstleistung- und Finanzmärkte, die technologische Entwicklung und zunehmende Deregulierung der Arbeitswelt stellen jedoch das bewährte Ordnungsmodell auf die Probe. Zusätzlich wird es durch die nunmehr seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich herausgefordert.

Die wachsende wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber die Bereitschaft zu lebenslangen Lernen. Darüber hinaus werden die selbständigen Erwerbsformen weiter zunehmen und Phasen der Kindererziehung sowie der Pflege älterer Angehörige werden häufig berufliche Einschränkungen oder sogar Auszeiten vom Berufsleben erfordern – verbunden mit dem Risiko insbesondere für Frauen, die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt nicht zu schaffen.

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit zeigen außerdem, dass durch Wirtschaftswachstum allein Vollbeschäftigung nicht zu erzielen ist. Technische Innovationen führen zum Abbau von Arbeitsplätzen, der durch die Entstehung neuer Beschäftigungsfelder nicht ausgeglichen werden kann, gerade Geringqualifizierte sind hiervon betroffen. Auch gibt es zunehmend Beschäftigungsverhältnisse, mit denen die selbständige Existenzsicherung nicht gewährleistet ist. Dabei geht uns die Arbeit nicht aus, im Gegenteil: Die Menschheit steht vor bislang nicht gelösten großen sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss diese Entwicklung im Geiste sozialer Gerechtigkeit korrigieren und die Grundpfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialmodells zukunftsfest für das 21. Jahrhundert machen. Dumpingwettbewerb, bei dem Renditen nur durch Lohnsenkung und Sozialabbau erzielt werden können, vermag dies nicht zu leisten. Die Chancen der Globalisierung müssen für alle zugänglich gemacht werden. Das können wir nur gemeinsam in Europa und mit der Europäischen Union schaffen.

Politik für Vollbeschäftigung

Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen. Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand. Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein bedrückendes individuelles Schicksal, sondern auch die Vergeudung volkswirtschaftliche Ressourcen. Die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt ist das Ziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ruht daher auf vier Säulen:

- Einem qualitativen Wachstum mit innovativen und hochwertigen Produkten und Dienstleistungen, die zu einem deutlich höheren Angebot an Arbeitsplätzen führen. Die staatlichen Förderinstrumente werden dabei vor allem in den Zu-

kunftsmärkten der Umwelt-, Energie und Verkehrstechnologien, der Gesundheitswirtschaft eingesetzt und gebündelt – von der Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte. Wir wollen qualifizierte Dienstleistungen stärken. Die größten Beschäftigungspotentiale liegen dabei im lokalen Handwerk, privaten Haushalten, Bildung und sozialen Diensten, insbesondere Pflege-, Gesundheits- und Betreuungsbereich.

- Einer koordinierten Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gleichstellungs- und Familienpolitik, die die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen unterstützt und notwendige Unterbrechungen bzw. Änderungen Erwerbsbiographien meistert.
- Einer modernen Arbeitszeitpolitik, die die Selbstbestimmung und Flexibilität der Menschen fördert und durch Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt. Dabei können zeitlich befristete Lohnzuschüsse helfen.
- Einem öffentlich geförderten und gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt für diejenigen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektive haben

Zukunftsmärkte brauchen aktive Politik

Die Menschheit steht vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Um sie zu meistern, brauchen wir eine strategische und nachhaltige Industriepolitik, die innovative und hochwertige Produkte und Dienstleistungen hervorbringt. Eine solche Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe zahlreicher Politikfelder. Sie stärkt industrielle Kerne und regionale Wirtschafts-Cluster – auch die Wachstumskerne in den neuen Bundesländern zeigen, wie aus Wissen neue Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze entstehen.

Die ökologische Rettung der Erde ist nicht allein Angelegenheit von Umwelt-, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, sondern der künftige Antriebsmotor für ökonomische Wertschöpfung – die Zukunft gehört den so genannten „grünen Märkten“. Darum setzen wir auf qualitatives Wachstum. So können wir unsere Lebensqualität steigern, Ressourcen und Energie einsparen, den Klimawandel abmildern, Krankheiten heilen, Mobilität verbessern und Kommunikation erleichtern. Neue Technologien werden vor allem in diesen Zukunftsmärkten Anwendung finden - aufgrund der demographischen Entwicklung stellen Produkte und Dienstleistungen für die ältere Generation ein zusätzliches Wachstumsfeld dar.

Wir wollen, dass die deutsche Wirtschaft gezielt und massiv in diese Märkte investiert, sie muss in diesen Zukunftsmärkten an der Spitze stehen.

Wissen und Qualifikation als Produktivkräfte

Mit dem Übergang von der Industriegesellschaft zur industriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wird auch die Rolle qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter aufgewertet. Die Wertschöpfung hängt in Zukunft entscheidend von der Beteiligung der MitarbeiterInnen sowie Investitionen in ihre Qualifikation ab. Den wachsenden Bedarf an Fachkräften zu befriedigen ist eine gemeinsame zentrale Aufgabe von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik.

Junge Männer und Frauen brauchen die gleichen Möglichkeiten, durch eine breite Berufs- und Studienwahl die bisherige Trennung in typische Männer- und Frauenberufe zu überwinden. Wissen und Ideen sind Garantien unserer Arbeitsplätze. Dieses geistige Eigentum müssen wir durch Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie schützen.

Wachstum und Stabilität

Unsere Volkswirtschaft braucht stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten zur Förderung des qualitativen Wachstums. Der Staat muss durch nationale wie auch internationale Stabilisierungspolitik dazu beitragen, konjunkturelle Krisen zu überwinden. Auch ist eine hohe Binnennachfrage Voraussetzung für mehr Beschäftigung. Wir setzen uns für produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen sowie eine kontinuierlich ansteigende öffentliche Investitionsquote ein. Ein gesetzlicher Mindestlohn soll das Existenzminimum absichern und so genannte prekäre Beschäftigungsverhältnisse insbesondere im Dienstleistungsbereich verhindern.

Solide Staatsfinanzen und öffentliche Zukunftsinvestitionen

Solide Staatsfinanzen sind für uns auch eine Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen. Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass der nächsten Generation eine marode öffentliche Infrastruktur hinterlassen wird. Wir wollen die Haushaltsverschuldung zurückführen und die staatlichen Aufgaben stärker auf Zukunftsinvestitionen ausrichten. Weil daraus alle Bürgerinnen und Bürger einen gemeinsamen Nutzen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der steuerlichen Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen. Das Verhältnis von niedriger Steuerquote und hoher Abgabenquote in Deutschland wollen wir ändern. Die sozialen Sicherungssysteme müssen stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten finanziert werden. Im Gegenzug können die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer sowie der Arbeitgeber sinken – Arbeitskosten werden reduziert. Steuerliche Regelungen, die einer höheren Erwerbstätigkeit von Frauen entgegenstehen, wollen wir überwinden.

Wirtschaftliche Demokratie und soziale Teilhabe

Betriebliche Mitbestimmung, die Tarifautonomie und das Streikrecht sind unverzichtbare Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Wir bekennen uns insbesondere zur paritätischen Mitbestimmung von Kapital und Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten großer Unternehmen. In einer zunehmend europäisierten Volkswirtschaft ist es unser gemeinsames Ziel, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung auf europäischer Ebene auszubauen. Starke und verantwortungsvolle Gewerkschaften sind unverzichtbar für die wirtschaftliche Demokratie. Sie sind die stärkste Kraft, die für den sozialpartnerschaftlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen sorgt. Wir werden das bewährte System, in dem die Arbeitsbedingungen durch den Gesetzgeber, die Tarifvertragsparteien und Betriebs- und Personalräte gestaltet werden, aufrechterhalten.

Dasselbe gilt für die uneingeschränkte Tarifautonomie und für die Rechte und den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenskapital als zusätzliche Säule des Einkommens fördert Innovation und Produktivität und gewährleistet eine zusätzliche Beteiligung am Firmenerfolg. Wir wollen dieses Element der ökonomischen Teilhabe attraktiver machen.

Verantwortliches Unternehmertum stärken, Finanzspekulation eindämmen

Verantwortungsbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer, die nachhaltige Produkte entwickeln, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Erfolg beteiligen und beständig in die Zukunft investieren, finden unsere Unterstützung. Aufgabe von Wirtschaftspolitik ist es, die Wettbewerbsbedingungen insbesondere für Unternehmensneugründungen, den innovativen Mittelstand und Selbständige in den freien Berufen zu verbessern – auch durch leichteren Zugang zu Wagniskapital. Dabei spielen kleinere Banken und Sparkassen durch ihre langfristige Unternehmensfinanzierung und ihre Orientierung am Gemeinwohl eine besondere Rolle. Diese wertvolle Stütze unserer Wettbewerbsfähigkeit werden wir nicht aufgeben.

Märkte brauchen faire Regeln, damit sie zum Wohle aller funktionieren. Diesen ordnungsrechtlichen Rahmen kann nur der Staat setzen – in einer globalisierten Wirtschaft ist dies für Deutschland ausschließlich im europäischen Rahmen möglich. Darum haben wir zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Zuständigkeiten auf die Europäische Union übertragen und setzen uns für eine engere Abstimmung zwischen den Mitgliedsstaaten ein.

Ein stabiler, auf langfristiges Engagement ausgerichteter Finanzmarkt ist unverzichtbar für eine moderne, global integrierte Volkswirtschaft. Übertriebene, kurzfristige Renditeerwartungen gefährden diese Voraussetzungen und vernichten Arbeitsplätze. Deshalb wollen wir mit anderen Staaten und internationalen Institutionen Regeln und eine wirksame Aufsicht der Finanzmärkte einführen, die zur Sicherung und Stabilisierung beitragen. Auch wollen wir Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben, und das Stimmrecht der Aktieninhaber in dieser Richtung stärken.

Verbraucher und Verantwortung

Wir wollen transparent machen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt und Dienstleistungen erbracht werden, gerade auf globalen Märkten. Kennzeichnung, erweiterte Informationsrechte und Transparenzregeln tragen dazu bei, dass

Märkte von der Nachfrageseite her kontrolliert und beeinflusst werden. Dies bedeutet nicht nur einen besseren Schutz vor z.B. gesundheitlichen Belastungen, sondern kann auch einen Impuls für die Entwicklung innovativer, nachhaltiger Produkte geben sowie die sozialen Bedingungen für die Produzenten verbessern. Eine unabhängige Verbraucherberatung und verlässliche Qualitätskriterien müssen Sicherheit bieten und die Menschen befähigen, sich in den immer komplexer werdenden Märkten zurechtzufinden.

366) KDV StegZehl

Ablehnung

Seite 35, Zeile 28 nach „...erwirtschaften.“ einfügen:

Deswegen wollen wir die flächendeckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Gleichzeitig müssen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig sichern und die Volkswirtschaft ökologisch umstrukturieren.

367) KDV TempSchön

Ablehnung

Seite 35, Zeile 37, Einfügung nach den Worten „...Gesellschaft mobilisieren.“:

Die Globalisierung ist ein offener Prozess mit ungewissem Ausgang, den viele Menschen als Bedrohung empfinden.“ Der anschließende Satz erhält folgende Fassung: „Unsere Aufgabe ist es, diese Ängste ernst zu nehmen und zu zeigen, dass Globalisierung als ein von Menschen gemachter und steuerbarer Prozess auch Chance für neue Arbeitsplätze und für die Sicherung des Wohlstands in den kommenden Jahrzehnten bedeutet.“

368) KDV Mitte

Ablehnung

Seite 35, Zeile 40 nach „...Ordnungsrahmen für den Wettbewerb,“ folgende Worte einfügen: der unsere Ziele berücksichtigt,

369) ASF Berlin und KDV Mitte

Ablehnung

Seite 35, Zeile 42 am Ende des Absatzes (nach „... Profit in den Mittelpunkt stellt.“) ergänzen:

Deshalb setzen wir uns ein für eine geschlechtergerechte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die mehr ist als eine sozialverträgliche Anpassung an die Globalisierung.

370) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 35, Zeile 48 Anfügung an das Ende des Satzes: und werden dies auch weiterhin gemeinsam tun.

371) KDV CharlWilm

Annahme

Seite 35, Zeile 43 Ergänzung:

Fortschritt, Wachstum und Struktur

Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Wachsen muss, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsquali-

tät verbessert, Abhängigkeit mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muss, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut.

Eine Politik, die Wachstumsfelder auswählt, muss die Wünsche, Bedürfnisse, Sorgen, Unsicherheiten und Zukunftsängste der Menschen ernst nehmen. Diese Politik muss die Strukturen in der Produktion und im Verteilungssystem, im Recht, in der Kultur und im Bildungssystem verändern.

Sinnvoller Strukturwandel kommt nicht von allein. Strukturpolitik muss Richtung und Geschwindigkeit struktureller Veränderungen so beeinflussen und steuern, dass vor allem folgende Ziele erreicht werden:

- ökologischer Umbau der Industriegesellschaft,
- Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit,
- Verbesserung der Arbeitsverhältnisse,
- Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit,
- Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen,
- Abrüstung und Umstellung der Produktion auf zivile Güter.

Vorausschauende Strukturpolitik kann Qualität von Leben und Umwelt verbessern, Kreativität freisetzen und Zukunftsperspektiven eröffnen. Die nachteiligen Folgen des Strukturwandels müssen wir sozial beherrschbar machen.

Damit der Strukturwandel der Chancengleichheit unter den Regionen dient, werden wir über den Finanztransfers hinaus alle Strukturprogramme so anlegen, dass sie in schwächeren Regionen die Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit fördern, zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität verbessern.

372) KDV Mitte

Ablehnung

Seite 36, Zeile 1 das Wort „...modernisieren,“ durch das Wort „weiterentwickeln“ ersetzen.

373) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 36, Zeile 12 und 13 Neuformulierung ab „Es bleibt dabei.“:

Wir bleiben bei der Zielsetzung: So viel Markt wie möglich; wo er versagt, ist politische Regulierung unverzichtbar.

374) KVV MarzHell

Ablehnung

Seite 36, nach Zeile 13 ergänzen:

Dabei ist eine menschenwürdige Arbeitswelt nötig und wichtig.

375) KDV Reinickendorf

Annahme

Seite 36, Zeile 13: Einschub hinter „wie nötig.“

Staatliches Handeln muss am Solidaritätsprinzip unserer Gesellschaft orientiert sein. Dazu gehören insbesondere eine konsequente Bekämpfung der Schwarzarbeit, eine Steuerpolitik, die untere Einkommen entlastet und höhere stärker in die Verantwortung nimmt. Internationale Vereinbarungen zur Vermeidung von Steuerflucht ins Ausland sind in der globalisierten Welt unverzichtbar.

376) KDV Spandau

Ablehnung

Seite 36, Zeile 14, Absatz einfügen:

Erhalt der Sozialen Marktwirtschaft

Die wachsende wirtschaftliche Dynamik fordert von den Menschen Arbeitsplatz- und auch Berufswechsel, vor allem aber die Bereitschaft zu lebenslangen Lernen. Darüber hinaus werden die selbständigen Erwerbsformen weiter zunehmen und Phasen der Kindererziehung sowie der Pflege älterer Angehörige werden häufig berufliche Einschränkungen oder sogar Auszeiten vom Berufsleben erfordern - verbunden mit dem Risiko insbesondere für Frauen, die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt nicht zu schaffen.

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit zeigen außerdem, dass durch Wirtschaftswachstum allein Vollbeschäftigung nicht zu erzielen ist. Technische Innovationen führen zum Abbau von Arbeitsplätzen, der durch die Entstehung neuer Beschäftigungsfelder nicht ausgeglichen werden kann, gerade Geringqualifizierte sind hiervon betroffen. Auch gibt es zunehmend Beschäftigungsverhältnisse, mit denen die selbständige Existenzsicherung nicht gewährleistet ist. Dabei geht uns die Arbeit nicht aus, im Gegenteil: Die Menschheit steht vor bislang nicht gelösten großen sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss diese Entwicklung im Geiste sozialer Gerechtigkeit korrigieren und die Grundpfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialmodells zukunftsfest für das 21. Jahrhundert machen. Dumpingwettbewerb, bei dem Renditen nur durch Lohnsenkung und Sozialabbau erzielt werden können, vermag dies nicht zu leisten. Die Chancen der Globalisierung müssen für alle zugänglich gemacht werden. Das können wir nur gemeinsam in Europa und mit der Europäischen Union schaffen.

377) KDV StegZehl**Ablehnung****Seite 36, Zeile 16 bis 18** ändern:

Dumpingwettbewerb mit immer billigeren Produkten, bei denen Renditen nur durch Lohnsenkungen und Sozialabbau erzielt werden können, darf es nicht geben.

378) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 36, Zeile 19:** hinter „nicht zu leisten“ Einschub**Für eine gute Arbeit**

Die unbefristete Vollzeitarbeit mit einem dauerhaften, existenzsichernden Einkommen, verbunden mit sozialen Sicherungsrechten – das war lange Zeit Norm in Deutschland. Wir haben es heute zunehmend mit prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen zu tun: mehr Leih- und Zeitarbeit, Mini- und Midijobs, nicht angestrebte und nicht Existenzsichernde Teilzeitarbeit, Ein-Euro-Jobs, Vollzeitbeschäftigung im Niedriglohnbereich und der Einsatz von Praktikanten statt regulärer Beschäftigung. Diese Tendenz wird begünstigt durch Auslagerung von Betriebsteilen, wodurch die betroffenen oder auch künftige Beschäftigte auf Dauer schlechter gestellt werden.

Diese Entwicklung verstärkt Abstiegsängste der Arbeitnehmer, sie schwächt die Binnenkonjunktur und die zahlungsfähige Nachfrage. Sie schadet der Qualität der Arbeit in den Betrieben und der Bindung der Arbeitenden an die Betriebe.

Deshalb wollen wir die gesetzliche Verankerung eines existenzsichernden Mindestlohns. Wir wollen dabei die Tarifpartner an einer Regelung für das Modell eines gesetzlichen Mindestlohns beteiligen. Tariflöhne sind nicht immer Existenzsichernd, deshalb bevorzugen wir die gesetzliche Regelung. Gleichzeitig wollen wir die Definition von „guter“ Arbeit vorantreiben. Arbeit muss nicht billiger, sondern besser werden. Gemeinsam mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden wollen wir deshalb die Humanisierung der Arbeit sichern und weiterentwickeln sowie Standards für Leistungsanforderungen, unzumutbare Belastungen, altersgerechtes Arbeiten, innovative Mitbestimmungsregelungen, Gesundheitsprävention und zeitgemäße Formen eines Gleichgewichts von Arbeit und Freizeit bestimmen.

379) Jusos Berlin**Ablehnung****Seite 36, Zeile 21** ersetze Überschrift „Politik für Vollbeschäftigung“ durch: Politik für gute Arbeit und Vollbeschäftigung**380) KDV Pankow****Ablehnung****Seite 36 Zeile 21:**

Ersetze die Überschrift "Politik für Vollbeschäftigung" durch "Politik für Arbeit"

381) KDV CharlWilm**Ablehnung****Seite 36, Zeile 21 bis Seite 37, Zeile 16,** Ersetzung:**Die Bedeutung der Arbeit**

Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins. Durch Arbeit produzieren die Menschen nicht nur die Mittel und Dienste, die sie zum Leben brauchen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind Quellen des Reichtums.

Wie viel Arbeit zu leisten ist, wie sie organisiert, gestaltet und verteilt wird, ist abhängig von der Entwicklung der Produktivkräfte, von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und kulturellen Traditionen. Dies gilt gleichermaßen für die Erwerbsarbeit, für Familienarbeit, für Gemeinschaftsarbeit und für freie Eigenarbeit. Alle diese Arbeitsformen sind wechselseitig abhängig. Alle zusammen bestimmen unsere Lebensqualität.

Arbeitsteilung und Arbeitsorganisation, Arbeitszeit und Arbeitsumfang, Arbeitsinhalte und Arbeitsformen werden von Menschen verwirklicht und sind damit politisch gestaltbar. Jede Form der Arbeit schafft Werte, kann Menschen ausfüllen und bereichern, aber auch Entfremdung bewirken und Leid zufügen. Jede Arbeitsform ist auf die anderen angewiesen. Alle zusammen bestimmen unsere Lebensqualität.

Arbeitsfreude und Arbeitsleid waren stets Bestandteil menschlichen Lebens. Im gestaltenden Umgang mit Stoff, Werkzeug und Maschine, beim Entwerfen, Planen und Organisieren, beim Leisten von Diensten, in Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Menschen in der Gesellschaft, in Betrieben und im Haushalt entwickeln Menschen ihre Persönlichkeit. Arbeitsleid entsteht aus Überlastung oder Unterforderung, durch Gesundheitsgefährdungen und nicht menschengerecht gestaltete Arbeit, durch Unterdrückung und Entfremdung in der Arbeit. Arbeitsleid kann auch Folge inhumaner Arbeitsteilung oder gesellschaftlich isolierter Arbeit sein.

Die Geschichte der Arbeit ist zugleich die Geschichte der Technik. Technik ermöglicht Reichtum und menschliches Wohlbefinden, sie kann Arbeit erleichtern. Ihre gesellschaftliche Anwendung hat jedoch auch Armut, Krankheit, Abhängigkeit und Entfremdung bei denen erzeugt, die kaum mehr besitzen als ihre Arbeitskraft.

Unsere Zukunft wird maßgeblich dadurch bestimmt, wie wir arbeiten. Erwerbsarbeit und unbezahlte, aber gesellschaftlich ebenso notwendige Arbeit in Haus, Familie und ungleich verteilt und bewertet. Dies schlägt sich in unterschiedlichen Arbeits-, und Lebensbedingungen und unterschiedlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Geschlechter nieder.

Die Erwerbsarbeit hat zentrale Bedeutung für das Bewusstsein und Selbstbewusstsein der Menschen. Sie vermittelt Selbstständigkeit und soziale Anerkennung, bestimmt Lebensbedingungen und Entfaltungschancen, erleichtert gesellschaftliches und politisches Engagement, sichert materielle Unabhängigkeit.

Alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit müssen gleich bewertet und zwischen Männern und Frauen gleich verteilt werden. Wer Familien- und Gemeinschaftsarbeit leistet, darf im Erwerbsleben nicht benachteiligt werden.

Der gesellschaftliche Reichtum, den wir durch die Entfaltung der Produktivkräfte erreicht haben, ermöglicht drastische Verkürzungen der Erwerbsarbeitszeit und erweitert die Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Damit können alte sozialdemokratische Ziele Wirklichkeit werden:

- allgemeiner Wohlstand und soziale Sicherheit,
- Ausbau der sozialen Infrastruktur,
- gerechte Verteilung der Arbeits- und Lebenschancen,
- gerechte Verteilung der verschiedenen Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit zwischen Männern und Frauen,
- Bildung und Weiterbildung für alle,
- mehr Zeit für Familien- und Privatleben, für Muße und Gemeinschaftsarbeit,
- schöpferische Aktivität und Teilhabe am kulturellen Leben,
- Selbstverwirklichung in der Arbeit,
- Verbesserung der Qualität der Arbeit,
- Ausbau von alternativen Organisationsformen der Arbeit,
- Ausbau der Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft.

Strukturwandel der Erwerbsarbeit

Heute ist die Arbeit radikalem Strukturwandel unterworfen. In der Erwerbsarbeit ist er gekennzeichnet durch flexible Automatisierung von Produktion, Dienstleistungen und Verwaltung, durch neue Kommunikations- und Steuerungstechnologien, die Anwendung von Bio- und Gentechnik sowie die schnelle Verbreitung neuer Werkstoffe, Verfahren, Produkte und Dienste. Die Menschen müssen immer mehr Informationen verarbeiten und sich auf immer raschere Veränderungen einstellen. Planen und Entwickeln, Steuern und Überwachen, Fehler entdecken und korrigieren gewinnt an Bedeutung. Alle werden sich in Zukunft weit mehr als bisher informieren und Neues lernen müssen.

Die wachsende Intensität und Produktivität der menschlichen Arbeit ermöglicht einerseits mehr Lebensqualität, Wohlstand und Freizeit. Sie kann aber auch steigende Arbeitslosigkeit, die Ausgrenzung vieler Menschen aus dem Erwerbsleben, neue körperliche und geistig-psychische Belastungen sowie neue Risiken und Gefährdungen aus der Arbeitsumwelt zur Folge haben.

Risiken für die Arbeitenden

Angesichts des Ausmaßes und der Dauer dieser Umwälzungen ist klar: Ohne eine neue Politik der Arbeit, die sich dem Recht auf Arbeit verpflichtet weiß, wird Massenarbeitslosigkeit eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme bleiben. Dann wird der Anteil der Langzeitarbeitslosen weiter steigen, werden immer mehr ältere oder behinderte Menschen, gering Qualifizierte, Frauen, Jugendliche und Ausländer aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert und wird die Zahl der ungeschützten Arbeitsverhältnisse zunehmen.

Dies kann zu einer unerträglichen Polarisierung der Lebensverhältnisse und zu einer Spaltung unseres Landes in wohlhabende und verarmte Regionen führen. Unter den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen verschärft sich die Konkurrenz. Solidarität wird erschwert. Es entwickeln sich neue Formen von Ungleichheit: Qualifikation und Leistungsbereitschaft werden weniger wichtig als die Frage, wann jemand geboren ist, ob als Mann oder Frau, als Deutscher oder Ausländer, ob man im Norden oder Süden der Republik, auf dem Lande oder in Ballungsräumen lebt.

Gleichzeitig wird nicht nur die Zahl der Rentnerinnen und Rentner zunehmen, sondern auch das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen steigen.

Kapital und vernachlässigte Bedürfnisse sind reichlich vorhanden. Angesichts des Reichtums unserer Gesellschaft, angesichts der vielen unerledigten Aufgaben zeigt Massenarbeitslosigkeit gesellschaftliches Versagen, das auf Dauer Demokratie gefährdet. Unserer Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus.

Für eine neue Politik der Arbeit

Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht. Es ist die Pflicht eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Arbeitslosigkeit ist kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern ein gesellschaftlich verursachtes und damit politisch zu lösendes Problem.

Je schwerer die ökonomischen und sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit auf den Völkern lasten, desto häufiger wird versucht, der eigenen Wirtschaft durch Protektionismus Vorteile auf Kosten anderer zu verschaffen.

Wir halten demgegenüber ein gemeinsames Vorgehen der betroffenen Staaten gegen Massenarbeitslosigkeit für unabdingbar. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass wir bereit sind, eine wirksame Beschäftigungspolitik im eigenen Land in Gang zu setzen.

Notwendig ist eine Kombination von Maßnahmen, die

- sinnvolle, dauerhafte Beschäftigung für alle schafft und zugleich
- Umweltbelastungen, insbesondere den Energieverbrauch wirksam und schnell vermindert,
- humanere Arbeitsbedingungen schafft,
- die Bundesrepublik als Industriestandort international wettbewerbsfähig erhält,
- Wissen, Einsatzbereitschaft und Kreativität der Menschen fördert,
- neue soziale und kulturelle Entwicklungen ermöglicht.

Vielen Menschen fehlt es noch am Lebensnotwendigen. Eine gerechtere Einkommensverteilung sorgt für sozialen Ausgleich und schafft zusätzliche Nachfrage und damit Arbeitsplätze.

Ökologische Erneuerung schafft zusätzliche Arbeit. Dies gilt für die Aufarbeitung von Altlasten wie auch für Umweltvorsorge, für naturgerechte Landwirtschaft, den Umbau des Verkehrswesens und des Energiesystems. Wo Energie gespart, Energieversorgung dezentralisiert, Müll wiederaufgearbeitet, umweltschädliche Güter durch umweltfreundliche ersetzt werden, entsteht Arbeit. Städte und Dörfer müssen erneuert, Wohnungen errichtet und modernisiert, Nahverkehrssysteme ausgebaut, Kulturschätze erhalten werden.

Auch der Bedarf an sozialen Dienstleistungen wächst. Wir wollen die öffentlichen Dienstleistungen verbessern und die Angebote insbesondere für benachteiligte Menschen und Gruppen ausbauen. Bildung, Weiterbildung, Kultur, Forschung und Wissenschaft brauchen Menschen. Kinder müssen betreut, Jugendarbeit geleistet, Kranke und immer mehr Alte gepflegt, Ausländer und ihre Kinder eingegliedert, Behinderte betreut und integriert, Suchtprävention geleistet und Suchtkranke geheilt, psychisch Gefährdete begleitet, Straffällige resozialisiert, Hilfe zur Selbsthilfe organisiert werden. Die sozialen Dienste müssen zu einem flächendeckenden Netz ambulanter und stationärer Hilfen verbunden werden.

Arbeitszeitverkürzung - Beitrag zu Vollbeschäftigung und Zeitsouveränität

Wir wollen die Steigerung der Produktivität zur Verkürzung der Arbeitszeit nutzen, wobei kürzere Arbeitszeit nicht automatisch kürzere Maschinenlaufzeit bedeutet. Arbeitszeitverkürzung ist auch in Zukunft ein wesentlicher Beitrag für mehr Lebensqualität. Sie verringert die Belastung der Erwerbsarbeit und schafft Raum für notwendige Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit, gibt Zeit für Muße, kulturelle und soziale Aktivität. Sie schafft Arbeitsplätze.

Kürzere Arbeitszeiten sind erst recht nötig, wenn Erwerbsarbeit allen Frauen und Männern zugänglich wird. Soll die partnerschaftliche Teilung der häuslichen Arbeit gelingen, muss die tägliche Arbeitszeit verringert werden. Daher streben wir den sechsstündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an. Bei kürzerer Regelarbeitszeit wird gerechte Einkommensverteilung noch wichtiger. Löhne und Gehälter sollten daher nach Einkommensgruppen differenziert erhöht werden.

Flexiblere Arbeitszeiten führen nur dann zu mehr Zeitsouveränität, wenn sie arbeitnehmerorientiert und kollektiv abgesichert sind. Dabei ist auf Arbeitsrhythmen zu achten, die der Gesundheit, der persönlichen Leistungsfähigkeit und sozialen Beziehungen zuträglich sind. Der Samstag darf nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Nacharbeit wollen wir, weil sie gesundheitsschädlich ist, auf Ausnahmefälle beschränken. Überstunden sind gesetzlich zu begrenzen. Wer zu ungewöhnlicher Zeit arbeitet, hat Anspruch auf angemessenen Ausgleich.

Alle Männer und Frauen sollen die Möglichkeit erhalten, Erwerbsarbeit zu reduzieren oder zu unterbrechen,

- um sich der Kindererziehung zu widmen,
- um sich weiterzubilden, auch in einem Weiterbildungsjahr,
- um Alte, Kranke oder Behinderte zu pflegen,
- um einen gleitenden Übergang in den Ruhestand zu finden.

Wir werden dafür sorgen, dass in diesen Fällen der Platz im Erwerbsleben und die soziale Sicherung rechtlich garantiert sind. Wir werden Modelle zur Finanzierung erarbeiten und gemeinsam mit den Tarifparteien durchsetzen. Darüber hinaus wollen wir die arbeitsrechtlichen Möglichkeiten schaffen, aus dem Arbeitsleben vorübergehend auszuscheiden und anschließend an den Arbeitsplatz zurückzukehren.

Ungeschützte Arbeitsverhältnisse darf es nicht geben. Leiharbeit ist zu verbieten. Wir fordern ein Arbeitsgesetzbuch, um alle Beschäftigungsverhältnisse unter den Schutz eines einheitlichen Arbeitsrechts zu stellen. Alle Formen der Erwerbsarbeit müssen als Normalarbeitsverhältnisse abgesichert sein. Dies

bedeutet nicht die Aufrechterhaltung starrer Arbeitszeitstrukturen, sondern ein arbeits- und sozialrechtlich geschütztes Verhältnis für alle Formen der Erwerbsarbeit. Wir wollen, wo möglich, nicht Arbeitslosigkeit sondern Arbeitsplätze finanzieren. Wir wollen, dass jedem, der seinen Arbeitsplatz verliert, neue Arbeit oder zusätzliche Qualifizierung angeboten wird.

Für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt

Unsere Forderungen für die Gestaltung der Erwerbsarbeit sind: Humanisierung, Qualifizierung und Demokratisierung. Diese drei Aufgaben bedingen einander.

Humane Gestaltung der Arbeitswelt verlangt zunächst, dass Menschen nicht durch gesundheitsbelastende Arbeitsbedingungen verschlissen werden. Gesundheitsgefährdende Arbeitsstoffe, Lärm, Hitze, Gase, Strahlung und Staub, aber auch Techniken, die Monotonie und nervliche Belastung steigern, Kontrolle und Entfremdung verschärfen und Eigenverantwortlichkeit mindern, können nicht hingenommen werden. In allen Berufen müssen die Bedingungen und Anforderungen der Arbeit auch den Menschen gerecht werden, die durch unzureichende Qualifikation beeinträchtigte Gesundheit oder durch ihr Alter im Nachteil sind.

Daher wollen wir den Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter entwickeln, menschengerechte Technologien und Organisationsformen fördern. Es ist staatliche Aufgabe, Tarifvertragsparteien, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Erprobung neuer betrieblicher Lösungen zu unterstützen und für die Verbreitung des Wissens über eine menschengerechte Gestaltung zu sorgen.

Humanisierung der Arbeitswelt setzt darüber hinaus bei den kreativen, organisatorischen, fachlichen und sozialen Fähigkeiten der Menschen an. Die Menschen brauchen sinnvolle Arbeitsinhalte, ausgeweitete Handlungsspielräume, mehr Autonomie, verbesserte Qualifizierung sowie verstärkte Mitbestimmung und Beteiligung.

Die Qualität der Arbeit verbessert sich nur über bessere Qualifizierung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie müssen das Recht auf lebenslange Aus- und Weiterbildung in der Erwerbsarbeitszeit haben. Es soll, ebenso wie ein erweiterter Bildungsurlaub, gesetzlich verankert werden.

Neue Technik macht neue Formen der Arbeitsorganisation möglich. Monotonie und Zerstückelung der Arbeit können überwunden, partnerschaftliche Zusammenarbeit kann die Regel werden. Dies ist nicht nur menschengerechter, sondern vielfach auch effizienter. Wo technische Innovation Arbeit in hierarchischen Zwängen überflüssig oder überwindbar, die Dezentralisierung und Demokratisierung der Arbeit in Betrieben hingegen möglich macht, muss die Chance genutzt werden. Erwerbsarbeit, die an vielen Stellen Fremdbestimmung durch gemeinschaftliche und individuelle Gestaltung ersetzt, ist keine Utopie mehr.

Menschen, die Erwerbsarbeit auslaugt, abstumpft oder demütigt, können in ihrer freien Zeit diese Schädigungen nicht wettmachen. Darum ist humane, demokratisch und sozial organisierte Arbeit ausschlaggebend für ein menschenwürdiges Leben.

Humanisierung der Arbeitswelt hat auf jeder Stufe von Technik und Organisation menschenwürdige Arbeitsverhältnisse herzustellen. Dabei sind die steigenden Ansprüche der Menschen zu berücksichtigen.

Demokratisierung zielt auf Befreiung in der Arbeit. Sie muss durch die Arbeitenden unter Ausweitung der Mitbestimmungskompetenzen selbst verwirklicht werden. Aus Wirtschaftsuntertanen werden Wirtschaftsbürger und -bürgerinnen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen darüber mitbestimmen, welche Arbeit mit welcher Zielsetzung in welchen Organisationsformen zu welchen Zeiten geleistet werden soll. Mitbestimmung ist weiter nötig, wo über neue Möglichkeiten der Beschäftigung, ökologische und soziale Verträglichkeit von Arbeitsplätzen zu entscheiden ist. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen hierfür, auch im öffentlichen Dienst, schaffen.

Familienarbeit

Kindererziehung und Familienarbeit machen unsere Gesellschaft lebensfähig. Sie müssen gesellschaftlich anerkannt und sozial abgesichert werden. Humanisierung, Verkürzung und angemessene Verteilung der Erwerbsarbeit kommen auch der Haus- und Familienarbeit zugute. Wie die Erwerbsarbeit ist die Haus- und Familienarbeit Aufgabe beider Geschlechter. Wie andere Arbeitsformen bietet sie die Chance der Selbstverwirklichung, sie kann aber auch Menschen überfordern und in ihrer Entwicklung behindern.

Erwerbsarbeitsplätze in der Nähe der Wohnung können die Lebensqualität verbessern und die Verbindung von Erwerbsarbeit und Haus- und Familienarbeit erleichtern. Sie sind zu erhalten oder neu zu schaffen. Familiengerechte Wohnungen, dezentrale Einkaufsmöglichkeiten und der Ausbau der lokalen Infrastruktur erleichtern die Vereinbarkeit von Arbeit im Erwerbsprozess und in Haus und Familie.

Erziehungs- und Pflegezeiten sind in der Altersversorgung anzurechnen. In den ersten drei Lebensjahren eines Kindes müssen Vater und Mutter Anrecht auf bezahlten Elternurlaub bekommen. Wer zur Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, muss Anspruch auf Wiedereingliederung haben. Bei Einstellungen und beruflichem Aufstieg sind Erziehungs- und Pflegezeiten zu berücksichtigen. Außerdem besteht der Rechtsanspruch auf weitere Qualifikation und

Förderung nach Eignung und Neigung.

Freie Tätigkeiten und Muße

Menschliches Leben vollzieht sich im Rhythmus von Arbeit und Muße, Anspannung und Entspannung. Mit der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit vergrößert sich das Angebot an Zeit für die frei bestimmten Tätigkeiten. Diese gewonnene Zeit wollen wir nicht der Freizeitindustrie überlassen. Alle müssen die Chance bekommen, sich für Nachbarschaft oder Umwelt, für gewerkschaftliche oder politische Aufgaben zu engagieren. Es muss für alle möglich werden, nach eigener Wahl kreativ zu sein. Die Gesellschaft muss dafür die Voraussetzungen verbessern.

382) KDV Spandau

Ablehnung

Seite 36, Zeile 22, einfügen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich in ihrem wirtschaftlichen Handeln dafür einzusetzen, die Gesetzgebung zunehmend mehr auf die Verwirklichung ausgleichenden sozialen Lebens bei verstärkter Selbstverantwortung der Menschen in Deutschland, auszurichten.

Deshalb sind die Verpflichtungen der öffentlichen Hand dem Gemeinwohl zu dienen, als integrale Bestandteile aller Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft gesetzlich festzuschreiben. Solche Zusammenarbeit darf nicht nur dem alleinigen Gewinnbestrebungsinteressen der privaten Wirtschaft untergeordnet werden. Die Sozialdemokratie wird darauf achten, dass die öffentliche Hand lernt, mit ihren mehrheitlich geführten Betrieben marktgerechte Gewinne für den Staat zu generieren, um deren Verwendung sozial ausgleichend einzusetzen.

Gesundheit, Wasser, Energie, Wohnung und Mobilität bedürfen eines gesicherten staatlichen Einflusses. Dieser muss sowohl durch öffentliches Eigentum als auch durch staatliche Hoheit bei der Festlegung von Regeln und Verfahren in der Tätigkeit von öffentlichen und privaten Unternehmen in diesem Bereich gesichert werden.“

383) KDV Pankow und Jusos Berlin

Ablehnung (69:66)

Seite 36 Zeile 23-29 Ersetze von Zeile 23: "Die Wirtschaft hat..." bis einschließlich Zeile 29 "...sicheren Arbeitsplatz hat." durch:

Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins. Durch Arbeit produzieren dir Menschen nicht nur die Mittel und Dienst die sie zum Leben brauchen, sondern bestimmen auch ihre Lebensumstände. Arbeit befriedigt menschliche Bedürfnisse und bringt neue hervor. Arbeit und Natur sind Quellen des Reichtums. Das Recht auf Arbeit ist die Grundlage sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Maßstab erfolgreicher Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist Ermöglichung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für alle Menschen. Unsere Zukunft liegt in innovativen, hochwertigen und nachhaltigen Gütern und in mehr Angeboten und Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich.

384) KVV Lichtenberg

Ablehnung

Seite 36, Zeile 25 neuen Satz nach „[...] Maßstab erfolgreicher Wirtschaftspolitik.“ einfügen:

Bessere Arbeitsplätze sind Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt: unbefristet, sozialversicherungspflichtig, mit gleichen Konditionen für gleiche Arbeit und der wirtschaftlich gebotenen Flexibilität. In diesem Sinne wollen wir die Abschaffung aller derzeit am Arbeitsmarkt möglichen abweichenden Verträge.

385) KDV TempSchön

Ablehnung

Seite 36, Zeilen 25-35, Ersetzung „Die Integration aller Menschen [...] werden weiter zunehmen.“ durch:

Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Die Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt ist Ziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Vollbeschäftigung bedeutet, dass jeder Mensch, der arbeiten will und kann, einen Arbeitsplatz findet. Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt müssen ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Teilhabe am Erwerbsleben ist ein Grundelement des Lebens in der Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit. Wir wissen, dass Millionen von Menschen in Deutschland unverschuldet arbeitslos sind. Ihre Lage ist uns Ansporn für eine gerechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die jedem Menschen die Chance auf Teilhabe eröffnet. Dies gilt gerade im rasanten Wandel der heutigen Arbeitswelt, die von den Menschen mehr zeitliche und räumliche Flexibilität und die Bereitschaft zum ständigen Lernen abverlangt.

386) Abt 76/ CharlWilm

Ablehnung

Seite 36, Zeile 27 bis Seite 37, Zeile 15 werden durch den folgenden Text ersetzt:

Die seit drei Jahrzehnten kontinuierlich anwachsende Massenarbeitslosigkeit kann nicht nur durch die Mittel der Arbeitslosenversicherung überwunden werden. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit beginnt mit der Verteidigung bestehender Arbeitsplätze. Aktuell erleben wir eine Welle von Entlassungen von ArbeitnehmerInnen gerade in der Industrie aber auch im Öffentlichen Dienst. Die Konzerne liquidieren rücksichtslos Arbeitsplätze, schließen Betriebe und verlagern die Produktion.

Es wird nicht von der Sozialdemokratischen Partei hingenommen, dass Unternehmensleitungen im Namen der Renditegewinne die Existenz von ArbeitnehmerInnen und ihren Familien aufs Spiel setzen und ebenso die sozialen Grundlagen und die Lebensfähigkeit von ganzen Regionen. Das Grundgesetz fordert in Artikel 14, die „Sozialpflicht des Eigentums“ als Verfassungsrecht ein. So unterliegen auch Produktionsmittel, deren Verwendung die Interessen der Allgemeinheit berühren, dieser Bindung.

Wir sehen es als erste Aufgabe an, dafür Sorge zu tragen, dass keine weiteren Arbeitsplätze mehr zerstört werden. Die SPD setzt sich mit allen politischen Mitteln dafür ein, Betriebsschließungen und Produktionsverlagerungen im Namen des Wettbewerbs und der Rendite zu verhindern. Wenn die Unternehmer dagegen handeln, muss ihnen die Entscheidung aus der Hand genommen und der Betrieb und die Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz gestellt werden, mit allen materiellen Konsequenzen (wie Rückgabe aller erhaltenen Vorleistungen und Subventionen, aber auch Sicherstellung der von der Belegschaft geschaffenen Gewinne und Vermögenswerte).

- 387) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 32-34 Streichung des Satzes („Phasen der ...vom Berufsleben.“)
- 388) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 32 Ergänzung:
 Phasen der Kindererziehung oder der Pflege von langfristig kranken oder älteren Angehörigen erfordern häufig berufliche Einschränkungen...
- 389) KDV Pankow** **Ablehnung**
Seite 36 Zeile 35 Einfügen nach Zeile 35:
 Wir erkennen, dass Arbeitsbiografien vielfältiger, unsicherer und wechselvoller werden. Vollbeschäftigung heißt für uns daher, dass alle Menschen durch Arbeit zu gesellschaftlicher Teilhabe befähigt werden und ihren Lebensunterhalt aus eigenen Einkünften bestreiten können. Hierbei ist die Art der Arbeit unerheblich. Die sozialen Sicherungssysteme sind so umzubauen, dass alle Arten der Arbeit, ob in abhängiger Beschäftigung oder in Selbstständigkeit, in Phasen der Familien- oder Gemeinwesenarbeit oder Arbeit im öffentlichen Beschäftigungssektor, integriert werden. Hierdurch wird jeder Mensch für Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit abgesichert."
- 390) KDV TempSchön** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 36, Einfügung:
 Vor dem Hintergrund der sozialen Bedeutung von Arbeit und der wachsenden Bedeutung von Migrantinnen und Migranten für den Arbeitsmarkt unseres Landes muss eine Integrationspolitik erarbeitet werden, die auch für einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt und zu einer Ausbildung sorgt. Dazu müssen Kommunen und die staatliche Arbeitsverwaltung ihre Verantwortung auch für diese Bevölkerungsgruppe annehmen und in ein besseres staatliches Angebot umsetzen.
- 391) KDV Pankow** **Ablehnung**
Seite 36 Zeile 37 - 41
 Streiche Zeile 38: "auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit"
- 392) KDV Pankow** **Ablehnung**
Seite 36 Zeile 39 - 42
 Streiche Zeile 39-42: "Unsere Zukunft..." bis "...ist unser Wohlstand".
- 393) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 41 bis 42 den Satz, „Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto höher ist unser Wohlstand.“ Streichen
- 394) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 44 ändern: Die Erwerbsquoten sowohl von Älteren als auch Geringqualifizierten....
- 395) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 46 nach „...verdient“ die Worte „existenzsichernde Bezahlung sowie“ einfügen.
- 396) KDV Pankow** **Ablehnung**
Seite 36 Zeile 47 Ergänze in Zeile 47:
 Dort wo der Markt versagt und Menschen von gesellschaftlicher und ökonomischer Teilhabe drohen ausgeschlossen zu werden oder schon sind, muss der Staat Angebote sinnvoller und Existenz sichernder Arbeit schaffen.
- 397) KVV MarzHell** **Ablehnung**
Seite 36, nach Zeile 47 ergänzen:
 Dazu gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, von denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Vollbeschäftigung ohne staatlichen Zuschüsse leben können.
- 398) Jusos Berlin** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 47 einfügen nach „bieten“:
 Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Wer voll arbeitet, muss davon leben können. Deshalb wollen wir die flächendeckende Einführung von existenzsichernden Mindestlöhnen bei Stärkung der Tarifautonomie.

- 399) Jusos Berlin** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 47 ergänzen:
 Wo der Markt versagt und Menschen von gesellschaftlicher und ökonomischer Teilhabe drohen ausgeschlossen zu werden oder schon sind, muss der Staat Angebote sinnvoller und existenzsichernder Arbeit schaffen.
- 400) KDV TempSchön** **Ablehnung**
Seite 36, nach Zeile 47, Absatz einfügen:
 Wir wissen aber auch, dass heute ein anderer Begriff von Arbeit notwendig wird. Wir müssen zu einem erweiterten Arbeitsverständnis kommen, bei dem die strikte Trennung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit aufgegeben wird. Statt Arbeit nur als Erwerbsarbeit zu verstehen, brauchen wir auch einen Begriff von gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Gesellschaftlich notwendige Arbeit ist Arbeit in Erziehung und Haushalt, in Bürgerinitiativen und Nachbarschaftsheimen, im Bereich der Kultur, der Pflege, der Unterstützung und Beratung von Menschen. Diese Arbeit wird heute entweder unbezahlt meist von Frauen (vor allem in Erziehung und Haushalt) oder ehrenamtlich geleistet. Sie ist für den materiellen, kulturellen und geistigen Erhalt unserer Gesellschaft unerlässlich und muss in Zukunft neu bewertet werden.
- 401) KVV MarzHell** **Ablehnung**
Seite 36, bei Zeile 48 ergänzen:
 Schaffung wirksamer Eingliederungsmaßnahmen (z.B. Abbau von Überstunden, Kürzung der Wochenarbeitszeit) in Arbeitsplätze auf den ersten Arbeitsmarkt muss oberstes Ziel sein.
- 402) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 49: Umformulierung:
 Eine Politik für mehr Beschäftigung basiert auf vier Säulen: erstens ein qualitatives Wachstum, einen Vorsprung ...
- 403) KDV Pankow und Jusos Berlin** **Ablehnung**
Seite 36 Zeile 50 Einfügen nach "hohes Wachstum":
 einhergehend mit verantwortlichem und nachhaltigem Ressourcengebrauch
- 404) KDV Reinickendorf** **Ablehnung**
Seite 36, Zeile 50: „möglichst“ streichen und hinter „hohes“ einfügen: qualitatives
- 405) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 2 bis 4 ändern: Drittens sind für Menschen, die keine Chance auf Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt haben, öffentlich geförderte und gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze zu schaffen, die ihnen eine langfristige Perspektive bieten.
- 406) KDV TempSchön** **Annahme**
Seite 37, Zeile 5: Nach den Worten „...Arbeit nötig.“ wird folgender Satz eingefügt:
 Wir wollen den Weg freimachen für die Einrichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der kein zusätzlicher Arbeitsmarkt für schlecht bezahlte und niedrig qualifizierte Tätigkeiten sein darf. Vielmehr sollen hier Arbeitsplätze für gesellschaftlich notwendige Arbeit geschaffen werden, die bislang nur deshalb nicht gemacht wird, weil sie nicht in gewohnter Weise marktgängig ist.
- 407) Jusos Berlin** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 5 einfügen nach „nötig“:
 Dafür benötigen wir einen öffentlichen Beschäftigungssektor.
- 408) KDV TempSchön** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 7, anfügen:
 Wenn das Gesamtvolumen an Erwerbsarbeit durch Produktivitätsgewinne langfristig sinkt, muss die verbleibende Arbeit gerecht verteilt werden. Allen Forderungen nach einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit erteilen wir eine klare Absage.
- 409) KDV Reinickendorf** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 7 Einschub:
 Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich lehnen wir ab. Es besteht ein gewachsener gesellschaftlicher Bedarf an zusätzlichen personalintensiven öffentlichen Leistungen, besonders im Bildungs- und Betreuungsbereich sowie im Gesundheitswesen und der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Investitionen in diese gesellschaftlichen Aufgaben schaffen gleichzeitig Arbeitsplätze.
- 410) AfA Berlin und KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 37, einfügen nach Zeile 8:
 Wir wollen mit unserer sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik erreichen, dass sozialversicherungspflichtige Arbeits-

plätze entstehen, die ein Existenz sicherndes Einkommen gewährleisten.

411) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 37, Zeile 13 das Wort „Zielvorgaben“ durch das Wort „Vorgaben“ ersetzen und vor „gleichberechtigte Teilhabe“ das Wort „Erreichung“ einfügen

412) Abt. 76/ CharlWilm**Ablehnung**

Seite 37, Zeile 16 Einfügung:

Die SPD übersieht nicht, dass das Ziel Vollbeschäftigung engstens mit der Frage der Arbeitsbedingungen verbunden ist. So müssen wir heute feststellen, dass die organisierte Tariffucht der Arbeitgeber zunimmt. Nur noch $\frac{1}{3}$ der Beschäftigten im Westen, nur noch jeder 2. im Osten arbeitet auf der Basis eines Tarifvertrages.

Das Prinzip „ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag“, die Voraussetzung für die Durchsetzung der Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird aufgebrochen durch die systematische Politik des Heuern und Feuern, durch den Einsatz weitgehend rechtloser Leiharbeitskräfte an der Stelle der Stammebelegschaften. Die Reallohnverluste der zurückliegenden Jahre für die Belegschaften nahezu aller Branchen haben die Kaufkraft extrem geschwächt.

Armuts- und Niedriglohn und Lohndumping sind die Folge der willkürlichen Flucht aller Art aus den Tarifverträgen und deren Nichtrespektierung durch das Kapital. Im Respekt vor dem Tarifvertrag und der Demokratie, vor den unabhängigen, freien Gewerkschaften setzen wir uns ein für:

- Verbot der Tariffucht in jeglicher Form!
- Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge für alle betreffenden Beschäftigten!
- Respektierung der Gewerkschaft als unabhängige Tarifvertragspartei und demokratischen Garanten der Tarifvertrags-Rechte!

- 413) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 20 nach „verdoppeln“ einfügen:
auch wenn die Lebensqualität nicht in gleichem Maße steigt.
- 414) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 25 nach „...auf besseren Ideen,“ das Wort „Nachhaltigkeit“ einfügen
- 415) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 35 nach „...des Qualitätswettbewerbs“ einfügen:
und der nachhaltigen Entwicklung
- 416) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 43 nach „Lebensqualität steigern,“ einfügen:
das öffentliche Gesundheitswesen verbessern,
- 417) KDV Mitte** **Ablehnung**
Seite 37, Zeile 46 nach „...finden.“ anfügen:
Die Folgen neuer technischer Entwicklungen müssen vorausschauend erforscht werden.
- 418) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 38, Zeile 16 Der Text ist ab „Dazu“ wie folgt zu ändern bzw. zu ergänzen:
...exportieren lassen. Dazu müssen die Voraussetzungen, die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung bei der Neuentwicklung von Produkten oder deren Weiterentwicklung anzuwenden, optimiert werden. Das Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, Arbeitsplätze zu schaffen. Daher wollen wir existierende und neu zu gründende Unternehmen, die Innovationen zur Anwendung bringen und dabei neue Beschäftigung schaffen, besonders fördern.
- 419) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz, Absatz 1 auch KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 38, ab Zeile 24 Umformulierung:
Strategische Industriepolitik muss auch ökologische Industriepolitik sein. Der Gedanke der ökologischen Nachhaltigkeit ist kein Wachstumshemmnis, sondern kann und muss Motor für ein qualitatives Wachstum und Triebkraft für Innovation und Entwicklung sein.
- Eine strategische Industriepolitik muss auch die Zukunftssicherung unserer Lebensumwelt und aus Gründen der internationalen Solidarität auch die Entwicklungschancen weniger entwickelter Staaten und Regionen im Blick haben. Es wird deshalb zukünftig erforderlich sein, Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln und auch in der deutschen Industrie den CO₂ – Ausstoß bis 2020 um mindestens 40% zu verringern.
- 420) KVV Lichtenberg** **Ablehnung**
Seite 38, Zeile 26 neuen Satz nach „[...] Wachstumshemmnis, sondern Wirtschaftsmotor.“ einfügen:
Deutschland muss seine Spitzenposition im Bereich Umweltechnologie ausbauen und kann so den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt, wirtschaftliche Dynamik und die Schaffung von Arbeitsplätzen miteinander verbinden.
- 421) KDV CharlWilm** **Ablehnung**
S. 38, Zeile 26 Neufassung:
..., sondern kann und muss Motor für ein qualitatives Wachstum und Triebkraft für Innovation und Entwicklung sein.
Ablehnung
- 422) KDV Fr'hainKreuz** **Ablehnung**
Seite 38, Zeile 29 Neuformulierung des Satzes („Er kann als ...Impulse geben.“):
Er kann Leitmärkten entscheidende Impulse geben.
- 423) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz** **Ablehnung**
Seite 38, Zeile 32 Einschub:
.....und sich mit Partnerschaften mit Umweltverbänden, den Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Wissenschaften...
- 424) KDV StegZehl** **Ablehnung**
Seite 38, Zeile 37 Der Text ist wie folgt zu ändern:
Gerade die in den neuen Bundesländern gemachten Erfahrungen in den letzten Jahren gezeigt, wie aus Wissen neue Wirtschaft entsteht. Die hieraus entstandenen neuen innovativen industriellen Cluster haben zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in einer neuen Industriekultur beigetragen. Dies wollen wir auch in andere Regionen Deutschlands übertragen.
- 425) KDV Reinickendorf** **Ablehnung**
Seite 38, Zeile 40: hinter „im Osten Deutschlands“ Einschub:

Für ein nachhaltiges, ökologisches Wachstum, die „neue Wertschöpfung“

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt auch in Zukunft auf Wachstum. Es ist jedoch ein Irrtum, dass ein unspezifisches hohes Wachstum von selbst zu mehr Arbeitsplätzen und damit zu mehr Beschäftigung führt sowie die Lebensqualität erhöht.

Wir wollen kein unspezifisches, sondern ein selektives, ökologieorientiertes und soziales Wachstum, besonders in den Branchen, die unsere Lebensqualität steigern und die Ressourcen und Energie einsparen und somit den Klimawandel abmildern. Dazu zählt die Bereitstellung öffentlicher Güter im Sinne einer ökologischen und sozialen Daseinsfürsorge, beispielsweise der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, aber auch mehr Investitionen in den Bildungssektor und weitere qualifizierte personenbezogene Dienstleistungen.

Generell wollen wir verdeutlichen, dass Umweltbelastungen Kostenfaktoren für die Volkswirtschaft sind. Wir wollen damit erreichen, dass mehr in umweltfreundliche Produkte und Verfahren investiert wird. Deshalb werden wir Überlegungen unterstützen und vorantreiben, die ökologischen Faktoren in die Berechnung des Bruttosozialprodukts einzubeziehen und damit die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung durch ein Ökosozialprodukt darzustellen.

426) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 38, Zeile 40 nach „...Deutschlands.“ einfügen:

Bestandteil unserer ökologischen Industriepolitik sind auch regulatorische sowie marktbasierende Instrumente zur Eindämmung des Klimawandels sowie des andauernden Problems der Umweltzerstörung. Daneben wollen wir eine Politik, die Anreize für die Menschen setzt, sich umweltbewusst zu verhalten. Denn auch jeder Einzelne ist gefordert, die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung anzunehmen.

427) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 1 bis 2 nach „...attraktiver gemacht“ die Worte „und deren Praxis vereinfacht“ einfügen

428) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz**Ablehnung**

Seite 39, ab Zeile 8 bis 12 Ersetzung:

In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, trotz erheblicher Klimaschutzauflagen die wirtschaftliche Stabilität und Kontinuität zu erhalten. Besonders die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und steigendem Energieverbrauch in Deutschland und Europa wird erhebliche Anstrengungen erfordern.

Unsere Volkswirtschaft braucht stabile und qualitativ wachstumsfördernde Rahmenbedingungen für Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten. Darum muss die Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa die Konjunktur festigen und ein qualitatives Wachstum fördern.

Danach weiter ab Zeile 12

429) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 8 Ersetzung der Worte „Konsumentinnen und Konsumenten“ durch: private Haushalte

430) KDV CharlWilm**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 11 Neufassung:

... Konjunktur festigen und ein qualitatives Wachstum fördern, das beispielsweise von einer Entkoppelung der Wirtschaftsentwicklung vom Verbrauch fossiler Energierohstoffe ausgeht.

431) KDV Reinickendorf**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 11: ersetzen „kräftiges“ durch: qualitatives

432) KDV Spandau**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 15 – 16, Streichung „Wir setzen uns für Lohnsteigerungen ein, die sich an der Produktivität orientieren.“

433) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 16 bis 17 den Satz: „Im unteren Einkommensbereich brauchen wir Mindestlöhne.“ ändern in:

Im unteren Einkommensbereich brauchen wir Existenz sichernde Mindestlöhne.

434) KDV CharlWilm**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 16 Ersetzung (bis „Eine nachhaltige ...“):

Vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik ist die nationale Einführung eines für alle Branchen geltenden, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns, der es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglicht, ohne zusätzliche staatliche Hilfen über eine Vollzeitbeschäftigung ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

435) AfA Berlin**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 16 den 2. Satz (Im unteren...) streichen. Ersetzen durch:

Wir setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 € je Arbeitsstunde ein, der zukünftig entsprechend der Einkommensentwicklung erhöht wird. Über die Höhe der Anpassung entscheidet eine unabhängige Kommission, die sich aus VertreterInnen der Tarifparteien und Sozialverbände zusammensetzt.

436) KDV CharlWilm**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 27 Ersetzung (bis „Wir wollen ...“):

Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht zu einer maroden öffentlichen Infrastruktur führen, weder für die gegenwärtige noch für die nächsten Generationen.

437) Jusos Berlin**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 38-40 streichen:

Öffentlich-Private-Partnerschaften können ein Instrument sein, um nötige öffentliche Infrastrukturaufgaben zu realisieren.

438) KDV Spandau**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 38, umformulieren:

Öffentlich-Private Partnerschaften können *kein* Instrument sein, um nötige öffentliche Infrastrukturaufgaben zu realisieren.

439) KDV StegZehl**Annahme**

Seite 39, Zeile 38 bis 40 Ersetzen: Die Politik darf sich der Abwägung zwischen öffentlichen Investitionen und dem Schuldenstand öffentlicher Haushalte nicht dadurch entziehen, dass finanzielle Belastungen in Folgejahre verschoben werden. Public-Private-Partnership ist daher restriktiv zu handhaben.

440) AfA Berlin**Ablehnung**

Seite 39, in Zeile 38 nach ...beteiligten. folgenden Satz einfügen:

Wir werden uns für die dafür notwendigen gesetzlichen Änderungen, z. B. bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer, einsetzen, um die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zu realisieren.

441) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 40 nach „zu realisieren“ einfügen:

so lange das öffentliche Interesse bestimmend bleibt.

442) ASF Berlin**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 42 einfügen:

Dazu gehört für uns auch, dass die öffentlichen Finanzen geschlechtergerecht gestaltet werden und das Prinzip des Gender-Budgeting umfassend umgesetzt und angewandt wird.

443) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 47 am Ende des 3. Absatzes einfügen:

Dazu gehört für uns auch, dass die öffentlichen Finanzen geschlechtergerecht gestaltet werden und das Prinzip des Gender-Budgeting umfassend umgesetzt und angewandt wird.

444) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 50 nach „Wir halten am Ziel der“ das Wort „progressiven“ einfügen

445) KDV StegZehl und Abt. 09/StegZehl**Ablehnung**

Seite 39, Zeile 52 nach: "...Ziel der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit fest." einfügen:

"Hierzu wird es erforderlich sein, bestehende Steuerschlupflöcher zu schließen, um die Bemessungsgrundlagen der Besteuerung zu erhöhen. Durch effektivere Kontrollen ist der Steuerhinterziehung und -flucht entgegenzuwirken. Hierbei könnte die Schaffung einer bundeseinheitlichen Steuerverwaltung hilfreich sein. Die Bekämpfung von so genannten Steueroasen bedarf verstärkter Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft."

446) ASF Berlin und KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 40, Zeile 6 nach dem letzten Satz ergänzen:

Dazu gehören eine geschlechtergerechte Ausgestaltung des Steuerrechts und die Abschaffung des Ehegattensplittings.

447) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 40, Zeile 16 das Wort „Beteiligung“ durch das Wort „Teilnahme“ ersetzen

448) AfA Berlin und KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 40, in Zeile 22 anfügen:

Wir setzen uns dafür ein, dass die Investitionen für die berufliche Qualifikation von allen Beteiligten deutlich erhöht werden, um dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenwirken zu können.

449) KDV CharlWilm**Annahme**

Seite 40, Zeile 42, Ersetzung:

Wir wollen, dass Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich zum Lohn stärker am Firmenerfolg beteiligen, um so Innovation und Produktivität zu fördern. Mitarbeiterbeteiligungsmodelle als Elemente ökonomischer Teilhabe können aber niemals Bestandteil oder Ersatz eines Lohnanteils sein, sondern sind stets als zusätzliche Maßnahme zu verstehen. Nur so kann ausgeschlossen werden, dass da Unternehmensrisiko auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer übertragen wird.

450) KDV TempSchön**Ablehnung**

Seite 40, Zeilen 42/43 und 44 und Überschrift (Zeile 39/40):

Die Worte „wirtschaftliche Demokratie“ werden jeweils durch „Wirtschaftsdemokratie“ ersetzt.

451) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 41, Zeile 4 Streichung der Wörter „und verantwortungsvolle“

452) KDV Spandau**Ablehnung**

Seite 41, Zeile 15 bis 21, ersatzlose Streichung.

453) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 41, Zeile 20 bis 21 den Satz: „Das Unternehmensrisiko darf jedoch nicht auf die Arbeitnehmer übertragen werden“ wie folgt ergänzen:

Das diesbezügliche Unternehmensrisiko darf jedoch nicht auch noch auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer übertragen werden.

454) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 41, Zeile 26 bis 35 gesamten Absatz streichen

455) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 41, Zeile 26 vor „... Kultur“ das Wort „neue“ einfügen

456) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 41, Zeile 29 nach dem Satz „Unternehmen gründen.“ einfügen:

Projekte von innovativen Einstiegsunternehmern sollen gezielt gefördert und abgesichert werden.

457) KVV Lichtenberg**Ablehnung**

Seite 41, Zeile 35 neuen Satz nach „[...] gewordenen Wettbewerbsumfeld verbessern.“ einfügen:

Wir erkennen an, dass Einzelunternehmer und Freiberufler heute häufig finanziell und in Hinblick auf die soziale Sicherung schlechter gestellt sind als angestellte Arbeitnehmer. Sie bedürfen der gleichen solidarischen Absicherung ihrer Lebensrisiken wie wir sie den Arbeitnehmern selbstverständlich gewähren.

458) KDV StegZehl**Erledigt durch Annahme 459)**

Seite 41, Zeile 49 bis Seite 42, Zeile 2 Ersetzung:

Wir wollen die Chancen und Potentiale der Güter- und Kapitalmärkte für dauerhaftes qualitatives Wachstum, breiten Wohlstand und Beschäftigung nutzen. Der Globale Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist jedoch durch eine Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft geprägt. Die Renditeansprüche der Shareholder bestimmen im wachsenden Maße das Verhalten von Unternehmen und Regierungen und drängen gesellschaftliche Bedürfnisse zurück. Neue Finanzprodukte werden mit dem Zweck entwickelt, im globalen Maßstab auf den gesellschaftlich produzierten Mehrwert zuzugreifen. Der kurzfristige Kapitalabzug von Finanzinvestoren treibt ganze Volkswirtschaften in den Ruin. Der Finanzkapitalismus verschärft so die soziale Ungleichheit und die Krisenanfälligkeit der Weltwirtschaft.

459) KDV TempSchön**Annahme**

Seite 42, Zeilen 19 ff, Ersetzung „Um dies zu erreichen, ... Institutionen gemeinsam handeln.“ durch:

Die Stabilitätskriterien nationaler und internationaler Finanzmärkte müssen politischer Kontrolle unterliegen, damit das große ökonomische Potential dieser Märkte im Sinne einer sozialen und ökologischen Entwicklung genutzt werden kann. Ziel einer Regulierung des internationalen Finanzsystems muss es sein, den Kapitalverkehr angemessen zu besteuern, langfristige Investitionen zu fördern und die volkswirtschaftlichen Risiken von Spekulationsgeschäften zu begrenzen. Dazu müssen in Abstimmung und Auseinandersetzung mit anderen Staaten und internationalen Institutionen Schritte wie mehr Transparenz im internationalen Finanzsystem, bessere internationale Bankenregulierung, Kontrolle von so genannten Offshore-Finanzzentren und Verhaltensregeln für Einrichtungen wie Hedge-Fonds eingeleitet werden. Bereiche der Daseinsvorsorge müssen vor dem Zugriff durch Finanzspekulationen geschützt werden.

460) AfA Berlin**Ablehnung****Seite 42, in Zeile 25** einfügen:

Wir setzen uns in der internationalen Gemeinschaft in allen relevanten Institutionen und Gremien für die Entwicklung eines Modells zur Besteuerung der Gewinne der Finanzmärkte ein. Die Steuereinnahmen sollen dazu genutzt werden, die negativen Auswirkungen und Fehlentwicklungen für die Natur und die Menschen auszugleichen.

461) KDV Mitte**Ablehnung****Seite 42, Zeile 24** am Ende des 3. Absatzes anfügen:

Wir setzen uns in der internationalen Gemeinschaft in allen relevanten Institutionen und Gremien für die Entwicklung eines Modells zur Besteuerung der Gewinne der Finanzmärkte ein. Die Steuereinnahmen sollen dazu genutzt werden, die negativen Auswirkungen und Fehlentwicklungen für die Natur und die Menschen auszugleichen.

462) KDV Mitte**Ablehnung****Seite 42, Zeile 28** nach „...ihre besondere Rolle“ das Wort: „unbedingt“ einfügen**463) KDV StegZehl****Ablehnung****Seite 42, Zeile 32** Ergänzung:

Daneben wollen wir sicherstellen, dass gerade kleinen und mittleren Unternehmen besondere Förderinstrumente zu Verfügung gestellt werden, um mittel- bis langfristige Finanzierungslösungen zu finden. Diese wertvolle Stütze unserer Wettbewerbsfähigkeit wollen wir so ausbauen.

464) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung****Seite 42, Zeile 36** Umformulierung des Satzes („Der Sozialstaat ...gerechter Verteilung.“):

Der Sozialstaat ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen und den gesellschaftliche Wohlstand sowie dessen gerechter Verteilung.

465) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 42, Zeile 37:** Ersetzen „nachhaltiges“ durch: ökologisch vertretbares**466) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz****Ablehnung****Seite 42, Zeile 37** Einschub:

... Verantwortung für ein nachhaltiges, d.h. ökologisch vertretbares und stabiles Wachstum. ...

467) KDV Mitte**Ablehnung****Seite 42, Zeile 45** nach „EU-Mitgliedsstaaten“ einfügen:

und für das Engagement für die weltweite Einhaltung der Mindestnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (z.B. Ausschluss von Kinderarbeit) sowie faire Handelsbedingungen auch gegenüber Entwicklungsländern

468) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung****Seite 42, Zeile 49/50** Streichung der Wörter „- mindestens auf europäischer Ebene -“**469) KDV Mitte****Ablehnung****Seite 42, Zeile 54** vor „Verantwortungsbewusste“ die Worte „Gut informierte und“ einfügen**470) KDV Fr'hainKreuz****Ablehnung****Seite 42, Zeile 54** Ersetzung der Worte „Konsumentinnen und Konsumenten“ durch: private Haushalte**471) KDV Mitte****Ablehnung****Seite 43, Zeile 18 bis 19** nach „umfassende Verbraucherbildung“ die Worte: „schon von Schule an“ einfügen.

4.6 DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT**472) Abt 76/ CharlWilm****Annahme**

Seite 43, Zeile 28 Ersetzung Überschrift:

Sozialstaat und öffentliche Daseinsvorsorge**473) KDV Mitte****Ablehnung**

Seite 43, Zeile 18 bis 19 nach „umfassende Verbraucherbildung“ die Worte: „schon von Schule an“ einfügen.

474) Abt 76/ CharlWilm**Ablehnung**

Seite 43, Zeile 36 („Der Sozialstaat leistet...“) bis Seite 44, Zeile 6 Ersetzung:

Der im Grundgesetz verankerte Sozialstaat geht aus von dem Recht des Bürgers auf öffentliche Daseinsvorsorge. Dieses Recht der Bürger wurde nach 1945 in Deutschland entwickelt und ist einzigartig in Europa. Die Richtlinien der EU (zu den Dienstleistungen von allgemeinen Interesse (DAI), zu den Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI), die Dienstleistungsrichtlinie und der EU-Verfassungsentwurf) weisen in die falsche Richtung und bedeuten in der Praxis in Deutschland eine allgemeine Privatisierung von Post, Telekom, Nah- und Fernverkehr, Strom, Wasser und Gas, Gesundheitswesen und Bildung. Die deutsche Sozialdemokratie verteidigt dagegen das Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge und tritt dafür ein dass diese in einem vereinten Europa verbindlich wird. Dazu gehört auch der Kampf gegen die weitere Privatisierung und Ausgliederung von Betriebsteilen aus Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasser, Gesundheitswesen, Bildung.

Die von Arbeitnehmervertretern, Regierungen und Arbeitgeberverbänden in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) seit 1919 erarbeiteten Konventionen sind internationale Regelungen von Arbeitsbedingungen und für viele Länder die einzige Referenzmöglichkeit für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften. Die SPD betont ihre Bedeutung, lehnt ihre Ersetzung durch Kernarbeitsnormen ab, wird keinerlei weiteren Deregulierung zustimmen und tritt für ihre Umsetzung in allen Ländern ein.

475) KDV StegZehl**Annahme**

Seite 43, Zeile 40 Umformulierung:

In der Solidargemeinschaft stehen die Generationen füreinander, die Reichen für die Armen, die Gesunden für die Kranken....

476) KDV Fr'hainKreuz**Annahme**

Seite 43, Zeile 42 bis 46 Umformulierung des Satzes („Im Zentrum ... und Arbeitnehmer.“):

Im Zentrum des Sozialstaats stehen staatliche verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

477) KDV CharlWilm**Erledigt durch Annahme 476)**

Seite 43, Zeile 46, Ergänzung:

Diese verbürgte soziale Sicherung wird auch der vorsorgende Sozialstaat erhalten; Vorsorge und Nachsorge sind für uns komplementäre Strategien, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

478) KDV Mitte**Erledigt durch Annahme 476)**

Seite 43, Zeile 46 am Ende des Absatzes einfügen:

Grundlage dieses Systems ist auch zukünftig die Sozialversicherung welche Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen gleichermaßen in die Verantwortung nimmt.

479) AfA Berlin**Erledigt durch Annahme 476)**

Seite 43, in Zeile 47 einfügen:

Auf der Basis unserer Verfassung (Artikel 20 GG) ist die Grundlage dieses Systems auch zukünftig die Sozialversicherung mit den Säulen Renten, Kranken, Pflege und Arbeitslosenversicherung, weil dadurch Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen gleichermaßen in ihrer Verantwortung für die gesellschaftliche Solidarität verpflichtet werden.

480) KDV CharlWilm**Ablehnung**

Seite 43, Zeile 47 Ergänzung:

Neue Zwischenüberschrift:

Vorsorgender Sozialstaat und öffentliche Daseinsvorsorge**481) KDV Mitte****Ablehnung**

Seite 43, Zeile 52 die Worte „nicht nur“ streichen

482) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 43, Zeile 52 „sonder auch falsch“ streichen und ersetzen durch:

und widerspricht sozialdemokratischen Grundwerten.

483) KDV Fr'hainKreuz **Ablehnung**
Seite 43 Zeile 54 bis Seite 44 Zeile 2 Streichung des Satzes („Gerade in Anbetracht...zu gewährleisten.“)

484) KDV Mitte **Annahme**
Seite 43, Zeile 53 bis Seite 44, Zeile 4 „Nur eine Gesellschaft.....mobil zu sein.“ streichen und ersetzen durch:
Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Sozialstaat mehr als Hilfe in der Not. Er bietet solidarische Unterstützung für alle und hilft, dass jeder in der Gesellschaft das Bestmögliche leisten kann. Er bietet Teilhabe für alle und vermittelt die Gewissheit, dass die elementaren sozialen Lebensrisiken für alle Menschen abgesichert sind und befähigt sie damit selbst, engagiert und flexibel Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

485) KDV CharlWilm **Annahme**
Seite 44, Zeile 6, Ergänzung:
Die deutsche Sozialdemokratie verteidigt das System der öffentlichen Daseinsvorsorge und tritt dafür ein, dass diese in einem vereinten Europa verbindlich wird. Dazu gehört auch der Kampf gegen die weitere Privatisierung und Ausgliederung von Betriebsteilen aus Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge.

486) KDV TempSchön **Annahme**
Seite 44, Zeilen 11 – 49, Streichung „Er befähigt...“ bis einschließlich „Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit“.
Weiter dann mit Zeile 50 „Er verfolgt die drei zentralen Ziele...“.

487) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 486)**
Seite 44, Zeile 13 Ersetzung des Wortes „Ziele“ durch:
Maßnahmen

488) ASF Berlin und KDV Mitte **Erledigt durch Annahme 486)**
Seite 44, Zeile 17 ergänzen:
Er schätzt vorausschauend ab, welche Wirkungen die Handlungen und Maßnahmen auf Frauen und Männer haben und handelt auf der Grundlage der Strategien von Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting.

489) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 486)**
Seite 44, Zeile 21 – 22 Streichung des Satzes („Präventive und ... bei.“).

490) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 486)**
Seite 44, Zeile 22 bis 25 Umformulierung des Satzes („Zugleich sichert ... Altersvorsorge.“):
Der vorsorgende Sozialstaat sichert die großen Lebensrisiken, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit solidarisch ab und garantiert die Altersvorsorge.

491) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 486)**
Seite 44, Zeile 31/32 Streichung des Satzes („Dabei überwindet ...“)

492) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 486)**
Seite 44, Zeile 37 bis 39 Streichung des Satzes („Schon im ...gestalten.“)

493) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 486)**
Seite 44, Zeile 39/40 Ersetzung der Wörter „In diesem Sinne gehören zum Vorsorgenden Sozialstaat“ durch:
Zum Vorsorgenden Sozialstaat gehören ...

494) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 486)**
Seite 44, Zeile 50 Ersetzung des Wortes „der“ durch: „:“ (Doppelpunkt)

495) KDV Reinickendorf **Ablehnung**
Seite 45, Zeile 19: hinter „Kompetenzen.“ Einschub:
Ein Regulator zur Einführung gegen Überschuldung ist nötig.

496) KDV Fr'hainKreuz **Ablehnung**
Seite 45, Zeile 17 bis 19 Neuformulierung des Satzes („Grundlagen von...“):
Grundlage von Sicherheit sind nicht nur Arbeit, materielle Güter und Rechtsansprüche. Zur Selbstsicherheit gehören auch individuell und kulturell erworbene Kompetenzen.

497) KDV Fr'hainKreuz **Erledigt durch Annahme 502)**
Seite 45, Zeile 21 Ersatz des Satzes („Damit wir ...anknüpfen.“) durch folgende Sätze :

Gerechtigkeit und Solidarität sind die Prinzipien der Finanzierung unseres Sozialstaates. Die einseitige Belastung der abhängig Beschäftigten bei der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ist weder sozial gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll. Auch weiterhin werden die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen die zentrale Säule unseres Sozialstaates bleiben. Wir wollen die paritätisch finanzierten Beiträge durch eine höhere und nachhaltige gesicherte Steuerfinanzierung ergänzen. Dabei gilt für uns die Regel: Der Anteil der Beiträge muss sinken, und der Anteil der Steuern muss steigen, um eine gerechtere, ergiebigere und nachhaltigere Finanzierung des Sozialstaates zu ermöglichen. Damit wir diese Ziele erreichen können, muss der Vorsorgende Sozialstaat verstärkt am Bürgerstatus und weniger am Erwerbsstatus anknüpfen.

498) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung****Seite 45 Zeile 32 bis 35** Umformulierung der Sätze („Diese können ...für alle.“)

Diese müssen vom Staat bereitgestellt und können durch Freie Wohlfahrtsverbände und privaten Initiativen ergänzt werden. Dabei sichern staatlich gesetzte Rahmenbedingungen die Qualität sowie den freien und gleichen Zugang für alle. Wir werden die Teilhabe der Menschen so früh wie irgend möglich fördern sowie Bildung und Erziehung unserer Kinder in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Dafür bedarf es der besseren Qualifizierung, Förderung und gesellschaftlichen Wertschätzung derjenigen, die in öffentlichen Einrichtungen wie den Kindertagesstätten, Schulen oder Tagespflegestellen wirken.

499) Jusos Berlin**Annahme****Seite 45, Zeile 35** einfügen nach „...gleichen Zugang für alle.“:

Um diese Ziele zu erreichen treten wir für den Ausbau und die Sicherung des Öffentlichen Beschäftigungssektors ein.

500) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 499)****Seite 45, Zeile 35, anfügen:**

Um diese Ziele zu erreichen treten wir für den Ausbau und die Sicherung des Dritten Sektors ein.

501) AfA Berlin**Erledigt durch Annahme 502)****Seite 45: Die Zeilen 45 bis 48** ab „dabei gilt...“ streichen. In **Zeile 49** einfügen:

Die SPD strebt die paritätische Finanzierung der Sozialversicherung an.

502) KDV Mitte**Annahme****Seite 45, Zeile 45 bis 48** den Satz „Dabei gilt...zu ermöglichen.“ ersetzen durch:

Die SPD hält an dem Ziel der paritätisch finanzierten sozialen Sicherung fest.

503) Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 502)****Seite 45, Zeile 46** ersetze „Anteil der Beiträge“ durch:

Anteil der ArbeitnehmerInnenbeiträge

504) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 46, Zeile 9:** hinter „soziale Risiken“ einfügen:

und damit verbundene Ängste

505) KVV TrepKöp und Abt. 03, 07 und 11 /TrepKöp**Annahme****Seite 46, Zeilen 12-14** Streichen des 6. Satzes („Gleiche Arbeit muss ... Arbeit von Frauen.“) und Ersetzen durch folgende Sätze:

Die Flexibilisierung der Arbeitswelt darf insbesondere nicht dazu führen, dass die elementaren Schutzrechte der Arbeitnehmer ausgehöhlt und beseitigt werden. Das eherne Grundprinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss für Frauen und wieder für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Betriebsstätte, also Festangestellte und Leiharbeiter, verbindlich gelten. Zeitarbeit ist akzeptabel, solange sie zur Abdeckung von Auftragsspitzen und Engpässen aufgrund von Urlaub und Erkrankungen dient. Sie ist inakzeptabel, wenn sie zum dauerhaften Instrument von Lohn- und Sozialdumping missbraucht wird.

506) KDV CharlWilm**Ablehnung****Seite 46, Zeile 21 ff.** Ergänzung:

Wirtschaftlicher Strukturwandel und gesellschaftliche Veränderungen können dazu führen, dass einzelne Mitglieder unserer Gesellschaft von Ungerechtigkeiten und sozialen Problemen betroffen sind, für die sie nicht verantwortlich sind. Es ist das Wesen von marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftssystemen, dass sie Ungleichheiten hervorbringen. Dabei lässt sich vorab nicht immer bestimmen, welche Maßnahmen ein Einzelner zu ergreifen hat, um nicht in soziale Nöte zu kommen. Präventive Maßnahmen des Vorsorgenden Sozialstaates können deshalb das System verbürgte soziale Sicherung ergänzen, aber nicht ersetzen.

507) KDV CharlWilm**Annahme****Seite 46, Zeile 25 ff.** Ergänzung:

Dazu gehört auch, dass die Gesellschaft dem einzelnen die Möglichkeit gibt, seine Leistung einzubringen.

508) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 46, Zeile 27 Einschub (nach ..."von Frauen"):jungen Berufsanfängern,

509) KDV CharlWilm**Ablehnung**

Seite 46, Zeile 34 ff. Ergänzung:

Damit die steigende Wirtschaftskraft auch zu finanzieller Stabilität der sozialen Sicherungssysteme führt, werden wir den Anstieg sozialversicherungsfreier Beschäftigungsverhältnisse stoppen und bestehende Befreiungen auf den Prüfstand stellen.

510) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 511)**

Seite 46, Zeile 36 Ersetzung des Wortes „nützlicher“ durch: sinnvoller

511) ASF Berlin und KDV Mitte**Annahme**

Seite 46, Zeile 39 (nach „... nützlicher Arbeit teilhaben können.“) ergänzen:

Dazu gehört auch, dass die bisherige Teilung und unterschiedliche Anerkennung von Sorgearbeit, Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit aufgehoben wird.

512) AfA Berlin**Annahme**

Seite 46, Zeile 40 neuen Absatz einfügen:

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich bietet die Chance, die vorhandene Arbeit solidarischer zu verteilen, sichert Arbeitsplätze und kann zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitragen. Wir unterstützen und begrüßen entsprechende Initiativen der Tarifparteien.

513) KDV Spandau**Annahme**

Seite 46, Zeile 45 bis 50, umformulieren:

Die Arbeitszeitpolitik der Zukunft muss auch dem Gesundheitsschutz, den Bedürfnissen der Beschäftigten nach mehr Zeitautonomie und Qualifizierungschancen sowie nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf entsprechen.

514) KDV Mitte**Erledigt durch Annahme 513)**

Seite 46, Zeile 45 nach „...Zukunft muss...“ das Wort „einerseits“ einfügen und in Zeile 47 die Worte „in gleicher Weise“ durch das Wort „andererseits“ ersetzen.

515) KDV Mitte**Erledigt durch Annahme 513)**

Seite 46, Zeile 50 nach „...Beruf entsprechen.“ folgende Sätze einfügen:

Arbeitszeitverkürzung kann die Chance bieten, die vorhandene Arbeit solidarischer zu verteilen, Arbeitsplätze zu sichern und zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitragen. Wir unterstützen und begrüßen entsprechende Initiativen der Tarifparteien.

516) AfA Berlin**Annahme**

Seite 47, in Zeile 26 einfügen:

Dafür brauchen wir auf eine paritätisch finanzierte öffentlich rechtliche Arbeitsverwaltung, die aus einer Hand die notwendige Beratung, Betreuung und Vermittlung der Arbeitnehmer/innen gewährleistet. Dabei muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und die erforderlichen Dienste und Leistungen sind an einer Stelle von der Arbeitsverwaltung zu erbringen.

517) KVV TrepKöp und Abt. 07/ TrepKöp**Annahme**

Seite 47, vor Zeile 27 wird folgender Satz (als eigener Absatz) eingefügt:

Wir wollen, dass arbeitende Menschen ein Existenz sicherndes Einkommen durch Arbeit erzielen können. Deshalb treten wir für einen gesetzlichen Mindestlohn ein.

518) KDV CharlWilm**Annahme**

Seite 47, Zeile 33 Neufassung:

Aktive Arbeitsmarktpolitik kann Beschäftigungspolitik ergänzen, aber nicht ersetzen.

519) KDV Fr'hainKreuz und Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 502)**

Seite 48, Zeile 5, einfügen zwischen „...Gesundheitswesen finanzieren.“ und „Jedoch ist...“:

Aus diesem Grund lehnen wir einseitig die Arbeitnehmer belastende Beiträge ab.

520) KDV Reinickendorf**Ablehnung**

Seite 48, Zeile 30: streichen „dem sich ändernden Bedarf“ und ersetzen durch: den aktuellen medizinischen Standards

521) KDV Fr'hainKreuz und Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 511)****Seite 48, Zeile 35** Einfügung des Satzes (nach „Wir wollen ... bleibt.“)

Um dies zu unterstützen, sind erbrachte Pflegezeiten von Familienangehörigen in der Altersvorsorge anzurechnen.

522) KDV StegZehl**Ablehnung****Seite 48, Zeile 37** ergänzen:

Menschen bedürfen der besonderen Solidarität und Hilfe am Lebensende. Jeder Mensch hat den Anspruch auf ein selbst bestimmtes Sterben in Würde. Dazu gehört die flächendeckende Einrichtung und Förderung von Palliativstationen und Hospizen.

523) AG 60 plus, KDV TempSchön**Ablehnung****Seite 48, Zeile 40 bis Seite 49, Zeile 21** „Sicher und aktiv im Alter“ Ersetzung:**Ältere Menschen gestalten aktiv die Gesellschaft**

Wir stehen vor einem tief greifenden demografischen Wandel, den wir im Sinne sozialer Demokratie gestalten wollen. Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft des längeren Lebens sein. Die Menschen leben länger und bleiben länger gesund. Aber die Strukturen unserer Gesellschaft stammen aus einer Zeit, in der nur wenige Menschen ein hohes Alter erreichten. Eine auf junge und mittlere Generationen fixierte Gesellschaft verzichtet nicht nur auf gesellschaftlich wichtige Beiträge älterer Menschen, sie diskriminiert sie auch bewusst oder unbewusst. Wir wollen, dass ältere Menschen aktiv und kreativ am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können.

Wir engagieren uns gegen eine Diskriminierung von Menschen wegen ihres Alters. Wir wollen die angemessene Teilhabe am Gemeinwesen allen ihren Mitgliedern vorbehaltlos ermöglichen. Wir wollen gesellschaftliche Strukturen schaffen, die von einem langen Leben und dem Älterwerden der Bevölkerung als Normalfall ausgehen.

Die Chancen des demografischen Wandels werden in unserer Gesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt. Wir wollen einerseits die Potenziale der älteren Generation in das gesellschaftliche und berufliche Leben einbeziehen und andererseits auf die Bedürfnisse der körperlich und geistig behinderten älteren Menschen eingehen.

Das Wissens- und Leistungspotenzial der älteren Menschen ist in einer modernen Leistungsgesellschaft unverzichtbar. Durch Teilhabe am „Lebenslangen Lernen“ können auch ältere ArbeitnehmerInnen den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt gewachsen bleiben. Wir wollen eine längere Teilnahme älterer Arbeitskräfte am Arbeitsleben. Das ehrenamtliche Engagement von SeniorInnen bedarf nachhaltiger Unterstützung. Das betrifft sowohl die finanzielle Aufwandsentschädigung als auch die versicherungsmäßige Absicherung bei Unfällen.

Gemessen an ihren Anteilen an der Gesamtbevölkerung ist eine unzureichende Repräsentanz Älterer in den entscheidungsbefugten Gremien, insbesondere in den Parlamenten, festzustellen. Politische Entscheidungen, Gesetze etc. werden oft ohne Mitwirkungsmöglichkeiten über die Köpfe der Älteren hinweg beschlossen. Auf ihren Beitrag zum gesamten gesellschaftlichen Leben wird verzichtet. Die aktive politische Teilhabe älterer Menschen an den Entscheidungsprozessen ist in einer demokratischen Gesellschaft zwingend.

Die Zahl alt gewordener MigrantInnen ist in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen. Sie verfügen über Kompetenzen und soziale Ressourcen, die bisher in der Gesellschaft ungenutzt blieben. Sie haben aber auch Anspruch auf eine ihren besonderen Bedürfnissen entsprechende gleichberechtigte Teilhabe am Altenhilfesystem unabhängig von ihrer kulturellen oder ethnischen Herkunft.

Ältere Menschen sind potenziell Lernende und Lehrende zugleich. Ihr in Jahrzehnten erworbenes Expertenwissen und ihre Erfahrungen können und sollen sie jüngeren Jahrgängen verfügbar machen. Ältere Menschen haben, wie alle anderen auch, Anspruch auf lebenslanges Lernen. Volkshochschulen sollen als staatliche Träger der Weiterbildung eine besondere Verantwortung für Angebote, die spezifisch auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind, übernehmen.

Wir wollen die soziologische, ökonomische und medizinische Altersforschung in Deutschland ausbauen. Sie ist unverzichtbar für die Gestaltung einer altersfreundlichen Gesellschaft, die das große Potenzial der älteren Generation zu nutzen versteht.

Wir wollen, dass ältere Menschen ihr Leben frei von materieller Not gestalten können. Damit der Lebensstandard auch zukünftig im Alter gesichert ist, muss die gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule der Alterssicherung bleiben. Sie muss allerdings durch zusätzliche Einkünfte aus betrieblicher Alterssicherung sowie freiwilliger, aber staatlich geförderter privater Vorsorge ergänzt werden. Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung von einer Versicherung der abhängig Beschäftigten zu einer Erwerbstätigenversicherung für alle weiterentwickeln, in die auch Selbständige sowie Beamtinnen und Beamte einbezogen sind. Dabei halten wir am Erwerbseinkommen als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

„Eine Gesellschaft des längeren Lebens als Chance begreifen“ – das bedeutet auch, entsprechende gesundheitspolitische Schwerpunkte zu setzen. Geriatriische Kenntnisse müssen zwingend zum Inhalt der fachlichen Fortbildung gehören. Für das Vierte Lebensalter wollen wir den gesamten Dienstleistungssektor des Alters einschließlich des Gesundheits- und Pflegesystems verbessern. Dieser Dienstleistungssektor gehört als produktiver Wirtschaftsfaktor zu den Entwicklungsmotoren einer modernen Gesellschaft.

Wir wollen Wohnformen schaffen und fördern, die die Vereinsamung älterer Menschen verhindern. Menschen sollen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können. Wir wollen, dass der Anteil altengerechter Wohnungen steigt, damit der Wunsch nach selbst bestimmtem Wohnen älterer Menschen erfüllt werden kann. Wohneinrichtungen für behinderte Menschen müssen öffentlich effektiv kontrolliert werden. Generationenübergreifende Wohnformen müssen kreativ entwickelt werden. Wir wollen, dass auch behinderte Menschen, ob alt oder jung, am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Unsere Gesellschaft muss lernen, pflegebedürftige Menschen wieder in ihre Mitte zu nehmen, ihnen ein Leben und Sterben in Würde zu ermöglichen.

524) KDV Mitte**Annahme i.d.F.d.AK:**

Seite 48, Zeile 42 bis 49 den Absatz ersetzen durch:

Ältere Menschen gestalten aktiv die Gesellschaft

Wir stehen vor einem tief greifenden demografischen Wandel, den wir im Sinne sozialer Demokratie gestalten wollen. Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft des längeren Lebens sein. Die Menschen leben länger und bleiben länger gesund. Aber die Strukturen unserer Gesellschaft stammen aus einer Zeit, in der nur wenige Menschen ein hohes Alter erreichten. Eine auf junge und mittlere Generationen fixierte Gesellschaft verzichtet auf gesellschaftlich wichtige Beiträge älterer Menschen. Wir wollen, dass ältere Menschen aktiv und kreativ am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können. Die aktive politische Teilhabe älterer Menschen an den Entscheidungsprozessen ist in einer demokratischen Gesellschaft zwingend.

Wir engagieren uns gegen eine Diskriminierung von Menschen wegen ihres Alters. Wir wollen gesellschaftliche Strukturen schaffen, die von einem langen Leben und dem Älterwerden der Bevölkerung als Normalfall ausgehen. Wir wollen einerseits die Potenziale der älteren Generation in das gesellschaftliche und berufliche Leben einbeziehen und andererseits auf die Bedürfnisse der körperlich und geistig behinderten älteren Menschen eingehen.

Das Wissens- und Leistungspotenzial der älteren Menschen ist in einer modernen Leistungsgesellschaft unverzichtbar. Durch Teilhabe am „Lebenslangen Lernen“ können auch ältere Arbeitnehmer/-innen den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt gewachsen bleiben. Wir wollen eine längere Teilnahme älterer Arbeitskräfte am Arbeitsleben. Auch darüber hinaus haben Ältere Menschen, wie alle anderen auch, Anspruch auf lebenslanges Lernen. Das ehrenamtliche Engagement von Senior(inn)en bedarf nachhaltiger Unterstützung.

Die Zahl alt gewordener Migrant(inn)en ist in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen. Sie verfügen über Kompetenzen und soziale Ressourcen, die bisher in der Gesellschaft ungenutzt blieben. Sie haben aber auch Anspruch auf eine ihren besonderen Bedürfnissen entsprechende gleichberechtigte Teilhabe am Altenhilfesystem unabhängig von ihrer kulturellen oder ethnischen Herkunft.

Wir wollen die soziologische, ökonomische und medizinische Altersforschung in Deutschland ausbauen. Sie ist unverzichtbar für die Gestaltung einer altersfreundlichen Gesellschaft, die das große Potenzial der älteren Generation zu nutzen versteht.

„Eine Gesellschaft des längeren Lebens als Chance begreifen“ – das bedeutet auch, entsprechende gesundheitspolitische Schwerpunkte zu setzen. Geriatrie Kenntnisse müssen zwingend zum Inhalt der fachlichen Fortbildung gehören. Für das Vierte Lebensalter wollen wir den gesamten Dienstleistungssektor des Alters einschließlich des Gesundheits- und Pflegesystems verbessern. Dieser Dienstleistungssektor gehört als produktiver Wirtschaftsfaktor zu den Entwicklungsmotoren einer modernen Gesellschaft.

Wir wollen Wohnformen schaffen und fördern, die die Vereinsamung älterer Menschen verhindern. Menschen sollen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können. Wir wollen, dass der Anteil altengerechter Wohnungen steigt, damit der Wunsch nach selbst bestimmtem Wohnen älterer Menschen erfüllt werden kann. Wohneinrichtungen für behinderte Menschen müssen öffentlich effektiv kontrolliert werden. Generationenübergreifende Wohnformen müssen kreativ entwickelt werden. Wir wollen, dass auch behinderte Menschen, ob alt oder jung, am gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Unsere Gesellschaft muss lernen, pflegebedürftige Menschen wieder in ihre Mitte zu nehmen, ihnen ein Leben und Sterben in Würde zu ermöglichen.

525) KVV TrepKöp und Abt. 07, 10, 11 und 13 /TrepKöp**Erledigt durch Annahme 524)**

Seite 48, Zeilen 30-32 und 37, 38 werden der 3. und 6. Satz gestrichen („Unser Pflegebegriff ... ausrichten.“ „Menschen bedürfen ... am Lebensende.“) und durch folgenden Satz hinter dem 2. Satz ersetzt:

Hierfür wollen wir den Gedanken des vorsorgenden Sozialstaats auch auf die Pflegeversicherung übertragen. Zur Prävention und Abmilderung von Pflegebedürftigkeit wollen wir die Vernetzung des Gesundheitswesens, des Sozialwesens und der entsprechenden privaten und öffentlichen Träger im Rahmen eines umfassenden Fall-Managements („Case Management“). Der Mensch steht im Mittelpunkt. Daher muss sich der Pflegebegriff an der individuellen ganzheitlichen aktivierenden Pflege orientieren. Wir wollen, dass präventive Maßnahmen sowie erfolgreiche Pflegearbeit, die zu einer nachhaltigen und langfristigen Verbesserung des Gesundheitszustandes der Patienten führen, gesellschaftlich anerkannt und wirtschaftlich belohnt werden.

526) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 524)**

Seite 48, Zeile 42/43 Streichung des Satzes („Die Gesellschaft ... sein.“)

527) KVV Lichtenberg

Erledigt durch Annahme 524)

Seite 49, Zeile 3 neuen Absatz nach „[...] Vorsorge ergänzt werden.“ einfügen:

Die verschiedenen Generationen werden in Zukunft noch viel stärker miteinander leben müssen, um die Herausforderung des demographischen Wandels gemeinsam zu bewältigen. Wir wollen generationsübergreifende Projekte fördern und dafür sorgen, dass die öffentliche und private Infrastruktur auch den Bedürfnissen älterer Menschen Rechnung trägt. Ein hoher Grad der Barrierefreiheit von Angeboten und Dienstleistungen ist unser Anspruch. Nur so ist die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung gewährleistet.

528) KDV CharlWilm

Erledigt durch Annahme 524)

Seite 49, Zeile 21 Ergänzung:

Wir werden sicherstellen, dass durch soziale Grundsicherung gesellschaftliche Teilhabe in jeder Lebensphase möglich ist.

529) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 49, Zeile 21, anfügen:

Daher fordern wir die Einführung einer gesetzlichen Mindestrente.

530) KDV StegZehl

Ablehnung

Seite 49, Zeile 38 Ergänzung: ...

und in vielfältigen Angeboten von Kultur, Bildung und für Sport und Freizeit.

531) KDV StegZehl

Annahme

Seite 50, Zeile 2 bis 3 ergänzen:

Sozialdemokratische Politik unterstützt dieses Engagement der Kommunen, setzt sich für bezahlbaren, den jeweiligen Bedürfnissen und Erfordernissen angemessenen Wohnraum und ein entsprechendes Wohnumfeld ein und schützt die Rechte der Mieter. Sie fördert darüber hinaus Modelle zum Wohnen im Alter und bei Behinderungen.

4.7 BILDUNG IN DER LERNENDEN GESELLSCHAFT

532) FA V / Stadt des Wissens

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 50, Zeile 5 bis Seite 53, Zeile 55 Ersetzung durch:

4.7 Bildung in der lernenden Gesellschaft

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen wir eine besondere Verantwortung dafür, eine gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren. Die Chancengleichheit aller beim Zugang zur Bildung - unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter und Einkommen - ist eine Grundfrage sozialer Gerechtigkeit und Voraussetzung für die Entwicklung der Gesellschaft. Die Herausforderungen der demographischen Entwicklung, der zunehmenden Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs können wir nur meistern, wenn wir unser Bildungssystem weiter ausbauen und besser qualifizieren. Wir wollen die Ausbildung für den vorschulischen Bereich ebenfalls an die Hochschulen verlagern.

Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Zukunft geht vor allem von Kindern aus. Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung eröffnet Wege zur Selbstverwirklichung und zur Teilhabe an der Gesellschaft für jede und jeden Einzelnen. Sie erschließt den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet die Chance auf Arbeit und verbessert die soziale Sicherheit, von der Jugend bis ins hohe Alter. Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft mit rasant wachsender Bedeutung. Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch entwickeltes Bildungssystem haben, prosperieren in der globalen Wissensgesellschaft.

Um diese Frage für alle Menschen erfolgreich zu beantworten und der Bildungspolitik zur vollen Wirkungskraft zu verhelfen, ist eine gerechte Umverteilungspolitik, welche soziale und materielle Unterschiede kompensiert, notwendig.

In Deutschland hängt es immer noch vom Sozial- und Bildungsstatus der Herkunftsfamilie ab, welche Chancen ein Kind hat. Diese Ungerechtigkeit gefährdet die Fundamente unserer Gesellschaft. Die SPD als Bildungspartei wird auch weiterhin dafür kämpfen diese Situation zu ändern.

533) KDV Mitte

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50, Zeile 7 bis Seite 53, Zeile 55 ersetzen durch:

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tragen wir eine besondere Verantwortung dafür, eine gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren. Die Chancengleichheit aller beim Zugang zur Bildung - unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter und Einkommen - ist eine Grundfrage sozialer Gerechtigkeit und Voraussetzung für die Entwicklung der Gesellschaft. Die Herausforderungen der demographischen Entwicklung, der zunehmenden Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs können wir nur meistern, wenn wir unser Bildungssystem weiter ausbauen und besser qualifizieren.

Bildung ist die entscheidende Grundlage für die zukünftige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus ist Bildung das Thema, über das sich die wichtigen sozialdemokratischen Werte Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit verwirklichen lassen und das Anknüpfungspunkte zu vielen anderen zentralen Bereichen unserer Politik, wie der sozialen Entwicklung, der Integrationspolitik oder Wirtschafts- und Technologiepolitik hat.

Unsere Gesellschaft braucht eine höhere Bildungsbeteiligung. Da Bildung mehr als Fachwissen ist, müssen Werte wie Toleranz, Demokratie, Gemeinschaft, Menschlichkeit vermittelt und erlebbar gemacht werden. Diese Werte müssen in der Familie sowie in der vorschulischen und schulischen Bildung vermittelt werden.

Wir wollen eine ganzheitliche Bildung. Sie richtet sich auf theoretisches Wissen, körperliche Fähigkeiten, soziale Kompetenzen und beruflich verwertbare Inhalte. Sie umfasst nicht minder die ästhetische Erfahrung, die ethische Reflexion und die Wertevermittlung. Um unsere offene Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung stärkt die Persönlichkeit. Starke Persönlichkeiten sind fähig zur Toleranz und respektieren andere Kulturen.

Internationale Vergleichsuntersuchungen haben Deutschland bescheinigt, dass sein Bildungssystem den Ansprüchen nicht mehr genügt. Bildung ist in Deutschland weiterhin eine Frage von Arm und Reich. Sozial gerecht ist dies nicht. Solidarität und Gerechtigkeit erfordern von der Gesellschaft, Kinder so früh und so umfassend wie möglich zu fordern und zu fördern.

Investitionen in qualifizierte und qualifizierende Bildung sind der einzige Weg zu einer gerechteren Gesellschaft, die Menschen integriert statt auszugrenzen. Investitionen in Bildung verzinsen sich nicht sofort, sie sind Investitionen in die Zukunft. Die SPD verfolgt damit auch die erklärten Ziele der Europäischen Union zur Innovationspolitik, zur Verbesserung der europäischen Innovationsfähigkeit und damit zu langfristig wirtschaftlicher Prosperität. Ohne die Investitionen in den Bildungs- und Ausbildungsbereich verlieren wir unsere Zukunftsfähigkeit.

Bildung für alle

Wir wollen den freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen. Eine gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Von der früh-

kindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis zum berufsbefähigenden Abschluss.

Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von der Herkunft für alle gleichermaßen zugänglich ist. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung müssen steigen. Sie müssen mit der wachsenden Bedeutung von Bildung Schritt halten.

Wir wollen eine umfassende konzeptionelle Reform und Neuordnung des Bildungssystems. Die Bildungszuständigkeit der Bundesländer verhindert die notwendigen Veränderungen. Daher wollen wir die Zuständigkeit für die Bildungspolitik auf die Bundesebene überführen.

Wir brauchen eine Kultur der zweiten, der dritten Chance. Wer im Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Möglichkeit haben, Bildungsabschlüsse gebührenfrei nachzuholen.

Wir brauchen bessere und breitere Bildung. Wir bekämpfen den Analphabetismus. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich moderner Medien bedienen zu können. Digitale Spaltungen in unserer Gesellschaft verhindern wir, indem der Umgang mit Computer und Internet in allen Bereichen von Bildung und Weiterbildung eingeübt wird. Mädchen und Frauen müssen daran gleichberechtigt beteiligt werden. Bessere Medienkompetenz schafft die Voraussetzung für einen bewussten und kritischen Umgang mit Medien.

Wer an Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen Wissen und Werte vermittelt, leistet eine herausragend wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer tragen große Verantwortung. Ihnen gebührt mehr Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen diese Berufe stärken. Alle Berufsgruppen, die mit Betreuung und Lehre von Kindern und Jugendlichen zu tun haben, müssen eine exzellente Ausbildung erhalten und sich regelmäßig weiterbilden. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ist qualitativ aufzuwerten und grundsätzlich konzeptionell zu überarbeiten.“

Wir müssen darauf achten, dass das Verhältnis zwischen Frauen und Männern unter den Lehrenden vom Kindergarten bis zur Hochschule ausgewogener wird. Nur so haben Jungen und Mädchen Leitbilder. Die Aus- und Weiterbildung muss verbessert werden.

Eltern spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine entscheidende Rolle. Wir wollen sie bei dieser Aufgabe unterstützen. Wo Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine ausreichende Entwicklung zu garantieren, müssen das Bildungssystem und eine wachsame Kinder- und Jugendhilfe alle Anstrengungen unternehmen, um jedem Kind gleiche Entwicklungschancen zu ermöglichen. Um das zu erreichen, müssen engmaschige und vor allem verpflichtende Vorsorgetermine eingerichtet werden.

Bildung von Anfang an

Die Förderung von Kindern beginnt für uns bei der gezielten Unterstützung von Schwangeren und Eltern. Die ersten Wochen und Jahre des Lebens sind entscheidend. An der Seite der Eltern sind Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Krankenschwestern und Krankenpfleger die ersten, die das Wohl und die Entwicklung des Kindes fördern. Wir wollen sie gut darauf vorbereiten.

Wir wollen den Bildungs- und Erziehungsauftrag von vorschulischen Einrichtungen stärken. Für uns sind Kinderkrippen und Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Bildungskette. Sie bieten eine professionelle Förderung aller Anlagen des Kindes, gleichen herkunftsbedingte Benachteiligungen früh aus und stützen die Gleichstellung von Jungen und Mädchen.

Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Dort finden Familien gute Beratung, verlässliche Hilfe im Alltag und Weiterbildungsangebote. Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung und der gesundheitlichen Entwicklung eines jeden Kindes gelten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Ab dem ersten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Betreuung im gewünschten Zeitrahmen geben.

Gemeinsam lernen

Wir wollen die eine, gebundene Ganztagschule für alle als Ort des Lernens, des sozialen Miteinanders und der menschlichen Erfahrung. Von der ersten Klasse bis zum Mittleren Schulabschluss wird die eine Schule für alle zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen. In ihr bilden sich junge Menschen zu Persönlichkeiten aus, die selbst bestimmt ihre Lebensbiografie aus eigener Kraft gestalten.

Die eine Schule für alle ist sozial verankert. Sie bezieht Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen und Betriebe aus der Nachbarschaft ebenso ein wie Träger der freien Jugendhilfe.

Wir wollen eine Schule, in der es gelingt, den Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft aufzubrechen. Wir wollen Schülerinnen und Schüler so unterrichten, wie sie es persönlich brauchen. Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung verkörpern die zwei Seiten des Bildens. Wir streben für alle Schülerinnen und Schüler an, sie zum Übergang in eine berufliche Erstausbildung oder in die gymnasiale Oberstufe zu befähigen.

Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind. Wir wollen, dass Schulen selbständig arbeiten. Sie sollen ihre Kreativität und ihre Kompetenzen ungehindert entfalten können. Dazu gehören auch die Auswahl des Personals und ein selbst verwaltetes Schulbudget.

Die einzelne Schule ist für die Bildung ihrer Schülerinnen und Schüler verantwortlich; das anzustrebende Niveau wird durch verbindliche Mindeststandards bestimmt. Die Gemeinschaft stützt die Schule verlässlich aus und wacht über ihre Leistungsfähigkeit.

Die berufliche Ausbildung modernisieren

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für die persönliche Entwicklung, die Berufsausübung und für das lebenslange Lernen. Sie soll auch den Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen wie Hochschulen öffnen. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben teilzunehmen und ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

Die besondere Rolle des Lernortes Betrieb gegenüber der Schule gilt bis heute in der Öffentlichkeit als Stärke des deutschen dualen Berufsbildungssystems. Als entscheidende Vorteile werden die Verbindung von theoretischem und praktischem Lernen wie auch die anschließenden Arbeitsplätze im Ausbildungsbetrieb hervorgehoben. Aber anhaltende Probleme bei der Bereitstellung eines ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebots, ein rasanter Strukturwandel der deutschen Wirtschaft hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft und die wachsende Internationalisierung des Arbeitsmarktes haben das deutsche Berufsausbildungssystem in eine Strukturkrise gestürzt.

Wir wollen daher das System der Berufsausbildung weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Das Duale System deckt bereits heute nur noch einen Teil des gesamten Ausbildungsbedarfs. Es muss im Rahmen eines reformierten Systems zukunftssicher gemacht werden. Es soll dort erhalten und gefördert werden, wo es funktioniert. Die Unternehmen sind dabei in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Daneben ist eine voll qualifizierende Ausbildung an berufsbildenden Schulen zu entwickeln. Schulische und andere Angebote und Teilabschlüsse müssen für eine Ausbildung voll anrechenbar sein. Daher soll die berufliche Bildung insgesamt an allen Lernorten modular gegliedert und zertifizierbar sein. Dadurch wird auch die Umgestaltung „unproduktiver Warteschleifen“ zu anrechnungsfähigen und abschlussbezogenen „Berufsbildungsketten“ möglich.

Die veränderten Bildungsanforderungen bedingen, dass die beruflichen und allgemeinen Bildungssysteme in einem Gesamtbildungssystem konzipiert und organisiert werden. Dazu muss grundsätzlich die Durchlässigkeit von beruflichen und allgemeinen Bildungsgängen durch verbindliche Anerkennungsregeln verbessert werden. Doppelqualifizierende Ausbildungsgänge sollen vermehrt eingerichtet werden (Berufsausbildung mit Hochschulreife).

Wir fördern die Initiativen der Europäischen Union zur Entwicklung von Verfahren, die die gegenseitige Anerkennung von Gesamt- und Teilabschlüssen von Bildungsgängen auch im Sekundarbereich erleichtern, wie es für Hochschulabschlüsse bereits erreicht wurde. Dies erhöht die Bildungs- und Berufsmobilität in Europa.

Die Qualität der beruflichen Bildung ist durch unabhängige nationale Evaluation sowie internationale Vergleichsstudien ebenso zu überprüfen wie bereits jetzt die Qualität der allgemeinen Bildung.

Berufsausbildung ist ebenso ein öffentliches Gut wie andere Ausbildungsgänge. Sie muss daher in gleicher Weise vom Staat garantiert werden. Aber auch die Wirtschaft muss bei veränderten und neuen Ausbildungswegen ihren Anteil leisten. Dazu gehört auch eine angemessene Beteiligung an den Ausbildungskosten.

Das Studium und die Forschung stärken

Hoch qualifizierte Arbeitskräfte, engagierte Studierende, herausragende Wissenschaftler/innen sowie die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und der übrigen Gesellschaft zählen zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein innovatives Klima, das Fortschritt und Wohlstand ermöglicht. Deshalb müssen weit mehr Menschen in Deutschland einen Bildungsabschluss

erwerben, der zum Hochschulstudium berechtigt. Dazu gehören auch Abschlüsse und Zugänge aus beruflichen Bildungsgängen. Wir wollen einen offenen und gebührenfreien Zugang zum Studium. Wir wollen den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Entschluss und Talent sollen entscheiden, nicht der soziale Hintergrund. Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung in unseren Hochschulen verbessern und die Zahl der Studienplätze erheblich ausbauen und dadurch dem internationalen Standard anpassen. Ein Studienangebot für Berufstätige, z.B. Fernstudiengänge, ist zu fördern und auszubauen.

Wir bekennen uns zur Verantwortung des Staates für die Hochschulen. Er hat die Hochschulen zu finanzieren. Hochschulen sollen als Körperschaften des öffentlichen Rechts so weit wie möglich autonom sein. Allen Mitgliedern der Hochschu-

len ist die demokratische Teilhabe an der Selbstverwaltung gesetzlich zu sichern. Die verfasste Studierendenschaft als rechtsfähige Teilkörperschaft ist sicherzustellen.

Die Personalstruktur an den Hochschulen soll sich wie die bereits erfolgte Reform des Studiums an der erhöhten Leistungserwartung und Betreuungsintensität orientieren. Wir wollen verlässliche Karrierewege von der Promotion über die Juniorprofessur bis zur Professur, eine frühe Selbständigkeit in Forschung und Lehre und den Abbau überkommener Hierarchien. Wir wollen, dass ausreichend hauptamtliches Personal die Aufgaben der Hochschulen wahrnimmt.

Wir wollen den Status der Professorinnen und Professoren neu gestalten. Der Wechsel von einer universitären Tätigkeit in andere Felder und zurück muss viel selbstverständlicher werden. Wir setzen uns für die Entwicklung neuer Modelle der universitären Laufbahn ein. Unser Ziel ist es, die Situation an unseren Hochschulen insgesamt deutlich zu verbessern. Maßnahmen, die einseitig auf Eliteförderung ausgerichtet sind, lehnen wir ab. Die Sozialdemokratie steht für Hochschulen, die Ort des lebendigen und offenen Austausches sind.

Forschung und Lehre bilden eine Einheit und werden in allen Studiengängen durch qualifizierte Professoren und Professorinnen gesichert. Die Lehre steht gleichberechtigt neben der Forschung und wird bei der Mittelverteilung und der Karriere entsprechend gewertet. Der Staat hat sicherzustellen, dass die Hochschulen insgesamt das gesamte Fächerspektrum anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden wie Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen müssen eng zusammenarbeiten. Auch die Kooperation mit der Wirtschaft muss ausgebaut werden, um vorhandenes Wissen gezielter zu nutzen. Für Hochschulen soll der Bund zuständig sein.

Die Aufnahme eines Studiums muss allen unabhängig von ihrer Herkunft und dem Einkommen ihrer Eltern ermöglicht werden. Dies muss vor allem durch staatliche Zuschüsse erreicht werden. Mittelfristig wollen wir die finanzielle Unterstützung für Studierende den veränderten Realitäten anpassen und somit ein Studium, aber auch parallele berufs begleitende universitäre Weiterqualifizierung attraktiver gestalten.

Wir wollen die internationale Erfahrung von Studierenden erhöhen und die Studienförderung darauf ausrichten. Die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland muss unbürokratisch erfolgen. Zugleich soll Deutschland offen und attraktiv für Studierende aus anderen Ländern sein. Dafür müssen auch Zugangsschranken abgebaut werden.

534) KDV TempSchön und Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50, Zeile 5/6, Ersetze „Bildung in der lernenden Gesellschaft“ durch Bildung für Selbstbestimmung.

535) KDV StegZehl

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50, Zeile 7 bis 19 Ersetzung:

Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Zukunft geht vor allem von Kindern aus. Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung eröffnet Wege zur Selbstverwirklichung und zur Teilhabe an der Gesellschaft für jede und jeden Einzelnen. Sie erschließt den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet die Chance auf Arbeit und verbessert die soziale Sicherheit, von der Jugend bis ins hohe Alter. . Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft mit rasant wachsender Bedeutung. Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch entwickeltes Bildungssystem haben, prosperieren in der globalen Wissensgesellschaft.

536) KDV TempSchön und Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50, Zeile 7, Füge ein vor „Bildung“:
Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person.

537) KDV TempSchön und Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50, Zeile 7, Ersetze „Sie ist die große soziale Frage unserer Zeit“ durch:

Sie ist eine der großen Fragen unserer Zeit. Um die Teilnahme aller Menschen an Bildung zu gewährleisten, ist eine gerechte Umverteilungspolitik, welche soziale und materielle Unterschiede kompensiert, unumgänglich.

538) KDV Pankow und KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50 Zeile 7

Ersetzen: "...die große soziale Frage..." durch "...eine große soziale Frage..."

539) KDV CharlWilm

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50, Zeile 7 Ersetzung:

Sie ist eine der großen Fragen unserer Zeit. Daneben ist eine gerechte Umverteilungspolitik, welche soziale und materielle Unterschiede kompensiert, unumgänglich.

540) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50, Zeile 8, einfügen zwischen „...Zeit.“ und „Bildung...“:

Um diese Frage für alle Menschen erfolgreich zu beantworten und der Bildungspolitik zur vollen Wirkungskraft zu verhelfen, ist eine gerechte Umverteilungspolitik, welche soziale und materielle Unterschiede kompensiert, notwendig.

541) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 50, Zeile 16 Einfügung zweier Wörter (nach: "Sie ist): damit zugleich

542) KDV Pankow**Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK**

Seite 50 Zeile 20 Absatz einfügen:

Wir stehen für einen umfassenden Bildungsbegriff. Bildung ist ein Prozess der individuellen Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit und hat in erster Linie emanzipatorischen und auf die kritische Teilhabe an der Gesellschaft gerichteten Charakter. Bildung darf nicht auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert werden. Sie ist ein Grundrecht, das zu wirklichen Aufgabe und Interesse des Staates ist.

543) Abt. 06/ Mitte**Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK**

Seite 50, Zeile 20, neu einfügen:

In Deutschland hängt es immer noch vom Sozial- und Bildungsstatus der Herkunftsfamilie ab, welche Chancen ein Kind hat. Diese Ungerechtigkeit gefährdet die Fundamente unserer Gesellschaft. Die SPD als Bildungspartei wird auch weiterhin dafür kämpfen diese Situation zu ändern.

544) KDV StegZehl**Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK**

Seite 50, Zeile 21 bis 32 ersetzen:

Das Wissen der Welt nimmt in einem schnellen Tempo zu. Gemeinsam mit anderen können wir den größtmöglichen Nutzen für alle aus dem Wissensfortschritt ziehen. Wir wollen Freude am lebenslangen Lernen und Offenheit gegenüber Fortschritten der Wissenschaft und Kultur fördern.

545) KDV Reinickendorf**Ablehnung**

Seite 50, Zeile 22: hinter „Zugewanderten“ einfügen:
und Behinderten in unserer Gesellschaft

546) KDV Reinickendorf**Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK**

Seite 50, Zeile 23: Anfügen:

Dies bedeutet insbesondere, dass alle die gleichen Bildungschancen erhalten.

547) KDV CharlWilm**Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK**

Seite 50, Zeile 34 ff. Neufassung:

Sie richtet sich auf theoretisches Wissen, soziale und kulturelle Kompetenzen, kreative Fähigkeiten und beruflich anwendbare Inhalte. Sie umfasst nicht minder die ästhetische Erfahrung, das Verstehen ökonomischer Zusammenhänge, die ethische Reflexion und die Wertevermittlung.

548) KDV StegZehl**Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK**

Seite 50, Zeile 34 bis 41 ersetzen: Wir wollen eine ganzheitliche Bildung. Sie richtet sich auf theoretisches Wissen und beruflich verwertbare Inhalte, auf körperliche Fähigkeiten und soziale Kompetenzen. Sie umfasst nicht minder die ästhetische Erfahrung, die ethische Reflexion und die Wertevermittlung. Um unsere offene Gesellschaft zu stärken, brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und Erziehung zur Demokratie. Umfassende kulturelle und soziale Bildung stärkt Offenheit und Respekt gegenüber anderen Kulturen.

549) KDV Pankow**Ablehnung**

Seite 50 Zeile 34 ersetzen:

Wir wollen eine ganzheitliche Bildung. Sie [...] durch: "Bildung"

550) KVV MarzHell**Ablehnung**

Seite 50, Zeile 34 nach „... Wir wollen eine ganzheitliche Bildung.“ anfügen: und Förderung, unabhängig vom Alter.

551) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 50, Zeilen 35 Einschub (nach „soziale“): und emotionale

552) KDV Spandau**Ablehnung**

Seite 50, Zeile 45 bis Seite 53, Zeile 16, Ersetzung:

Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung.

Wir wollen den freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen. Eine gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Das gilt auch

für Menschen mit Behinderungen. Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Wir treten dafür ein, dass Kindergärten ebenso wie Schulen und das Erststudium gebührenfrei sind.

Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung für alle gleichermaßen zugänglich ist. Daher ist es eine dringende Notwendigkeit, die öffentlichen Ausgaben an der wachsenden Bedeutung von Bildung zu orientieren. Bildungsausgaben sind Investitionsausgaben. Diese Investitionen in die Zukunft der Menschen müssen die ihnen gebührende Priorität erhalten. Das gilt besonders in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte.

Darüber hinaus brauchen wir eine Kultur der zweiten, der dritten Chance. Wer im Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Möglichkeit haben, Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu erwerben.

Wir brauchen bessere und breitere Bildung. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich moderner Medien bedienen zu können. Digitale Spaltungen in unserer Gesellschaft verhindern wir, indem der Umgang mit Computer und Internet in allen Bereichen von Bildung und Weiterbildung eingeübt wird. Mädchen und Frauen müssen daran gleichberechtigt beteiligt werden. Bessere Medienkompetenz schafft die Voraussetzung für einen bewussten und kritischen Umgang mit Medien.

Wer an Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen Wissen und Werte vermittelt, leistet eine herausragend wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer tragen große Verantwortung. Ihnen gebührt mehr Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen diese Berufe stärken.

Wir müssen darauf achten, dass das Verhältnis zwischen Frauen und Männern unter den Lehrenden vom Kindergarten bis zur Hochschule ausgewogener wird. Nur so haben Jungen und Mädchen Leitbilder. Die Aus- und Weiterbildung muss verbessert werden.

Eltern spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine entscheidende Rolle. Wir wollen sie bei dieser Aufgabe unterstützen. *Wo* Sofern Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine gute Förderung zu garantieren, müssen das Bildungssystem und eine wachsamen Kinder- und Jugendhilfe alle Anstrengungen unternehmen, um jedem Kind gleiche Entwicklungschancen zu ermöglichen und bestehende Nachteile durch ein effektives Unterstützungssystem auszugleichen.

Bildung von Anfang an

Die Förderung von Kindern beginnt für uns bei der gezielten Unterstützung von Schwangeren und Eltern. Die ersten Wochen und Jahre des Lebens sind entscheidend. An der Seite der Eltern sind Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Krankenschwestern und Krankenpfleger die ersten, die das Wohl und die Entwicklung des Kindes fördern. Wir wollen sie gut darauf vorbereiten. Für uns sind Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Bildungskette.

Sie können herkunftsbedingte Benachteiligungen frühzeitig ausgleichen. Wir wollen den Bildungs- und Erziehungsauftrag von vorschulischen Einrichtungen stärken. Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren mit aktiver Elternbeteiligung ausbauen. Dort finden Familien gute Beratung, verlässliche Hilfe im Alltag und Weiterbildung. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern richten wir stärker auf frühkindliche Bildung aus. Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung, und der Förderung der mehrsprachlichen Erziehung und der gesundheitlichen Entwicklung eines jeden Kindes und der Gleichstellung von Mädchen und Jungen gelten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Ab dem zweiten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf Betreuung und Bildung geben.

Gemeinsam lernen

Wir wollen den Ausbau der Ganztagschule. Kinder finden in der Ganztagschule verlässliche Lern- und Unterrichtszeiten. Sie sind auch Zeiten des sozialen Lernens und der mitmenschlichen Erfahrung. Die Schule wird zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen.

Die Ganztagschule ist sozial verankert. Sie bezieht Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen und Betriebe aus der Nachbarschaft ebenso ein wie Träger der freien Jugendhilfe. Wir wollen in den Ganztagschulen mehr Möglichkeiten schaffen, um Schülerinnen und Schüler so zu fördern, wie sie es persönlich brauchen. So können wir ihre Stärken entdecken und entwickeln. Die Eltern werden durch ganztägige Angebote entlastet.

Wir wollen den Umbau unseres Schulsystems zur Gemeinschaftsschule bis zum Abschluss der Sekundarstufe I, die das gemeinsame Lernen mit einer besseren und gezielteren individuellen Förderung verbindet. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass sowohl Lernschwache als auch Lernstarke so ein höheres Kompetenzniveau erreichen können. Auch wir brauchen ein Schulsystem, in dem es gelingt, den Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft aufzubrechen. und allen Schülerinnen und Schülern den Übergang in die Berufsausbildung bzw. das Studium zu ermöglichen.

Wir wollen, dass Schulen selbständiger arbeiten. Sie erhalten verbindliche Standards, und ihre Leistungsfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Dabei sollen sie jedoch weit mehr eigene Kreativität und Kompetenz entfalten können. Dazu gehören auch die Auswahl des Personals und ein verlässliches Schulbudget. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

Die berufliche Ausbildung modernisieren

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für die Berufsausübung und für das lebenslange berufliche Lernen. Sie muss deshalb auch berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben teilzunehmen und ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

Das Duale System muss so modernisiert werden, dass es mit den rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Das Duale System muss in den neuen Branchen stärker verankert werden. Nötig sind eine gute Verzahnung von Betrieb und Schule und eine Entbürokratisierung der Ausbildung. Die Unternehmen sind in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische Finanzierungsmodelle sind notwendig, da der Anteil der schulischen Berufsausbildung ständig steigt und die Notwendigkeit besteht, berufliche Grundqualifikationen nicht mehr ausschließlich betriebsbezogen zu vermitteln. Darüber hinaus muss ein gleichberechtigtes und gleich qualifizierendes vollschulisches Berufsbildungssystem als zweite Säule der Berufsausbildung eingerichtet werden.

Schulen und Betriebe müssen gut zusammenarbeiten. Lernschwache brauchen besondere, auf sie zugeschnittene Hilfen. Der Schritt von der allgemein bildenden Schule in die berufliche Ausbildung fällt Jugendlichen viel leichter, wenn sie sich schon in den Schulen realistisch auf den Beruf hin orientieren. Mädchen und Frauen sollen selbst entscheiden, was sie werden.

Überkommene Rollenmuster müssen aufgebrochen werden. Wir wollen erreichen, dass Frauen bei der Studien- und Berufswahl in gleicher Weise wie Männer an technische und naturwissenschaftliche Berufsfelder herangeführt werden.

553) KDV TempSchön und Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 532) i.d.F.d.AK

Seite 50, Zeile 45, Füge ein vor „Wir wollen ...“:

Leitbilder sozialdemokratischer Bildungspolitik sind Chancengleichheit und Durchlässigkeit. Diese Leitbilder sind Richtschnur unseres bildungspolitischen Handelns und müssen prägende Merkmale unseres Bildungssystems werden.

554) KDV StegZehl

Ablehnung

Seite 50, Zeile 45 bis 52 ersetzen: Wir wollen den freien Zugang zu Informationen, zu Bildung und Wissen. Eine gerechte Gesellschaft muss Chancengleichheit verwirklichen. Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Alphabetismus darf es nicht mehr geben. Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung und einschließlich des Studiums.

555) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 50, Zeile 49/50: Umtauschen Reihenfolge der Worte: Kindern und Eltern

556) KDV Reinickendorf

Annahme

Seite 50, Zeile 52: Einschub:
Studiengebühren lehnen wir ab.

557) KDV StegZehl

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 50, Zeile 54 bis Seite 51, Zeile 4 ersetzen:

Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft müssen steigen. Sie müssen der wachsenden Bedeutung dieser Bereiche voll entsprechen. Ausgaben für Bildung und Wissenschaft müssen als Investitionen anerkannt werden und Priorität bekommen.

558) KVV TrepKöp und Abt. 13 /TrepKöp

Ablehnung

Seite 50, Zeile 55 das letzte Wort im Satz („ist“) ist durch folgendes Wort zu ersetzen:
wird

559) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 537) i.d.F.d.AK

Seite 50 Zeile 54 bis Seite 51 Zeile 4 Neuformulierung des gesamten Absatzes:

Es ist die Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von der Herkunft gleichermaßen für alle zugänglich ist. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung sind in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden und müssen in den kommenden Jahren in Relation zur Anzahl der Bildungsteilnehmer verdoppelt werden. Sie müssen mit der wachsenden Bedeutung von Bildung Schritt halten. Bildungsausgaben müssen als Investitionen anerkannt werden. Investitionen in die Menschen müssen Priorität bekommen. Die bereits feststellbaren Elemente einer Zwei-Klassen-Bildung in private und städtische Schulen sind nicht hinnehmbar.

560) KDV StegZehl**Erledigt durch Annahme 537) i.d.F.d.AK****Seite 51, Zeile 6 bis 18** ersetzen:

Wir brauchen eine Kultur der weiteren Chance. Wer im Laufe seines Lebens einen Bildungsabschluss nachholen oder ergänzen will, muss die Möglichkeit dazu haben. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich moderner Medien, einschließlich Computer und Internet bedienen zu können.

561) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung****Seite 51 Zeilen 6 bis 9** Umformulierung des Satzes („Wer im Laufe .. zu erwerben.“):

Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, weitere Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu erwerben.

562) KDV Reinickendorf**Annahme****Seite 51, Zeile 9:** hinter „erwerben“ einfügen:

und dafür im Bedarfsfalle finanzielle Förderung zu erhalten.

563) KDV TempSchön**Annahme****Seite 51, Zeile 10,** einfügen:

Für Menschen mit Migrationshintergrund müssen mehr und bessere Bildungsangebote gemacht werden, die allen hier lebenden Menschen die Chance eröffnen, ihre individuellen Fähigkeiten zu entfalten und die Voraussetzungen für einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Die SPD will die Bildungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen besser auf diese Bevölkerungsgruppen abstimmen.

564) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 51, Zeile 12:** hinter „Analphabetismus“ einfügen:

und dessen Ursachen.

565) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 51, Zeile 16:** Einschub

Deshalb müssen alle Bildungseinrichtungen mit einer ausreichenden Ausstattung bestückt sein.

566) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung****Seite 51, Zeile 16** Ersetzung der Worte „Mädchen und Frauen“ durch: Alle**567) KDV StegZehl****Ablehnung****Seite 51, Zeile 20 bis 37** ersetzen:

Wer an Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen Wissen und Werte vermittelt, leistet eine herausragend wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft und verdient Anerkennung und Unterstützung. Es ist eine Aufgabe, die in den verschiedenen Bildungsstufen in einem ausgewogenen Verhältnis von Frauen und Männern ausgeübt werden soll, um bisherige Dominanz und damit Leitbildfunktion von Frauen oder Männern in bestimmten Bereichen des Bildungssystems zu überwinden.

Eltern spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine entscheidende Rolle. Wir wollen sie bei dieser Aufgabe unterstützen. Wo Eltern nicht in der Lage sind, ihren Kindern eine ausreichende Entwicklung zu garantieren, müssen das Bildungssystem und eine aufmerksame Kinder-, Jugend- und Familienhilfe alle Anstrengungen unternehmen, um jedem Kind gleiche Entwicklungschancen zu ermöglichen.

568) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 51, Zeile 23:** Einfügung hinter „Hochschullehrer“:

Bibliothekarinnen und Bibliothekare

569) Abt. 06/ Mitte**Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 51, Zeile 25** nach „Wir wollen diese Berufe stärken.“ einfügen:

Wir wollen, dass die Ausbildung der Pädagogen und Pädagoginnen in enger Verbindung von Theorie und Praxis von der Erstausbildung bis zur Weiterbildung einheitlich gestaltet und vernetzt ist. Wir wollen die Ausbildung für den vorschulischen Bereich ebenfalls an die Hochschulen verlagern.

570) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 51, Zeile 25:** Nach „Berufe stärken“ wird eingefügt:

, indem wir ihnen attraktive Perspektiven bieten.

571) ASF Berlin**Ablehnung****Seite 51, Zeile 29**

Der Vorsorgende Sozialstaat als konsequente sozialdemokratisch geprägte Weiterentwicklung des bisherigen politischen Handelns ist tatsächlich ein Leitbild für eine moderne Gesellschaft. Ansonsten ist durchgängig auf den Begriff „Leitbild“

zu verzichten und dieser zum Beispiel durch „Vorbild“ zu ersetzen, **wie zum Beispiel in Kapitel 4.7. Bildung in der lernenden Gesellschaft, Seite 51, Zeile 29:** „Nur so haben Jungen und Mädchen Vorbilder.“

572) KDV Reinickendorf **Ablehnung**

Seite 51, Zeile 35: Ersetzen „wachsamer“ durch: aktive

573) KDV Reinickendorf **Ablehnung**

Seite 51, Zeile 35: hinter „Jugendhilfe“ einfügen gemeinsam

574) KDV StegZehl **Ablehnung**

Seite 51, Zeile 41 bis Seite 52, Zeile 9 ersetzen: Die Förderung von Kindern muss bei der gezielten Unterstützung von werdenden Eltern beginnen. Die ersten Wochen und Jahre des Lebens sind entscheidend. An der Seite der Eltern sind die im Gesundheits- und Sozialwesen Tätigen die ersten, die das Wohl und die Entwicklung des Kindes fördern. Sie müssen darauf gut fachlich und sozial kompetent vorbereitet werden.

Für uns sind Kinderkrippen und Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Förder- und Bildungskette. Sie können herkunfts- und entwicklungsbedingte Benachteiligungen frühzeitig ausgleichen. Wir wollen sie ausbauen und ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag stärken.

Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Dort sollen Familien gute Beratung, verlässliche Hilfe im Alltag und Weiterbildung erhalten. Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung eines jeden Kindes gelten. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern wollen wir stärker auf frühkindliche Bildung ausrichten, an die Hochschulen verlagern und damit aufwerten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung in vorschulischen Einrichtungen für alle Kinder. Ab dem zweiten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf Betreuung geben.

575) KDV Reinickendorf **Ablehnung**

Seite 51, Zeilen 41 und 42: Den Satz „Die Förderung...und Eltern.“ ersetzen durch den Satz: Die Förderung von Kindern beginnt bei uns vor der Geburt.

576) KDV Reinickendorf **Ablehnung**

Seite 51, Zeile 52: den Ausdruck „Eltern-Kind-Zentren“ ersetzen durch: Familien-Zentren

577) KDV Reinickendorf **Annahme**

Seite 51, Zeilen 54/55: Der Satz „Die Ausbildung von... Bildung aus.“ wird ersetzt durch den Satz:

Eine an internationalen Standards ausgerichtete Ausbildung und Qualifikation von Erzieherinnen und Erziehern richten wir stärker auf frühkindliche Entwicklung und Bildung aus.

578) KDV TempSchön **Erledigt durch Annahme 577)**

Seite 51, Zeilen 54-55, ersetzen: „Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern richten wir stärker auf frühkindliche Bildung aus.“ durch:

Die Ausbildung und Anerkennung von Erzieherinnen und Erziehern muss aufgewertet und differenziert werden, um den umfassenden pädagogischen Ansprüchen von Bildung und Betreuung vom Kleinkindalter an gerecht werden zu können. Eine dem (west-)europäischen Standard entsprechende Aufwertung ist zugleich ein Schritt zu einer größeren Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses bei Bildungs- und Betreuungsangeboten.

579) KDV Reinickendorf **Ablehnung**

Seite 51-52, Zeilen 55 und 1-3 soll der Satz, der beginnt „ein besonderes Augenmerk...“ nun lauten:

Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung, der gesundheitlichen, geistigen und körperlichen Entwicklung eines jeden Kindes gelten.

580) Abt. 06/ Mitte **Ablehnung**

Seite 52, Zeile 7 bis 9 den Satz „Ab dem...Betreuung geben.“ streichen und dafür neu einfügen:

Ab dem ersten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Betreuung im gewünschten Zeitrahmen geben.

581) KDV Reinickendorf **Ablehnung**

Seite 52, Zeilen 8 und 9 soll der Satz „Ab dem zweiten... auf Betreuung geben.“ nun lauten:

Ab dem Beginn des zweiten Lebensjahres soll es einen Rechtsanspruch des Kindes auf Betreuung geben.

582) KDV Fr'hainKreuz**Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 52, Zeile 10**, neue Absätze anfügen:

Die Kompetenz für die Bildungspolitik liegt in Deutschland zwar überwiegend bei den Bundesländern. Um aber trotzdem eine gleichwertige Bildung und die Mobilität gerade von Familien mit Kindern zu gewährleisten, brauchen wir bundesweit vergleichbare Bildungsstandards.

583) KDV Spandau**Ablehnung****Seite 52, Zeile 10**, einfügen:

Lehr- und Lernmittelfreiheit an den Schulen soll realisiert werden.

584) KDV Pankow**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK****Seite 52 Zeile 13**

Einfügen nach: "Ganztagsschule" "[...] und mit ihr die Abkehr vom mehrgliedrigen Schulsystem sowie den Übergang zur Gemeinschaftsschule."

585) KDV StegZehl**Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 52, Zeile 13 bis 40** ersetzen:

Wir wollen die eine, gebundene Ganztagsschule für alle als Ort des Lernens, des sozialen Miteinanders und der menschlichen Erfahrung. Von der ersten Klasse bis zum Mittleren Schulabschluss wird die eine Schule für alle zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen. In ihr bilden sich junge Menschen zu Persönlichkeiten aus, die selbst bestimmt ihre Lebensbiografie aus eigener Kraft gestalten.

Die eine Schule für alle ist sozial verankert. Sie bezieht Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen und Betriebe aus der Nachbarschaft ebenso ein wie Träger der freien Jugendhilfe.

Wir wollen eine Schule, in der es gelingt, den Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft aufzubrechen. Wir wollen Schülerinnen und Schüler so unterrichten, wie sie es persönlich brauchen. Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung verkörpern die zwei Seiten des Bildens. Wir streben für alle Schülerinnen und Schüler an, sie zum Übergang in eine berufliche Erstausbildung oder in die gymnasiale Oberstufe zu befähigen.

Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind. Wir wollen, dass Schulen selbständig arbeiten. Sie sollen ihre Kreativität und ihre Kompetenzen ungehindert entfalten können. Dazu gehören auch die Auswahl des Personals und ein selbst verwaltetes Schulbudget.

Die einzelne Schule ist für die Bildung ihrer Schülerinnen und Schüler verantwortlich; das anzustrebende Niveau wird durch verbindliche Mindeststandards bestimmt. Die Gemeinschaft stützt die Schule verlässlich aus und wacht über ihre Leistungsfähigkeit.

586) KDV Reinickendorf**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK****Seite 52, Zeile 15:** hinter „sozialen Lernens“ wird eingefügt:

, des gemeinsamen Essens

587) KDV Pankow**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK****Seite 52 Zeile 19** Ersetzen: "Ganztagsschule" durch "ganztägige Gemeinschaftsschule"**588) KDV Fr'hainKreuz****Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK****Seite 52, Zeile 19** Umformulierung des Satzes („Die Ganztagsschule... verankert.“):

Die Ganztagsschule muss sozial verankert sein.

589) KVV Lichtenberg**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK****Seite 52, Zeile 25** neuen Satz nach „[...] gantztägige Angebote entlastet.“ einfügen:

Dazu gehört auch, dass die zusätzlichen Tagesstunden in den Ganztagsschulen mehr zum Lernen und Vertiefen des Gelernten genutzt werden.

590) KDV Pankow**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK****Seite 52 Zeile 27**

Ersetze: "längeres" durch "möglichst langes"

591) KDV Reinickendorf**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK****Seite 52, Zeilen 27-32:** Verschiebung dieser Zeilen vor die Zeile 13**592) KDV Fr'hainKreuz****Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK****Seite 52, Zeile 27/28** Umformulierung des Satzes: „Wir wollen ...“

Wir wollen ein gemeinsames Lernen in den Pflichtschuljahren mit einer besseren individuellen Förderung im Rahmen einer Ganztags- und Gemeinschaftsschule verbinden.

593) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK**

Seite 52, Zeile 32 am Ende des Absatzes (nach ... sozialer Herkunft aufzubrechen.“) Satz anfügen:
Die Gemeinschaftsschule ist am besten geeignet, unsere bildungspolitischen Ziele umzusetzen.

594) KDV Pankow**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK**

Seite 52 Zeile 32: Einfügen nach "aufzubrechen":

Dies kann nur durch ein Aufbrechen der selektierenden Strukturen und einen Übergang zur Gemeinschaftsschule mit integrativen Angeboten für alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden.

595) KDV TempSchön und Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK**

Seite 52, Zeile 32, anfügen nach „aufzubrechen“:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Umbau des Schulsystems, an dessen Ende eine gemeinsame Schule für alle von der ersten bis zur zehnten Klasse stehen muss.

596) KDV Reinickendorf**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK**

Seite 52, Zeile 38: Zwischen „Verlässliches“ und „Schulbudget“ wird eingefügt:
angemessenes

597) KDV TempSchön und Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK**

Seite 52, Zeile 38, Einfügen nach Satz „...und ein verlässliches Schulbudget“:

Autonomie erfordert demokratische Beteiligungsmöglichkeiten bei Entscheidungsverfahren.

598) KDV StegZehl, KDV TempSchön und Jusos Berlin**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK**

Seite 52, Zeile 40 einfügen nach Satz „...Entscheidungen eingebunden sind“:

Die Autonomie von Einrichtungen innerhalb der Bildungskette muss dort begrenzt werden, wo sie durch wirtschaftlichen Wettbewerb gesellschaftliche Ziele bedroht.

599) Abt. 06/ Mitte**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK**

Seite 52, Zeile 41, folgende Passage neu einfügen:

Wir lehnen die starre Gliederung in Gymnasium, Real-, Haupt- und Sonderschule ab. Wir wollen ein Schulsystem, in dem alle Schülerinnen und Schüler lernen, mit unterschiedlichen Begabungen zu leben und sich gegenseitig zu unterstützen. Eine frühzeitige Elitenbildung ist genauso abzulehnen, wie enthemmtes Konkurrenzgefühl und Ausgrenzung. Ein gutes Schulsystem verbaut keine Chancen, sondern ermöglicht jederzeit die individuelle Anpassung an Begabung und Interesse.

Die Bildungszuständigkeit der Länder verhindert die notwendigen Veränderungen im Bildungsbereich. Wir wollen eine umfassende konzeptionelle Reform und Neuordnung des Bildungssystems mit Überführung der Zuständigkeiten auf die Bundesebene. Dies setzt eine massive und dauerhafte Investitionssteigerung voraus.

600) KDV StegZehl**Erledigt durch Annahme 585) i.d.F.d.AK**

Seite 52, Zeile 44 bis Seite 53, Zeile 16 ersetzen:

Die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für die Berufsausübung, die persönliche Entwicklung und für das lebenslange Lernen. Sie muss deshalb auch berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben teilzunehmen und ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Die Unternehmen sind dabei in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses mit zu sorgen.

Die besondere Rolle des Lernortes Betrieb neben der Schule gilt bis heute als Stärke des deutschen dualen Berufsbildungssystems. Es ermöglicht die Verbindung von theoretischem und praktischem Lernen und erleichtert den späteren Übergang auf einen Arbeitsplatz. Aber anhaltende Probleme bei der Bereitstellung eines ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebots, der Strukturwandel zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft und die wachsende Internationalisierung des Arbeitsmarktes haben die begrenzte Leistungsfähigkeit des dualen Systems gezeigt.

Wir wollen daher das System der Berufsausbildung weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Das duale System

soll dort erhalten und gefördert werden, wo es funktioniert und Betriebe ihre Pflicht zur Ausbildung des Nachwuchses erfüllen. Daneben ist eine vollschulische Ausbildung teils neu zu entwickeln, teils auszubauen. Diese Berufsschulen müssen mit Betrieben und der regionalen Wirtschaft gut zusammenarbeiten. Der Staat unterstützt die vollschulische Ausbildung mit Stipendien.

Schulische und andere Angebote und Teilabschlüsse sind regelmäßig zu evaluieren und müssen für eine Berufsausbildung voll anrechenbar sein. Die Durchlässigkeit von der Berufsausbildung zu allgemeinen Bildungsgängen und zum Hochschul-

studium ist zu verbessern. Wir unterstützen die Bemühungen, die Bildungs- und Berufsmobilität auf europäischer Ebene zu erhöhen.

Wir wollen erreichen, dass Frauen bei der Studien- und Berufswahl in gleicher Weise wie Männer an technische und naturwissenschaftliche Berufsfelder herangeführt werden.

601) KDV Reinickendorf

Annahme i.d.f.d.AK:

Seite 52/53, Zeilen 44-55 und 1-10 (bis zu „was sie werden.“) Diese Zeilen werden gestrichen und durch folgende Absätze ersetzt:

Die besondere Rolle des Lernortes Betrieb gegenüber der Schule gilt bis heute in der Öffentlichkeit als Stärke des deutschen dualen Berufsbildungssystems. Als entscheidende Vorteile werden die Verbindung von theoretischem und praktischem Lernen wie auch die anschließenden Arbeitsplätze im Ausbildungsbetrieb hervorgehoben. Aber anhaltende Probleme bei der Bereitstellung eines ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplatzangebots, ein rasanter Strukturwandel der deutschen Wirtschaft hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft und die wachsende Internationalisierung des Arbeitsmarktes haben das deutsche Berufsausbildungssystem in eine Strukturkrise gestürzt.

Wir wollen daher das System der Berufsausbildung weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein solidarisches Finanzierungsmodell einer Umlage nötig ist, um für diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe der beruflichen Bildung ausreichen sorgen zu können.

Das duale System deckt bereits heute nur noch einen Teil des gesamten Ausbildungsbedarfs. Es muss im Rahmen eines reformierten Systems zukunftssicher gemacht werden. Es soll dort erhalten und gefördert werden, wo es funktioniert. Daneben ist eine voll qualifizierende Ausbildung an berufsbildenden Schulen zu entwickeln, verbunden mit betrieblicher Praxis. Schulische und andere Angebote und Teilabschlüsse müssen für eine Ausbildung voll anrechenbar sein. Daher soll die berufliche Bildung insgesamt an allen Lernorten modular gegliedert und zertifizierbar sein. Dadurch wird die Umgestaltung „unproduktiver Warteschleifen“ zu anrechnungsfähigen und abschlussbezogenen „Berufsbildungsketten“ möglich.

Die veränderten Bildungsanforderungen bedingen, dass die beruflichen und allgemeinen Bildungssysteme in einem Gesamtbildungssystem konzipiert und organisiert werden. Dazu muss grundsätzlich die Durchlässigkeit von beruflichen und allgemeinen Bildungsgängen durch verbindliche Anerkennungsregeln verbessert werden. Doppelqualifizierende Ausbildungsgänge sollen vermehrt eingerichtet werden (Berufsausbildung mit Hochschulreife).

602) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 52, Zeile 44 Ersetzung des Wortes „Erstausbildung“ durch: Ausbildung

603) KVV TrepKöp und Abt. 14 /TrepKöp

Annahme

Seite 52, Zeilen 46-49 wird der 3. Satz im Absatz wie folgt geändert:

Wir müssen dafür sorgen, dass alle Jugendlichen die Ausbildungsreife erlangen und die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierende und zukunftsfähige Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben teilzunehmen und ein selbst bestimmtes Leben zu führen.

604) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 601) i.d.F.d.AK

Seite 52, Zeile 47 Ersetzung des Wortes „Möglichkeit“ durch: Garantie

605) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 601) i.d.F.d.AK

Seite 53, Zeile 2 Einfügung des Satzes (nach „Die Unternehmen sind ...zu sorgen.):

Wir sind der festen Überzeugung, dass ein solidarisches Finanzierungsmodell einer Umlage nötig ist, um für diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe der beruflichen Bildung ausreichen sorgen zu können.

606) KDV TempSchön und Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 601) i.d.F.d.AK

Seite 53., Zeile 2, Ersetze „Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen.“ durch:

Wir sind der festen Überzeugung, dass ein solidarisches Finanzierungsmodell einer Umlage nötig ist, um für die, für die Gesellschaft wichtige, Aufgabe der beruflichen Bildung ausreichend sorgen zu können.

607) KDV CharlWilm

Erledigt durch Annahme 601) i.d.F.d.AK

Seite 53, Zeile 2 Ersetzung „Solidarische...“:

Wir sind der festen Überzeugung, dass ein solidarisches Finanzierungsmodell einer Umlage nötig ist, um für die gesellschaftlich wichtige Aufgabe der beruflichen Bildung ausreichend sorgen zu können.

608) Kreis StegZehl

Ablehnung

Seite 53, Zeile 20 bis 55 ersetzen:

Gesellschaft und Wirtschaft brauchen immer mehr hoch qualifizierte Fachkräfte. Deshalb müssen weit mehr Menschen in Deutschland erfolgreich studieren. Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung in unseren Hochschulen verbessern

und die Zahl der Studienplätze ausbauen.

Wir bekennen uns zur Verantwortung des Staates für die Hochschulen. Er hat die staatlichen Hochschulen zu finanzieren. Um einen fairen Wettbewerb zwischen den Bundes-Ländern zu gewährleisten und Anreize für den Ausbau von Studienplätzen zu geben, setzen wir uns für einen finanziellen Ausgleich zwischen den Ländern ein.

Hochschulen sollen als Körperschaften des öffentlichen Rechts so weit wie möglich autonom sein. Allen Mitgliedern der Hochschulen ist die demokratische Teilhabe an der Selbstverwaltung zu sichern.

Forschung und Lehre gehören zusammen. Die Hochschulen müssen insgesamt das breite fachliche Spektrum anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden wie Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und außeruniversitäre staatliche Forschungseinrichtungen müssen eng zusammen arbeiten. Auch die Kooperation mit der Wirtschaft muss ausgebaut werden, um vorhandenes Wissen gezielter zu nutzen.

Wir wollen einen offenen Zugang zum Studium. Wir wollen den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Motivation und Eignung sollen entscheiden, nicht der soziale Hintergrund. Das Studium muss auch aus einer beruflichen Qualifizierung heraus möglich sein. Der Staat unterstützt das Studieren durch Stipendien.

Wir wollen die internationale Erfahrung von Studierenden erhöhen und die Studienförderung darauf ausrichten. Zugleich soll Deutschland offen und attraktiv für Studierende aus anderen Ländern sein. Dafür müssen auch Zugangsschranken abgebaut werden. Um die besten Köpfe zu gewinnen, brauchen wir Stipendien und später Arbeitsmöglichkeiten für begabte Studierende aus dem Ausland.

609) Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 53, Zeile 24 nach „...ausbauen.“ neu einfügen:

Wir wollen den Status der Professorinnen und Professoren neu gestalten. Der Wechsel von einer universitären Tätigkeit in andere Felder und zurück muss viel selbstverständlicher werden. Dafür ist eine Abschaffung der Berufung auf Lebenszeit notwendig. Wir setzen uns für die Entwicklung neuer Modelle der universitären Laufbahn ein. Unser Ziel ist es, die Situation an unseren Hochschulen insgesamt deutlich zu verbessern. Maßnahmen, die einseitig auf Eliteförderung ausgerichtet sind, lehnen wir ab. Die Sozialdemokratie steht für Hochschulen, die Ort des lebendigen und offenen Austausches sind.

610) KDV Neukölln

Annahme

Seite 53, Zeile 25/26 ändern in:

Er hat die Aufgabe, die Finanzierung der Hochschulen abzusichern. Wir Sozialdemokraten setzen uns für ein gebührenfreies Erststudium ein.

611) Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 610)

Seite 53, Zeile 26 einfügen:

Aus diesem Grund lehnen wir jegliche Form von Studiengebühren kategorisch ab.

612) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 53, Zeile 29 Einfügung nach "Wir wollen die...":
paritätische Mitbestimmung...

613) KDV TempSchön

Annahme

Seite 53, Zeilen 28 bis 36 ersetzen durch:

Wissenschaft muss dazu beitragen, durch gesellschaftliche Innovationen die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Die Freiheit von Forschung und Lehre sicherzustellen ist Kern sozialdemokratischer Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Damit verbinden wir nicht nur die Freiheit von unmittelbaren staatlichen Eingriffen, sondern auch die Freiheit von ökonomischen Zwängen. Die Hochschulen müssen das breite Spektrum von Lehre und Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden, wie Natur- und Technikwissenschaften. Es ist staatliche Aufgabe, dass in allen Disziplinen Forschung für gesellschaftliche Innovationen stattfinden kann und nicht nur dort, wo ein unmittelbares wirtschaftliches Verwertungsinteresse besteht. Wir machen uns für einen Wettstreit um die besten Ideen stark und lehnen einen Wettbewerb zwischen und innerhalb der Hochschulen, der sich auf die ökonomische Verwertbarkeit von Forschung und Lehre reduziert, ab. Deshalb wollen wir auch qualitativ hochwertige Wissenschaft an allen Standorten gewährleisten. Wir wollen autonome Hochschulen, die durch starke Mitbestimmungsrechte aller an den Hochschulen beteiligten Gruppen geprägt sind. Gleichzeitig bekennen wir uns aber auch zur staatlichen Verantwortung für die Entwicklung des Hochschulsystems. Die Autonomie der Hochschulen muss dort eingeschränkt werden, wo andere gesellschaftliche Ziele bedroht sind.

614) Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 613)

Seite 53, Zeilen 28 - 36 Text wie vorheriger Antrag, jedoch:

..... Forschung und Lehre sicherzustellen ist *deshalb* Kern sozialdemokratischer

615) KVV Lichtenberg

Erledigt durch Annahme 613)

Seite 53, Zeile 29 „Wir wollen die [...] ermöglichen, [...] beteiligt sind.“ Ersetzen:
an stelle „ermöglichen“ sichern

616) Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 53, Zeile 41 bis 44, den Satz „Um einen fairen...Ländern ein.“ streichen und dafür einfügen:
Für Hochschulen soll der Bund zuständig sein.

617) KVV Lichtenberg

Erledigt durch Annahme 610)

Seite 53, Zeile 44 neuen Satz nach „[...] den Ländern ein.“ einfügen:

Wir sind gegen Studiengebühren.

618) KDV TempSchön und Jusos Berlin

Erledigt durch Annahme 610)

Seite 53, Zeile 47 („Der Staat...“) bis Zeile 48 („...Stipendien“) ersetzen durch:

Die Aufnahme eines Studiums muss allen unabhängig von ihrer Herkunft und dem Einkommen ihrer Eltern ermöglicht werden. Dies muss vor allem durch staatliche Zuschüsse erreicht werden.

619) KDV Neukölln und Jusos Berlin

Annahme

Seite 53, Zeile 48 einfügen:

Wir wollen das BAföG ausbauen und regelmäßig den gestiegenen Lebenshaltungskosten anpassen.

620) Abt. 06/ Mitte

Erledigt durch Annahme 619)

Seite 53, Zeile 48 nach „...und Stipendien.“ einfügen:

Mittelfristig wollen wir die finanzielle Unterstützung für Studierende den veränderten Realitäten anpassen und somit ein Studium, aber auch parallele berufsbegleitende universitäre Weiterqualifizierung attraktiver gestalten.

621) Abt. 06/ Mitte

Ablehnung

Seite 53, Zeile 51 nach „...darauf ausrichten.“ einfügen:

Dazu muss sichergestellt werden, dass abgelegte Prüfungen und Abschlüsse gegenseitige Anerkennung finden.

622) KDV StegZehl

Ablehnung

Seite 54, Zeile 4 bis 34 ersetzen:

Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der Menschen sich ein Leben lang weiterentwickeln können. Wir wollen die Weiterbildung als Teil des Bildungssystems ausbauen. Volkshochschulen müssen dabei wieder eine wichtigere Rolle spielen. Weiterbildung muss auch eigene Aufgabe der Berufsschulen und Hochschulen sein. Staatliche Aufgabe ist es Rahmenregelungen für Bildungsguthaben, Qualitätssicherung und Beratung zu treffen.

Die laufende Weiterbildung gehört zur Berufstätigkeit. Arbeitnehmer müssen einen Anspruch haben, von ihren Arbeitgebern dabei unterstützt zu werden. Weiterbildung dient dazu die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten oder wieder zu gewinnen. Wir wollen Menschen in ihrem Weiterbildungsbegehren durch Freistellungsansprüche und staatliche finanzielle Förderung unterstützen. Wir brauchen dafür gemeinsame Lösungen der Politik, der Tarifpartner und der Betriebe.

Wir werden die bestehende Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung weiterentwickeln und damit einen Beitrag zur Finanzierung von Weiterbildung leisten.

Durch Weiterbildung können ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft aktiv bleiben. Wir wollen ihre Beteiligung an Weiterbildung erhöhen. Das sichert Innovationskraft in einer Gesellschaft des langen Lebens. Wir wollen, dass Lernen und Bildung in höherem Alter auch die Beziehungen zwischen den Generationen bereichert.

623) KDV Neukölln, KDV CharlWilm

Erledigt durch Annahme 624)

Seite 54, Zeile 20 einfügen:

Bei der Neuordnung der beruflichen Weiterbildung darf nicht nur die Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiter gefordert werden. Die Wirtschaft muss hier in die Verantwortung genommen werden.

624) Jusos Berlin

Annahme

Seite 54, Zeile 20 ergänzen nach „Damit die Bereitschaft...“:

Bei der Neuordnung der beruflichen Weiterbildung muss auch die Wirtschaft in die Verantwortung genommen werden.

625) KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 624)

Seite 54, Zeile 21, Einfügen nach Absatz:

Bei der Neuordnung der beruflichen Weiterbildung darf nicht nur die Eigenverantwortlichkeit der Beschäftigten gefordert werden. Die Wirtschaft muss hier in die Verantwortung genommen werden.

626) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 54, Zeile 26: hinter „Volkshochschulen“ einfügen:
und Bibliotheken

627) KDV TempSchön

Ablehnung

Seite 54, Zeile 27, anfügen:

Die SPD nimmt ihre historisch gewachsene Verantwortung als Bildungsbewegung wahr und führt ihr politisches Bildungsprogramm fort. Denn nur durch mehr Einsicht und Information über Wirkungs- und Entscheidungszusammenhänge in Wirtschaft und Politik bleibt die Voraussetzung für politische Teilhabe und politisches Engagement erhalten.

4.8 KINDER UND FAMILIE STÄRKEN

628) KDV Mitte

Annahme

Seite 54, Zeile 36 Änderung der Überschrift 4.8: „Kinder und Familien stärken“ ändern in:
Kinder, Jugendliche und Familien stärken

629) KDV Reinickendorf

Annahme

Seite 54, Zeile 39: Nach „...jeder Gesellschaft.“ Folgenden Satz einfügen:

Wir setzen die Rechte der Kinder auf gewaltfreie Erziehung und soziale Sicherheit durch und begleiten diese mit einer ganzheitlichen Gesundheitsvorsorge. Da, wo Familien Hilfe brauchen, um die Rechte ihrer Kinder umzusetzen, unterstützen wir sie.

630) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 54, Zeile 45/46 Umformulierung des Satzes („Eine erfolgreiche ... und politisch“):

Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik steht für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes - sozial, wirtschaftlich und politisch.

631) KDV Mitte

Annahme

Seite 54, Zeile 52 nach „...Zuständigkeitsebenen überwindet.“ einfügen:

Wir brauchen eine Kinder- und Familienpolitik, die Grenzen von Ressorts und Zuständigkeitsebenen überwindet. Nur so ist eine konsequent kindgerechte Politik umsetzbar, die Interessen und Bedürfnisse von Kindern bei politischen Entscheidungen berücksichtigt. Kindgerechte Politik findet sich im Rahmen der Stadt- und Dorfentwicklung wieder, beim Wohnungsbau, in der Verkehrsgestaltung und in der Schaffung von Räumen für Spiel und Bewegung.

632) KDV Mitte

Ablehnung

Seite 54, Zeile 53 den Satz „Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann dynamisch und wachstumsstark sein.“ ändern in:

Nur eine kindgerechte Gesellschaft kann dynamisch und stark sein.

633) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 54, Zeile 55 bis Seite 55, Zeile 15 („Deshalb setzen ... kinderlos bleiben.“) Umformulierung:

Deshalb setzen wir auf eine Politik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht ihre Kinderwünsche zu erfüllen. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen grundlegend verbessern, damit junge Frauen und Männer sich wieder für Kinder entscheiden können, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Dabei brauchen sie gezielte Unterstützung in jeder Lebensphase, auch in Ausbildung oder Berufseinstieg. Und wir wollen, dass Menschen, die sich drei oder mehr Kinder wünschen, nicht wegen der finanziellen Konsequenzen darauf verzichten. Junge Menschen brauchen in der Phase der Familiengründung mehr finanzielle Hilfen, aber auch mehr Unterstützung aus der Gesellschaft und von Arbeitgebern. Es ist eine massive Einschränkung von individueller Freiheit und von Lebenschancen, wenn viele Männer und Frauen wegen mangelnden Vereinbarkeiten von Familie und Beruf kinderlos bleiben.

634) KDV Reinickendorf

Erledigt durch Annahme 653)

Seite 55, Zeile 7: Nach „...von Arbeitgebern.“ Folgenden Satz anfügen:

Deshalb setzen wir uns für wohnortnahe Stätten der Begegnung mit Informations-, Beratungs- und Hilfsangeboten sowie Betreuungsmöglichkeiten ein.

635) KDV Fr'hainKreuz

Erledigt durch Annahme 642)

Seite 55, Zeile 37 Streichung des Wortes „gemeinsame“

636) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 55, Zeile 45, Umformulierung:

...wichtiger Bestandteil von Integrations- und Sozialpolitik.

637) KDV CharlWilm

Erledigt durch Annahme 642)

Seite 55, Zeile 47 Ersetzung:

Dazu gehören neben der Ehe auch andere gemeinsame Lebenswege, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und allein erziehende Eltern.

638) KDV Pankow

Erledigt durch Annahme 642)

Seite 55 Zeile 47-48:

Die ersten beiden Sätze S. 55, Zeile 47-48, 53-55 und S. 56, Zeile 1-2 werden gestrichen. Nach „Wir unterstützen“ werden die Wörter „die Ehe,“ eingefügt. Der gesamte Absatz wird zwischen S. 54, Zeile 43 und 45 eingefügt.

639) ASF Berlin**Annahme**

Seite 55, Zeile 47-48 streichen: „Wir orientieren unser Familienbild ... wünschen sich die Ehe.“

640) ASF Berlin**Erledigt durch Annahme 642)**

Seite 55 Zeile 53 bis Seite 56, Zeile 2 streichen: „Unser Leitbild ist die Familie ... sichert die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Familien.“

641) ASF Berlin**Erledigt durch Annahme 642)**

Seite 55, in Zeile 48-49 einzufügen „die Ehe“, so dass es heißt: „Wir unterstützen die Ehe, aber auch andere gemeinsame Lebenswege, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und allein erziehende Eltern.“

642) ASF Berlin**Annahme**

Seite 55, Zeile 48-52 verschieben nach Seite 54 zwischen Zeile 43 und 45, so dass es heißt:

In der Familie können Menschen Liebe, Geborgenheit und Halt, Orientierung und gegenseitige Unterstützung finden. Wir unterstützen die Ehe, aber auch andere gemeinsame Lebenswege, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und allein erziehende Eltern. Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten. Jeder hat Familie, auch Menschen ohne eigene Kinder. Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes -sozial, wirtschaftlich und politisch.

643) KDV Fr'hainKreuz**Erledigt durch Annahme 642)**

Seite 55 Zeile 53 bis 55 Umformulierung („Unser Leitbild ... Menschen.“)

Unser Leitbild ist die Familie, in der alle Partner gleichermaßen für den Unterhalt und die Fürsorge verantwortlich sind. Dies setzt aber eine gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern für das Wohlbefinden ihrer Kinder voraus.

644) ASF Berlin und KDV Pankow**Ablehnung**

Seite 56, Zeile 2-3: „Gleichzeitig verdient ... und Unterstützung.“ verschieben nach Seite 55, Zeile 40., so dass es heißt: Der Staat muss insbesondere durch Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten dafür sorgen, dass Alleinerziehende erwerbstätig sein können. Gleichzeitig verdient die Leistung allein erziehender Eltern mehr Anerkennung und Unterstützung.

645) ASF Berlin und KDV Pankow**Ablehnung**

Seite 56, Zeile 5-14 werden verschoben auf Seite 55 im Anschluss an Zeile 17, so dass es heißt:

Es ist eine massive Einschränkung von individueller Freiheit und von Lebenschancen, wenn viele Männer und Frauen wegen der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf kinderlos bleiben. Die Entscheidung für Kinder ist und bleibt privat. Aber zugleich beeinflusst jedes Ja oder nein zu einem Kind die Zukunft unseres Landes ... Beide Elternteile haben das Recht, aber auch die Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder.

646) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 56, Zeile 9 Einschub (nach den Worten „und einen“): bedarfsunabhängigen

647) KDV Reinickendorf**Ablehnung**

Seite 56, Zeile 9: zwischen „Rechtsanspruch auf“ und „ganztägige Betreuung“ wird eingefügt: flexible

648) KDV Reinickendorf**Ablehnung**

Seite 56, Zeilen 9 und 10: statt „ab dem zweiten Lebensjahr“ soll es heißen ab dem Beginn des zweiten Lebensjahres.

649) ASF Berlin und KDV Pankow**Annahme**

Seite 56, Zeile 18-19 streichen: „Das Elternrecht findet ... verletzt wird.“ Die verbleibende Zeile 19 wird herausgelöst, hinter der bisherigen Zeile 22 als neuer Absatz begonnen und ergänzt, so dass es heißt:

Eine besondere Verantwortung hat der Staat für Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder sogar Gewalt erfahren. Wenn Konflikte in der Familie in Gewalt gegen Frauen oder die Vernachlässigung von Kindern ausarten, müssen Staat und Gesellschaft eingreifen. Kinder haben eigene Rechte und wir wollen, dass sie in der Verfassung verankert werden. Das stärkt Kinderrechte gegenüber Elternrechte in verfassungsrechtlicher Hinsicht, verbessert die rechtliche Position von Kindern in behördlichen und gerichtlichen Verfahren sowie die Schutzmöglichkeiten vor elterlicher Vernachlässigung und Gewalt und bietet die symbolische Wirkung und Strahlkraft des Grundgesetzes in allen rechtlichen Bereichen.

650) KDV Mitte**Erledigt durch Annahme 653)**

Seite 56, Zeile 19 bis 20 den Satz „Kinder haben eigene Rechte, und wir wollen, dass sie in der Verfassung verankert werden.“ streichen

651) KDV Fr'hainKreuz

Ablehnung

Seite 56, Zeile 21 Ersetzung des Wortes „Frauen“ durch: deren Mitglieder

652) KVV Lichtenberg

Erledigt durch Annahme 642)

Seite 56, Zeile 22 neuen Absatz nach „[...] und Gesellschaft eingreifen.“ einfügen:

Familie ist mehr. Das sozialdemokratische Leitbild: „Familie ist da, wo zwei Menschen Verantwortung übernehmen“, muss weiterentwickelt werden. Dazu gehören auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Die steuerrechtliche, familienrechtliche und eherechtliche Gleichbehandlung bleibt daher sozialdemokratischer Anspruch.

653) KDV Mitte

Annahme

Seite 56, Zeile 22 nach „...Gesellschaft eingreifen.“ neuen Absatz einfügen:

Kinder haben eigene Rechte, und wir wollen, dass sie in der Verfassung verankert werden. Wir wollen die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in nationales Recht.

654) KDV Mitte

Annahme

Seite 56, Zeile 23, als letzten Absatz von Kapitel 4.8 einfügen:

Eine kindgerechte Gesellschaft schließt für uns die Beachtung und Förderung der Interessen und Bedürfnislagen von jungen Menschen ein.

Neben der Schule und dem Ausbildungsplatz ist die Freizeit ein wichtiger Ort im Leben der Jugendlichen. Junge Menschen müssen die Chance haben, ihre Freizeit eigenverantwortlich, unabhängig von kommerziellen Angeboten, gestalten zu können. Deshalb wollen wir den Ausbau öffentlicher, selbst bestimmter Jugendfreizeit- und Kultureinrichtungen, dazu gehört auch die Förderung von Jugendverbandsarbeit und politischer Jugendarbeit. Im Rahmen der Jugendarbeit stärken wir die politische Bildungsarbeit. Sie vermag Jugendlichen die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, damit diese Verantwortung für unser demokratisches Gemeinwesen übernehmen können.

4.9 NACHHALTIGER FORTSCHRITT

655) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 56, Zeile 28: hinter „wirtschaftlichen Zielen“ einfügen:
innerhalb der Grenzen der tragfähigen Natur.

656) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 56, Zeile 33: Ersetzung „unserer Zivilisation“ durch
aller Menschen

657) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 56, Zeilen 43-45: Der Satz „Ein besseres Leben...auch für kommende Generationen“ wird ersetzt durch:
Ein besseres Leben mit höherem Wohlstand ist weltweit möglich auch für kommende Generationen.

658) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 56, Zeilen 45/46: Der Satz „Die ökologischen...modernen Welt lösen.“ wird gestrichen und ersetzt durch den Satz:
Das Wissen und das Können der Menschheit eröffnen Möglichkeiten, die lange als undenkbar galten und viele der ökologischen und sozialen Probleme der Welt lösen können.

659) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 56, Zeile 51: hinter „Wirtschaft kann“ bitte einfügen:
qualitativ

660) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 56 letzte Zeile und Seite 57 erste Zeile: vor „...und dem sozialen Miteinander Menschen“ wird eingefügt:
, dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

661) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz

Seite 56, Zeile 27 Umformulierung:

Die nachhaltige Entwicklung schafft eine Balance von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen innerhalb der Grenzen der Tragfähigkeit der Natur.

662) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz

Ablehnung

Seite 56 Zeile 33 Ersetzung:
„... unsere Zivilisation.“ durch: „...Lebensgrundlage aller Menschen..“

663) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz

Ablehnung

Seite 56, Zeile 36 soll der vorletzte Satz heißen:

Der Klimawandel durch den Ausstoß von CO₂ und anderen z.T. noch stärker belastenden Treibhausgasen (Methan, Lachgas etc.) ist die größte globale Gefahr, die schon in den nächsten Jahren wirksam wird, wenn wir nicht massiv gegensteuern.

664) KDV CharlWilm

Ablehnung

Seite 56, Zeile 36 Ersetzung:

Der Klimawandel durch den Ausstoß von CO₂ und anderen z. T. noch belastenderen Treibhausgasen ist die größte globale Gefahr,

665) KDV CharlWilm

Annahme i.d.F.d.AK:

Seite 56, Zeile 43 ff Ersetzung:

Ein Leben im heutigen Wohlstand ist schon aufgrund der schwindenden Energie- und Rohstoffreserven besonders aber aufgrund der Klimabelastungen nur möglich, wenn die Industriestaaten ihren Verbrauch bis 2050 mehr als halbieren um den anderen drei Vierteln der Weltbevölkerung eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Die Mechanismen der modernen Weltwirtschaft haben bei der Lösung der Klimaproblematik bisher offenbar versagt. Die sozialen und ökonomischen Probleme der modernen Welt können wir zukünftig nur lösen, wenn wir auch die ökologischen Probleme angehen, insbesondere die Begrenzung der Erderwärmung um max. 2°C. Die notwendige Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch ist deshalb eines der wichtigsten politischen Anliegen der nächsten Jahre.

666) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz

Erliegt durch Annahme 665) i.d.F.d.AK

Seite 56, Zeile 43 Ersetzung der ersten beiden Sätze:

Ein Leben im heutigen Wohlstand ist schon aufgrund der schwindenden Energie- und Rohstoffreserven, besonders aber aufgrund der Klimabelastungen nur möglich, wenn die Industriestaaten ihren Verbrauch bis 2050 mehr als halbieren um den anderen drei Vierteln der Weltbevölkerung eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. Die sozialen Probleme der modernen Welt können wir zukünftig noch weniger beherrschen, wenn wir die ökologischen Probleme – insbesondere die Erd-

erwärmung nicht global auf max. 2o C begrenzen. Die notwendige Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch ist eines der wichtigsten politischen Anliegen der nächsten Jahre.

667) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz**Annahme**

Seite 56, Zeile 51 Der Satz „die Wirtschaft kann...“ soll lauten

Die Wirtschaft kann sich nur stetig und nachhaltig entwickeln, wenn nicht die Natur und die natürlichen Lebensgrundlagen aller Menschen gefährdet werden.

668) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz und KDV CharlWilm**Erledigt durch Annahme 667)**

Seite 56, Zeile 55 in den Satz „... der Würde, der Sicherheit“ wird eingefügt:

... der Sicherheit, dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und....

669) KDV Pankow**Ablehnung**

Seite 57, Zeile 18 – Seite 58, Zeile 4 Passagen einfügen in Kapitel "4.5. Neue Wertschöpfung und gute Arbeit", Seite 35, Zeile 44 vor der Zwischenüberschrift "Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft" mit einer neuen Zwischenüberschrift:

Wir bereiten den Weg in das solare Zeitalter

„Ressourcenverfügbarkeit ... bis Energiebereitstellung.“

670) KVV Lichtenberg**Ablehnung**

Seite 57, Zeile 21 neue Sätze nach „[...] für jedwedes Gemeinwesen.“ einfügen:

Gleichzeitig erfordert die Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Energieträgern, die teilweise in politisch instabilen Regionen der Erde gefördert werden, eine höhere Priorisierung der Energiesicherung durch weitere Förderung regenerativer Energie. Die steigende weltweite Nachfrage nach Energie und die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen werden bis 2050 zu einer deutliche Verknappung fossiler Primärenergieträger und anderer Rohstoffe führen. Als Folge dieser Entwicklungen werden Energiepolitik und die Verfügbarkeit von Energieträgern und anderen Ressourcen zu den bestimmenden Themen der deutschen und europäischen Außen- und Geopolitik des 21. Jahrhunderts gehören. Ohne rechtzeitige Anpassung an die zu erwartende Verknappung von Energie und Ressourcen werden die entwickelten Gesellschaften einschneidende Veränderungen hinnehmen müssen.

671) KDV TempSchön**Annahme**

Seite 57, Zeile 47, anfügen:

Wir halten daher am bereits eingeleiteten Atomausstieg fest. Wir werden dafür sorgen, dass der vereinbarte Zeitrahmen eingehalten wird.

672) KVV Lichtenberg**Erledigt durch Annahme 674) i.d.F.d.AK**

Seite 58, Zeile 10 neuen Satz nach „[...] Faktor 4 zu senken.“ einfügen:

Neue Technologien, Werkstoffe und Fertigungsverfahren tragen wesentlich dazu bei, dieses Ziel zu erreichen. Daher müssen Innovationen in Querschnittsbereichen wie der Nano-Technologie, aber auch in Anwendungsbereichen wie Energie-, Umwelt- und Automobiltechnik weiter intensiv gefördert werden.

673) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz**Erledigt durch Annahme 674) i.d.F.d.AK**

Seite 58, Zeilen 8 bis 14 Ersetzung durch:

... führen muss. Zum Schutz vor unkalkulierbaren Klimarisiken muss der weltweite Energieeinsatz bis 2050 mehr als halbiert werden. Schon bis zum Jahr 2020 müssen wenigstens 20 bis 30% weniger CO₂-Emissionen gegenüber 1990 erreicht werden. Deutschland hat als größter CO₂-Emittent der EU bis 2020 seine fossilen CO₂-Emissionen um 40% und bis 2050 um 70 bis 80% zu reduzieren. Diese Reduktionsziele werden massive Eingriffe in allen Bereichen von Produktion und Konsum erfordern. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Klimaschutzziele durch ein verbindliches Programm mit zeitlich gegliederten Teilzielen konkret und überprüfbar zu machen, um Planbarkeit in der Wirtschaft und damit auch den Erhalt der betroffenen Arbeitsplätze zu gewährleisten.

674) KVV Lichtenberg**Annahme i.d.F.d.AK:**

Seite 58, Zeile 14 neuen Satz nach „[...] der Land- und Forstwirtschaft.“ einfügen:

Der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix muss stark wachsen und langfristig höher als der Anteil fossiler Energieträger sein. Daher müssen Technologien, Werkstoffe und Fertigungsverfahren gefördert werden, die wesentlich zur Erreichung dieser Ziele beitragen können. Auch werden wir für die Erhebung von Steuern auf den Ausstoß von Treibhausgasen, z.B. beim Flugverkehr und bei der KFZ-Besteuerung, und für einen effektiven Emissionshandel eintreten.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele werden massive Eingriffe in allen Bereichen von Produktion und Konsum erforderlich sein. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Klimaschutzziele durch ein verbindliches Programm mit zeitlich gegliederten Teilzielen konkret und überprüfbar zu machen, um Planbarkeit in der Wirtschaft und damit auch den Erhalt der betroffenen Arbeitsplätze zu gewährleisten.

675) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz**Annahme**

Seite 58, ab Zeile 20 bis 23 Streichung:

...Gleichzeitig senken wir... „ bis zum Absatzende.

- 676) KDV Reinickendorf** **Erledigt durch Annahme 675)**
Seite 58, Zeilen 20-22: der Halbsatz von „Gleichzeitig senken wir... Überwindung von Wasserkrisen,...“ soll nun lauten: Gleichzeitig wird dadurch der Wasserverbrauch gesenkt und damit ein Beitrag zur Überwindung von Wasserkrisen geleistet, weil...
- 677) KDV Neukölln** **Erledigt durch Annahme 678)**
Seite 58, Zeilen 25 – 29 werden gestrichen.
- 678) KDV Reinickendorf** **Annahme**
Seite 58, Zeilen 28/29: Den Satz „Das heißt, dass es... heimische Kohle gibt.“ ersatzlos streichen.
- 679) KDV CharlWilm** **Erledigt durch Annahme 683)**
Seite 58, Zeile 25 Ersetzung:
 Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss dabei bei denjenigen Energien vorrangig ansetzen deren Reserven sich frühzeitig erschöpfen bzw. bei denjenigen, die bei der Energieerzeugung ein sehr starkes CO₂-Potential haben und bei denjenigen, für die wir auf Importe angewiesen sind.
- 680) KDV TempSchön** **Erledigt durch Annahme 683)**
Seite 58, Zeile 25 – 29, Neufassung des Absatzes:
 Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss dabei bei denjenigen Energieträgern ansetzen, die besonders viele Treibhausgase freisetzen, also vorrangig bei der Braunkohle, der Steinkohle und bei Erdöl.
- 681) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz** **Erledigt durch Annahme 683)**
Seite 58, Zeile 25 Ersetzung erster Satz:
 Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss dabei bei denjenigen Energien vorrangig ansetzen, die besonders klimaschädlich sind.
- 682) Jusos Berlin** **Erledigt durch Annahme 683)**
Seite 58, Zeilen 25-29 ersetzen durch:
 Angesichts des vor allem durch die fossile Energiegewinnung verursachten Klimawandels muss die Effizienz- und Wirkungssteigerung in diesem Bereich erste Priorität haben.
- 683) KDV StegZehl** **Annahme**
Seite 58, Zeile 26 bis 29 ersetzen durch: Die Substitution der nicht erneuerbaren Energien muss dabei bei denjenigen Energien vorrangig ansetzen, die am klimaschädlichsten sind.
- 684) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz** **Erledigt durch Annahme 678)**
Seite 58 ab Zeile 28 bis 29
 den letzten Satz ersatzlos streichen.
- 685) KDV CharlWilm** **Erledigt durch Annahme 678)**
Seite 58, ab Zeile 28 ersatzlose Streichung des Satzes:
 "Das heißt, dass es unter den fossilen Energieträgern einen Vorrang für die heimische Kohle gibt."
- 686) KDV TempSchön** **Erledigt durch Annahme 674) i.d.F.d.AK**
Seite 58, Zeile 35: Absatz anfügen:
 Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass für die Erforschung und Entwicklung von Techniken auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, von Energiespeichern und der effizienteren Nutzung von Energie mehr Forschungsgelder bereitgestellt werden.
- 687) KDV CharlWilm** **Ablehnung**
Seite 59, Zeile 2 Neufassung:
 ... von Treibhausgasen, die von allen Staaten abgeschlossen und zügig umgesetzt werden.
- 688) KDV Reinickendorf** **Ablehnung**
Seite 59, Zeile 2: hinter „Abkommen“ wird eingefügt:
 und deren zügige Umsetzung
- 689) KDV Reinickendorf** **Ablehnung**
Seite 59 Zeile 4: hinter „moderne“ und vor „Technologien“ einfügen: und praktikable

690) KDV TempSchön**Erledigt durch Annahme 674) i.d.F.d.AK****Seite 59, Zeile 6**, Absatz anfügen:

Wir wollen für verbindliche Grenzwerte zum Ausstoß von Treibhausgasen bei der Nutzung fossiler Brennstoffe sorgen und diese Grenzwerte schrittweise absenken bis hin zum völligen Verbot, so wie das zum Schutz der Ozonschicht auch bei den Fluorkohlenwasserstoffen geschehen ist. Daneben werden wir bis zum kompletten Verbot für die Erhebung von Steuern auf den Ausstoß von Treibhausgasen und für einen effektiven Emissionshandel eintreten. Denn der derzeitige Wettbewerbsvorteil der klimaschädlichen Brennstoffe muss beseitigt werden, damit sich erneuerbare Energien auf dem Markt durchsetzen können und damit sich Innovationen lohnen. Nur dann kann die exportorientierte Industrie in Deutschland weltweit konkurrenzfähig bleiben.

691) KDV CharlWilm und KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 59, Zeile 11** Neufassung:

Darum brauchen wir mehr länderübergreifende Vorsorge, wie z. B. Renaturierungsmaßnahmen und eine planmäßige Schadenabsicherung.

692) KDV TempSchön**Ablehnung****Seite 59, Zeile 13**, Absatz anfügen:

Das weitere Anwachsen der Bevölkerung auf der Erde erhöht den Ressourcenverbrauch und den Ausstoß von Schadstoffen, was die natürliche Lebensgrundlage aller Menschen gefährdet. Bildung und Wohlstand für alle sowie Zugang zu Mitteln für die Geburtenkontrolle sind Voraussetzung dafür, dass sich das Bevölkerungswachstum verringert. Dafür wollen wir uns einsetzen.

693) KDV CharlWilm**Ablehnung****Seite 59, Zeile 23** Streichung der Wörter „notwendige und“**694) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz****Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 59 in Zeile 23** den 1. Satz ersetzen durch:

Wir fördern notwendige Mobilität.

695) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz und KDV CharlWilm**Ablehnung****Seite 59, Zeile 35 und 36** die letzten zwei Sätze ersetzen durch:

Bus und Bahn müssen kundenfreundlicher und wirtschaftlicher werden. Aber wir werden sie mit ausreichenden öffentlichen Mitteln unterstützen.

696) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 59 Zeile 35:** hinter „Bus und Bahn müssen“ wird eingefügt:

kundenfreundlicher und

697) KDV Reinickendorf**Ablehnung****Seite 59 Zeilen 35/36:** den Satz „Aber wir werden sie mit öffentlichen Mitteln unterstützen.“ Ersetzen durch den Satz:

Eine Unterstützung mit öffentlichen Mitteln werden wir beibehalten.

698) FA X / Natur, Energie und Umweltschutz**Erledigt durch Annahme 699) i.d.F.d.AK****Seite 59, Zeile 38 bis 47** (letzter Absatz) vollständig streichen und ersetzen durch:

Während beim Klimagas Kohlendioxid und bei den Schadstoffemissionen in Deutschland eine gewisse Entkoppelung zwischen industriellem Wachstum und den Emissionen erreicht werden konnte, sieht es im Verkehrssektor völlig anders aus. Bei den heutigen Umwelt- und Klimaproblemen dominiert immer mehr der Verkehr, verursacht durch die wachsenden Verkehrsleistungen beim Straßen- und Flugverkehr. Die Wirkung höherer Effizienz von Antriebstechniken und Motoren im Straßenverkehr wird ausgeglichen durch die steigende Verkehrsleistung (Anzahl der Wege x zurückgelegte Kilometer) und durch den Verkauf immer leistungsfähiger und schwerer Autos.

Die Probleme sind allein nicht technisch lösbar. Daher wollen Sozialdemokraten verkehrspolitische Rahmenbedingungen in Deutschland und in der Europäischen Union zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsträger ändern. Wir wollen Chancengleichheit für alle Verkehrsträger und den Abbau der Benachteiligung der Schiene (z.B. die Abschaffung der Befreiung des Flugverkehrs von der Kerosin und Mehrwertsteuer). Die Reform der der Verkehrspolitik muss darauf zielen, dass allen Verkehrsträgern für die Nutzung der Verkehrsinfrastruktur die gesellschaftlichen Kosten einschließlich der externen Kosten (Umwelt- und Unfallkosten) angelastet werden. Gegenüber der Automobilindustrie müssen europaweit anspruchsvolle Standards durchgesetzt werden, so dass die Entwicklung von Fahrzeugen mit geringen CO₂- und Schadstoffemissionen vorankommt. Im Nah- und im Freizeitverkehr werden wir den umweltfreundlichen und emissionsfreien Fahrradverkehr fördern.

699) KDV CharlWilm**Annahme i.d.F.d.AK:****Seite 59, Zeile 38 ff** Ersetzung:

Während beim Klimagas Kohlendioxyd und bei den Schadstoffemissionen in Deutschland eine gewisse Entkopplung zwischen industriellem Wachstum und den Emissionen erreicht werden konnte, sieht es im Verkehrssektor völlig anders aus. Bei den heutigen Umwelt- und Klimaproblemen dominiert immer mehr der Verkehr, verursacht durch die wachsende Verkehrsleistung beim Straßen- und Flugverkehr.

Die Probleme sind nicht allein technisch lösbar. Daher wollen Sozialdemokraten verkehrspolitische Rahmenbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsträger ändern. Wir wollen Chancengleichheit für alle Verkehrsträger und den Abbau der Benachteiligung der Schiene.

Die Reform der Verkehrspolitik muss darauf zielen, dass allen Verkehrsträgern für die Nutzung der Infrastruktur die gesellschaftlichen Kosten einschließlich der externen Kosten (Umwelt- und Unfallkosten) angelastet werden. Gegenüber der Automobilindustrie müssen europaweit anspruchsvolle Standards durchgesetzt werden, so dass die Entwicklung von Fahrzeugen mit geringen CO₂- und Schadstoffemissionen vorankommt.

Im Nah- und im Freizeitverkehr werden wir den umweltfreundlichen und emissionsfreien Fahrradverkehr fördern.

700) KDV StegZehl

Erledigt durch Annahme 699) i.d.F.d.AK

Seite 59, Zeile 38 bis 40 ersetzen durch:

Der motorisierte Individualverkehr ist derjenige Bereich, wo unter gesellschaftlich und wirtschaftlich vertretbaren Beschränkungen ein erheblicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden kann. Der alte Gegensatz zwischen motorisiertem Individualverkehr und Umwelt kann dadurch verringert, aber nicht aufgehoben werden.

701) KDV Reinickendorf

Erledigt durch Annahme 699) i.d.F.d.AK

Seite 59, Zeilen 39/40: Den Satz „Der alte Gegensatz....deutlich zu entschärfen.“ Ersetzen durch den Satz:

Der alte Gegensatz zwischen dem motorisierten Individualverkehr und der Umwelt kann dadurch entschärft werden.

702) KDV Reinickendorf

Ablehnung

Seite 59, Zeile 43: Hinter „...biologischer Treibstoffe“ einfügen:
der zweiten Generation und neuer Konstruktionstechniken

703) KVV Lichtenberg

Ablehnung

Seite 59, Zeile 44 neuen Satz nach „[...] Umwelt zu entlasten.“ einfügen:

Die Entwicklung und Nutzung von Autos mit einem Kraftstoffverbrauch von 3 l je 100 km und weniger müssen ebenso gefördert werden wie die Entwicklung effizienterer Methoden zur Abgasaufbereitung.

704) KDV TempSchön

Erledigt durch Annahme 674) i.d.F.d.AK

Seite 59, Zeile 44, streichen: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Kraftfahrzeugsteuer künftig nach dem Kohlendioxid-Ausstoß bemessen wird.“

Stattdessen nach Zeile 47 anfügen:

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kraftstoffverbrauch aller Verkehrsmittel künftig nach dem Treibhausgasausstoß besteuert wird.

705) KDV Fr'hainKreuz und Jusos Berlin

Ablehnung

Seite 59, Zeile 51, Ersetzung:

„nationales“ durch „gemeinsames“

706) KDV Fr'hainKreuz und Jusos Berlin

Ablehnung

Seite 59, Zeile 52, ergänze nach „Naturschutz“:

„über die Grenzen hinweg.“

707) KDV Spandau

Ablehnung

Seite 60, Zeile 13, ergänzen:

Wir setzen uns für ein internationales Verbot des Walfangs zu kommerziellen und wissenschaftlichen Zwecken ein.

708) KDV Spandau

Annahme

Seite 60, Zeile 15, anfügen: „...zu bekämpfen.“:

Wir streben daher den Ausstieg aus der Massentierhaltung an.

709) KDV CharlWilm

Ablehnung

Seite 60, Zeile 15 Ergänzung:

Diese Kriterien müssen auch für Versuchstiere gelten.

710) KDV CharlWilm

Ablehnung

Seite 60, Zeile 16 Ergänzung:

Grundsätzlich gilt es, Tierversuche zu vermeiden, wo immer dies möglich ist.

711) KDV CharlWilm

Seite 60, Zeile 42/43 Ergänzung durch Einfügung der Worte:

... Landwirtschaft zu reduzieren und die verbleibenden Mittel an ...

Ablehnung

5. UNSER WEG**712) KDV Mitte****Annahme**

Seite 61, Zeile 22 bis 27 den Begriff „Soziale Demokratie“ beide Male ändern in: demokratischer Sozialismus

713) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 61, Zeile 44 bis 45 „soziale Bewegung“ streichen und dafür einfügen: linke Volkspartei

714) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 61, Zeile 53 das Wort „echte“ streichen

715) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 62, Zeile 1 Überschrift „Wir sind die Partei der Arbeit und Wertschöpfung“ ersetzen durch: Wir sind die Partei der Arbeit

716) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 62, Zeile 1 bis 8 ganzen Absatz „Wir sind die Partei der Arbeit und der Wertschöpfung“ verschieben nach Seite 61, Zeile 35, neu einfügen vor den Absatz „Wir sind die Partei für ganz Deutschland“

717) KDV StegZehl**Ablehnung**

Seite 62, Zeile 5 Der Text ist wie folgt zu ändern: ...Wir treten ein für die Interessen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen in unserem Land. Wir wollen.....

718) KDV Fr'hainKreuz**Annahme i.d.F.d.AK:**

Seite 61, nach Zeile 55 einfügen eines neuen Absatzes:

Wir sind die Partei für Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft, Glaubenshaltungen und Weltanschauungen. Unsere Übereinstimmung beruht auf den gemeinsamen Grundwerten und politischen Zielen der Sozialdemokratie. Gemeinsam arbeiten wir an einer Gesellschaft, in der es darauf ankommt, was der Mensch tut und nicht, wo der Mensch herkommt. Wir wollen, dass jeder Mensch – egal welcher Herkunft und welcher Hautfarbe – die Chancen auf einen sozialen Aufstieg für sich und seine Kinder hat.

719) KVV Lichtenberg**Annahme**

Seite 62, Zeile 17 neuen Absatz nach „[...] Wissenschaften aller Disziplinen.“ einfügen:

Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit. Soziales Handeln ist nachhaltiges Handeln. Wir wissen, dass die Menschheit nur überleben kann, wenn Wirtschaft, Bürger und öffentliche Haushalte gemeinsam dazu beitragen, die Lebensgrundlagen auf der Erde zu erhalten. Umweltschutz gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

720) KDV Mitte**Erledigt durch Annahme 719)**

Seite 62, Zeile 17 nach „...aller Disziplinen.“ einfügen:

Wir sind die Partei der ökologischen Erneuerung. Wir wollen eine Gesellschaft, welche zukünftigen Generationen eine nachhaltige Lebensperspektive bietet. Unsere ökologische Industrie- und Verbraucherpolitik ist deswegen die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen von Klimawandel und Umweltzerstörung.

721) KDV Mitte**Ablehnung**

Seite 62, Zeile 19 ab „Die Idee...“ bis Zeile 22 streichen und ersetzen durch:

Zusammen mit Künstlern und Künstlerinnen, Denkern und Kreativen treten wir in den konstruktiven Diskurs, um gemeinsam Ideen für ein gutes Leben zu entwickeln.

722) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 62, Zeile 21 bis 22 Umformulierung des Satzes (Wir wollen ...entwickeln.): Wir brauchen ihren kritischen Geist, um unsere Gesellschaft zu erneuern.

723) KDV Fr'hainKreuz**Ablehnung**

Seite 62, Zeile 34 Ersetzung des Wortes „Mitte“ durch: Gesellschaft

724) KDV Mitte**Annahme**

Seite 62, Zeile 34 „Wir sind...Mitte.“ streichen und ersetzen durch: Wir sind die linke Volkspartei.

725) KDV Mitte

Seite 62, Zeile 40 bis 44 streichen.

Annahme i.d.F.d.AK

726) KDV Fr'hainKreuz

Seite 62, Zeile 40 Ersetzung des Wortes „Mitte“ durch: Gesellschaft

Erledigt durch Annahme 724)

727) KDV Fr'hainKreuz

Seite 62, Zeile 43 bis 47 Umformulierung der Sätze („Wir wollen die solidarische ...Nutzen bringt.“)

Ablehnung

„Wir wollen die Solidarität in unserem Land stärken und die Menschen, die an sie glauben, gewinnen. Wir wollen die Mehrheit in unserem Land davon überzeugen, dass soziale Gerechtigkeit die eigentliche Bestimmung des Menschen ist und allen Nutzen bringt.“

728) KDV Reinickendorf

Seite 62, nach Zeile 47: Dem Kapitel wird nach der Leerzeile 48 eine weitere Kernaussage hinzugefügt, deren erster Satz fett gedruckt sein soll:

Annahme i.d.F.d.AK:

Wir sind auch die Partei, die für einen handlungsfähigen Staat eintritt. Nur ein leistungs- und durchsetzungsfähiger Staat garantiert den solidarischen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Berlin, den 03.07.2007

Monique Wersebé